



Plenarprotokoll

8. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 13. Juli 2000

Bericht der Landesregierung zum Programm „ziel: Zukunft im eigenen Land“	491	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	511
Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2000		Anke Spoorendonk [SSW].....	512, 515
Drucksache 15/52		Jürgen Weber [SPD]	514
Bericht der Landesregierung		Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss und den Finanzausschuss	516
Drucksache 15/220		Heinz Maurus [CDU], zur Geschäftsordnung.....	516
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr.....	491	Verkürzung der Gymnasialschulzeit.....	516
Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	492	Antrag der Fraktion der CDU	
Jutta Schümann [SPD].....	495	Drucksache 15/217	
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	497	Jost de Jager [CDU]	517, 525
Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	499	Dr. Henning Höppner [SPD]	518
Lars Harms [SSW]	501	Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.].....	520, 525
Heide Simonis, Ministerpräsidentin.....	503	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	521
Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss, den Sozialausschuss und den Agrarausschuss zur abschließenden Beratung.....	504	Anke Spoorendonk [SSW].....	522
Reform des Föderalismus.....	505	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	523, 526
Landtagsbeschluss vom 8. Juni 2000		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	527
Drucksache 15/128		Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss.....	527
Bericht der Landesregierung		Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlicher Auftragsvergabe.....	527
Drucksache 15/231		Antrag der Fraktion der CDU	
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	505, 515	Drucksache 15/210	
Martin Kayenburg [CDU]	507		
Ursula Kähler [SPD]	508		
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	509, 513		

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]	527	Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Renate Gröpel [SPD].....	529	Drucksache 15/268 (neu)	
Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]....	530		
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	531	Beschluss: Annahme	564
Lars Harms [SSW]	533		
Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	534	Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Schleswig- Holstein im Schuljahr 1999/2000	564
Thomas Stritzl [CDU]	536		
Martin Kayenburg [CDU], zur Geschäftsordnung.....	537	Bericht der Landesregierung	
Beschluss: Ablehnung	537	Drucksache 15/189	
Gemeinsame Beratung	537	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bil- dung, Wissenschaft, Forschung und Kultur.....	564
a) Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente	537	Jost de Jager [CDU]	567
Antrag der Fraktion der CDU		Jürgen Weber [SPD].....	569
Drucksache 15/136		Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.].....	570
b) Auswirkungen der Vereinbarung über den Ausstieg aus der Atomenergie auf die Energiepolitik des Landes Schleswig-Holstein	537	Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	572
Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN		Anke Spoorendonk [SSW].....	574
Drucksache 15/190		Beschluss: Überweisung an den Bildungs- ausschuss zur abschließenden Bera- tung	576
Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.			
Drucksache 15/253		* * * * *	
Reinhard Sager [CDU]	537, 557	Regierungsbank:	
Gudrun Kockmann-Schadendorf [SPD]	539	Heide Simonis, Ministerpräsidentin	
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]	541, 556, 562	Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsi- dentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie	
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	543, 554	Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wis- senschaft, Forschung und Kultur	
Lars Harms [SSW]	546	Klaus Buß, Innenminister	
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]..	548	Klaus Müller, Minister für Umwelt, Natur und Forsten	
Dr. Johann Wadephul [CDU]	550	Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie	
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie.....	551, 559	Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr	
Manfred Ritzek [CDU].....	554	Ingrid Franzen, Ministerin für ländliche Räume, Landesplanung, Landwirtschaft und Tourismus	
Konrad Nabel [SPD]	555	Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales	
Anke Spoorendonk [SSW].....	558		
Martin Kayenburg [CDU]	560	* * * * *	
Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]	561		
Beschluss: Annahme der Anträge Druck- sachen 15/190 und 15/253	563		
Wahl der Mitglieder des Medienrates der Unabhängigen Landesanstalt für das Rundfunkwesen	564		

Beginn: 10:01 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Ich eröffne die Sitzung.

Erkrankt sind weiterhin die Herren Abgeordneten Dr. Graf Kerksenbrock und Wiegard sowie Frau Abgeordnete Schlosser-Keichel. Wir wünschen ihnen von hier aus noch einmal gute Besserung.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 39 auf:

Bericht der Landesregierung zum Programm „ziel: Zukunft im eigenen Land“

Landtagsbeschluss vom 11. Mai 2000
Drucksache 15/52

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/220

Ich erteile dem Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr, Herrn Professor Rohwer, das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Schleswig-Holstein befindet sich in einem kräftigen wirtschaftlichen Aufschwung. Umsätze und Ausfuhren wachsen so kräftig wie seit langem nicht mehr. Die Beschäftigung nimmt deutlich zu. Die Arbeitslosigkeit hat den niedrigsten Stand seit über drei Jahren erreicht.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben die Chance für einen weiteren, anhaltenden Wachstums- und Beschäftigungsschub in **Schleswig-Holstein**. Dazu brauchen wir weitere Investitionen in unsere Infrastruktur so schnell wie möglich, rasche und gezielte Qualifikation der Arbeitslosen und der nachwachsenden Jugendlichen für die neu entstehenden Arbeitsplätze, weitere Unterstützung des Strukturwandels in den ländlichen Regionen des Landes. Genau dies leistet das **Programm „ziel: Zukunft im eigenen Land“**.

„ziel“ - das ist der Name für das größte Investitions- und Beschäftigungsprogramm Schleswig-Holsteins für die nächsten Jahre mit einem Gesamtvolumen von rund 2,1 Milliarden DM. Deswegen freue ich mich, Gelegenheit zu haben, gemeinsam mit meinen Kolleginnen Heide Moser und Ingrid Franzen den heutigen Bericht zu geben. Es ist nur ein **Zwischenbericht**, denn das Programm soll bis 2006 laufen. Die formalen Genehmigungen der EU werden - übrigens auch wegen der

Neubesetzungen der EU-Kommission - voraussichtlich erst im Herbst dieses Jahres erfolgen. Insofern stehen unsere vorläufigen Projektentscheidungen bis dahin noch unter einem Vorbehalt. Aber schon der Zwischenbericht zeigt, dass wir unsere Hausaufgaben gemacht haben, und zwar so schnell, dass die ersten Projekte sofort umgesetzt werden können, wenn auch die formalen Genehmigungen vorliegen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler
[SPD])

Ein Wort zur **Finanzierung!** Das Gesamtvolumen soll rund 2,1 Milliarden DM betragen. Es besteht Konsens in der Landesregierung darüber - ich bin sicher, auch in diesem hohen Hause -, dass das „ziel“-Programm wegen seiner außergewöhnlichen Bedeutung durch die jetzigen Einsparnotwendigkeiten nicht infrage gestellt wird.

Die in dem vorgelegten Zwischenbericht enthaltenen Finanzierungsvorbehalte betreffen nicht die Substanz des Programms und sie betreffen auch nicht das Regionalprogramm für die Infrastrukturförderung. Im Haushaltsentwurf, den die Landesregierung am Samstag beschließen wird, werden die letzten offenen Punkte geklärt sein.

Auf die Details des Berichts muss ich hier nicht eingehen. Er liegt Ihnen seit einiger Zeit vor. Wir sollten ihn in den Ausschüssen detailliert beraten. Dort werden wir Sie gern auch frühzeitig über den Fortgang der weiteren Programmdurchführung informieren. Dort sollten wir uns auch Zeit nehmen für ein laufendes, gemeinsames Controlling.

Was ist das Besondere am „ziel“-Programm?

Erstens. In „ziel“ werden EU-, Bundes- und Landesmittel so gebündelt, dass eine optimale Kombination von Förderinstrumenten erreicht wird. Es gibt kein Nebeneinander von einzelnen EU- und GA-Programmen, sondern ein **integriertes Förderkonzept**.

Zweitens. „ziel“ besteht aus den drei Säulen **ASH 2000, Regionalprogramm 2000** und dem **Programm „Zukunft auf dem Land“**. Das heißt, es deckt genau die drei Schwerpunkte unserer Strukturpolitik ab, nämlich Qualifizierung am Arbeitsmarkt, Ausbau der Infrastruktur, Verbesserung der Strukturen in den ländlichen Räumen.

Drittens. In „ziel“ sind die Förderkriterien so definiert, dass maximale **Beschäftigungs- und Struktureffekte** erreicht werden sollen. Hauptkriterium im Regionalprogramm ist beispielsweise die Zahl der

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

erwarteten gesicherten oder neu geschaffenen Arbeitsplätze.

Viertens. Um die Erfüllung dieser Kriterien sicherzustellen, gibt es im Regionalprogramm einen echten **Qualitätswettbewerb** ohne regionale Förderkorridore. Das heißt, jeder Projektantrag muss sich mit jedem anderen Projektantrag in ganz Schleswig-Holstein vergleichen und messen lassen.

(Beifall des Abgeordnete Heinz-Werner Arens [SPD])

Fünftens. Die Projekte sollen aus der Region heraus entwickelt beziehungsweise getragen werden. Das zwingt die **Regionen** dazu - das ist ein ganz wichtiger Punkt -, ihre Entwicklungsziele zu präzisieren, ihr Profil zu schärfen und entsprechende **Prioritäten** für regionale Projekte zu setzen.

Eine Anmerkung zum Qualitätswettbewerb. Natürlich wollen wir mit dem „ziel“-Programm möglichst viele strukturpolitische Leuchttürme wie den Multimedia-Campus fördern. Aber entscheidend ist auch und ganz besonders die Frage: Wie viele Arbeitsplätze werden tatsächlich durch die Projekte gesichert oder neu geschaffen? Das ist noch wichtiger als der pure Nennwert eines Projektes.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Das kann auch für einzelne Gewerbegebiete oder touristische Einrichtungen gelten. Arbeitsplätze entstehen immer noch dort, wo attraktive Gewerbeflächen und Immobilien, allerdings verbunden mit einer intakten Forschungs- und Entwicklungsstruktur, bereitstehen. Die letzten Ansiedlungen wie beispielsweise Comdirect, Orga, IKEA, Bertelsmann oder Danfoss sind genau Beispiele dafür, wie wichtig dies ist.

Wenn wir im Wettbewerb der Tourismusregionen mithalten wollen, muss eben auch die touristische Infrastruktur angepasst werden, wie das in Mecklenburg-Vorpommern in großem Stil praktiziert wird.

Die bisherigen Erfahrungen mit dem begonnenen „ziel“-Programm sind eindeutig positiv. In den **Regionen** sind vielfältige, insgesamt über 350 **Projektideen** entwickelt worden. Die Arbeit an diesen Projekten hat regionale Kooperationen ausgelöst und zur Kursbestimmung vor Ort beigetragen.

In den Beiräten und in der IMAG sind die Projekte kritisch geprüft worden. Manche wurden verworfen oder zurückgestellt, wie es sich für einen Qualitätswettbewerb gehört. Aber es gab grünes Licht für einige gewichtige Projekte wie zum Beispiel die Veranstaltungshalle in Flensburg, die Ausbaumaßnahmen für den Lübecker Hafen und Gewerbeerschließungen dort, wo dringender Flächenbedarf bestand. Eines der näch-

sten großen Projekte wird die Förderung des neu entstehenden **Multimedia-Campus** aus dem Regionalprogramm sein.

Für die Zukunft gilt: Wir ermuntern die Regionen, Projekte mit wirklicher strukturpolitischer Ausstrahlungskraft zu entwickeln und Landesregierung und Landtag werden mit Sicherheit darauf achten, dass auch nur solche Projekte den Qualitätswettbewerb passieren, die die Beschäftigungs- und Strukturbedingungen, wie ich sie genannt habe, erfüllen. Ich bin sicher, das „ziel“-Programm schafft entscheidende Voraussetzungen für einen längerfristigen Wachstums- und Beschäftigungsschub in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei SPD, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Frau Abgeordnete Schmitz-Hübsch.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Zunächst möchte ich einen Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Ministerien vorausschicken, die diesen Bericht auf Antrag der CDU erstellt haben. Das war eine mühselige Arbeit und das Ergebnis ist lesenswert. Dass der Inhalt nur teilweise zufrieden stellen kann, ist ihnen nicht anzulasten, sondern denen, die in unserem Land politische Verantwortung tragen.

(Beifall bei der CDU)

Bei der Lektüre dieses Berichts habe ich mir zwei Fragen gestellt. Erstens: Wie müsste die Überschrift eigentlich heißen? Zweitens: Was ist wirklich neu an „ziel“?

Die Ministerpräsidentin hat gesagt, „ziel“ stehe für „**Zukunft im eigenen Land**“ und außerdem sei „ziel“ das größte Modernisierungsprojekt in der Geschichte unseres Landes.

(Ursula Kähler [SPD]: Recht hat sie!)

Was schließen wir daraus? Zum einen scheint es in den zwölf Jahren sozialdemokratischer Herrschaft nur wenig Modernisierung gegeben zu haben, zum anderen hat es wohl im gleichen Zeitraum ebenfalls nur wenig Zukunft für die Bürger in Schleswig-Holstein gegeben.

(Beifall der Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU] und Peter Jensen-Nissen [CDU])

(Brita Schmitz-Hübsch)

Anders bleibt es unverständlich, wieso das Versprechen für ein zukünftiges Dasein im eigenen Land erst jetzt von Rot-Grün gegeben werden kann.

Beim Studieren des Berichts kann man sich über viele Zahlen und Positionen freuen, die für vielfältige Dinge ausgegeben werden sollen, durch die das Leben bis zum Jahre 2006 angenehmer und gewinnbringender werden wird. Die Sache hat nur einen Haken: Es ist noch nicht sicher, ob das Geld auch wirklich herinkommt, denn keine der drei Säulen von „ziel“ ist bislang von der EU genehmigt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Minister Rohwer hat dies soeben bestätigt. Im Bereich „ZAL Zukunft auf dem Land“ ist die Genehmigung bereits überfällig, denn sie hätte bis Ende Juni eintreffen müssen. Man muss sich fragen, ob sie noch kommt oder ob sie unter anderen Voraussetzungen kommt. Der Hinweis im Text auf möglicherweise erhebliche Abweichungen von den jetzt genannten Bedingungen nährt den Verdacht, dass sich die Landesregierung offenbar nicht genügend mit den **Vorgaben der EU** beschäftigt hat.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Sie konnte das auch nicht, denn als „ziel“ verkündet wurde, hatten wir Wahlkampf. Rot und Grün waren beschäftigt: Es ging um ihre Zukunft im eigenen Land.

Wegen der noch vorhandenen Ungewissheiten werden im Bericht sämtliche versprochenen Maßnahmen zur **Modernisierung** Schleswig-Holsteins unter finanziellen Vorbehalt gestellt. Das betrifft vor allem die Zuwendungen der EU und ganz besonders die einzusetzenden **Landesmittel**. Immerhin belaufen sich die **EU-Mittel** bis zum Jahre 2006 auf über 1 Milliarde DM. Selbst wenn nur ein Teil davon ausfiele, würde das - einschließlich der Komplementärmittel - einen erheblichen Minderbetrag bedeuten. Das wäre bedauerlich. Auch der Minister sagte soeben, dass offenbar das letzte Wort über die Landesmittel noch nicht gesprochen worden sei. So warten wir gespannt auf die Ergebnisse, die am Sonntag in einer Pressekonferenz vorgestellt werden sollen.

Im Text wird insgesamt deutlich, dass die Landesregierung große Bedenken hat, ob diese Gelder wirklich fließen werden. Sie ist auffallend vorsichtig in ihren Formulierungen. Das Wort **Vorbehalt** kommt einem auf vielen Seiten entgegen. Deshalb möchte ich als neue Überschrift vorschlagen: Hoch lebe der **Vorteil**!

Ich komme zu meiner zweiten Frage: Was ist wirklich neu an „**ziel**“? Der Minister hat eben versucht, die

Besonderheiten herauszustellen. Es tut mir leid, ich habe darin nichts Neues entdecken können. Die Antwort ist wirklich niederschmetternd: Nichts ist neu an „ziel“. Im Wirtschaftsbereich bleibt alles wie gehabt: Vorrang hat die Förderung der Infrastruktur, die einzelbetriebliche Förderung wird nicht ausgeweitet, obwohl eingeräumt wird, dass andere alte Bundesländer in weit höherem Maße als Schleswig-Holstein GA-Mittel zur betrieblichen Förderung verwendet haben.

Ebenso bleibt die IMAG erhalten, deren Beschlüsse aber durch ein Veto - sowohl des Wirtschaftsministers als auch des Finanzministers - außer Kraft gesetzt werden können. Das ist unverhohlener Einsatz von Macht. Man sollte den Mitgliedern der Beiräte diesen Text einmal schicken. Sie werden ihre Freude an der Überschrift des Kapitels „Entscheidung in Partnerschaft“ haben. Es muss ihnen wie blanker Hohn vorkommen, wenn dahinter steht, dass alles mit einem Veto aus zwei Ministerien außer Kraft gesetzt werden kann.

(Holger Astrup [SPD]: Die wissen das seit über zehn Jahren!)

Im Bereich „**ZAL**“ sind in den drei **Förderschwerpunkten** Produktionsstruktur, ländliche Entwicklung und Agrar-, Umwelt- und Ausgleichsmaßnahmen sowie Forstwirtschaft 26 Maßnahmen förderfähig. Der Schwerpunkt soll bei der ländlichen Entwicklung liegen. Unter diesem Oberbegriff finden sich zum Beispiel Themen wie Tourismuswirtschaft, Flurbereinigung, Dorferneuerung, Küstenschutz oder auch die Initiative „Biomasse und Energie“ wieder, also alles Aufgaben, die auch bisher von der Landesregierung betreut wurden, wenn auch nicht immer auf vorbildliche Weise.

In der Landwirtschaft werden auch **Mittel der Gemeinschaftsaufgabe** als Komplementärmittel für Gelder der EU eingesetzt. Ursprünglich diente die Gemeinschaftsaufgabe „Landwirtschaft“ der Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben und im ländlichen Raum. Jetzt werden der GA-Mittel entzogen und in „**ZAL**“ hineingebracht. „**ZAL**“ ist also ein alternatives Programm und kein additives.

(Beifall des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Mit anderen Worten: Mit „**ZAL**“ wird keine grundlegende Modernisierung vorgenommen, sondern es folgt lediglich die Malersanierung. Im Rheinland

(Brita Schmitz-Hübsch)

würde man sagen: „Dünn dröwwer ond de Hoot drop!“

(Unruhe)

- Lassen Sie sich das von Frau Simonis oder von Frau Lütkes übersetzen.

Wie wird sichergestellt, dass die GA-Mittel gemäß den Richtlinien verwendet werden? Eine Neuerung könnte man auf den ersten Blick beim Programmteil **ASH 2000** vermuten. Es hieß, dass man im Gegensatz zum alten Programm **ASH III** eine Schwerpunktverschiebung zum ersten Arbeitsmarkt hin anstreben wollte. Trotzdem wird im gleichen Atemzug eine „Beschäftigung in Projekten des zweiten Arbeitsmarktes, wo notwendig“ als Ziel aufgeführt. Was als notwendig anzusehen ist, wird nicht näher erläutert.

Unter dem Ziel einer „arbeitsmarktorientierten Bewertung“ kann ich mir noch etwas vorstellen, wenn ich mich auch frage, wer die denn machen soll; aber dann wird es endgültig schwammig. Dort heißt es, man wolle eine Schwerpunktverschiebung in Richtung „zielgerichtete Effektivität und Effizienz“ anstreben. Frau Moser, was ist damit gemeint? Fazit bei ASH: Was hier neu sein soll, bleibt unklar und unbestimmt. Die Aneinanderreihung schöner Worte allein macht noch keine Innovation, das tut mir leid.

Wir hatten auch nach den **Kosten** für die Abwicklung der Programme gefragt, die unterschiedlich hoch sind. Bei ASH 2000 läuft die Abwicklung über die Beratungsstelle für Beschäftigung und das Sozialministerium, beim Regionalprogramm über regionale Geschäftsstellen, die Investitionsbank und Referate im Wirtschaftsministerium, dessen Aufwand jedoch nicht beziffert ist. Bei „ZAL“ gibt es eine Vielzahl von zuständigen Stellen, Zahlen stehen überhaupt nicht zur Verfügung. Wir werden in den beteiligten Ausschüssen noch einmal über diese Zahlen sprechen müssen, die im Übrigen - wenn sie überhaupt vorhanden sind - als Jahresbeträge angegeben sind. Die Fördermittel sind dagegen über einen Zeitraum von sieben Jahren notiert. Wir brauchen also eine gleiche Zeitbasis, wenn wir die Beträge zueinander in Beziehung setzen wollen.

Im Übrigen wird bei allen drei Programmteilen ein Anstieg des Aufwands erwartet, der sich aus veränderten Anforderungen der EU ergibt. Die Einführung eines neuen Abrechnungsverfahrens führt dazu, dass durch Vorauslagen in Zukunft erhebliche Zinsaufwendungen anfallen. Auch bei der Abwicklung des Controllings werden neue Vorschläge erwartet. Bewilligung, Ausführung und Verbuchung sollen in Zukunft von getrennten Stellen vorgenommen werden. Das ist in Ordnung. Die Erfolgskontrolle soll zukünftig nicht

nur den Vollzug, sondern auch das Ziel und die Wirkungen von Maßnahmen berücksichtigen. Das ist auch in Ordnung. Offensichtlich ist das bei den bisherigen Förderprogrammen nicht der Fall gewesen. Man muss sehen, dass der **Controllingaufwand** erheblich steigt. Man wird insgesamt bewerten müssen, wie hoch die Kosten der Umsetzung dieser Förderprogramme für Schleswig-Holstein sind.

Ich fasse zusammen: Erstens. „ziel“ ist bis jetzt ein Kartenhaus, das in sich zusammenzustürzen droht, falls nicht bald die Unterlage darunter verstärkt wird und die Genehmigungen der EU eintreffen.

(Beifall bei der CDU)

Angesichts dieser Tatsache stimmt es bedenklich, dass der Wirtschaftsminister vor wenigen Tagen Förderentscheidungen über 46 Projekte bekannt gegeben hat, obwohl er deutlich auf den **Genehmigungsvorbehalt durch die EU** verweisen musste. Wer schützt eigentlich die Kommunen und die Projektträger, wenn sie im Vertrauen auf die Landesregierung mit dem Projekt begonnen haben, das Geld von der EU aber schließlich nicht kommt? Die Landesregierung spielt hier Risiko. Herr Minister, oder ist im Haushalt alles abgesichert? Das würde uns wirklich interessieren. Wenn alles abgesichert ist, warum geben Sie dann vorläufige Bescheide heraus? Irgendwie passt das nicht zusammen.

Zweitens. „ziel“ ist ein Programm der **Beliebigkeit**. Die Landesregierung kann wahllos ein paar Aufgaben, die sie sonst auch tun würde, herausgreifen und verkauft deren Erledigung als besondere Leistung. Nicht umsonst sind in der Landwirtschaft 26 Maßnahmen förderfähig. Bei ASH sind es sogar 30 Maßnahmen, nur in der Wirtschaftspolitik haben Sie sich ein bisschen beschränkt. Fast die gesamte Bandbreite der Tätigkeit der Landesregierung ist im Programm erhalten. Alles kann man unter „ziel“ verkaufen.

Drittens. „ziel“ ist Altbekanntes mit neuem Anstrich. Es ist erstaunlich, dass die Ministerpräsidentin dieses Programm als das größte Modernisierungsprojekt für Schleswig-Holstein bezeichnet.

Viertens. Wir werden uns den Weg von „ziel“ sehr genau ansehen und insbesondere das Schicksal der vorläufigen Bewilligungsbescheide. Bis jetzt ist „ziel“ nur heiße Luft, leider!

Meine Damen und Herren, ich bitte um Überweisung des Berichts zur abschließenden Beratung federfüh-

(Brita Schmitz-Hübsch)

rend an den Wirtschaftsausschuss, mitberatend an den Agrar- und den Sozialausschuss.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Auf der Tribüne begrüße ich die Besuchergruppen der Beruflichen Schulen am Schützenpark Kiel und des Studienkollegs Schleswig-Holstein mit Stipendiaten in Kiel.

(Beifall)

Das Wort hat Frau Abgeordnete Schümann. Ich weise darauf hin, dass es heute ihre Jungferrede ist.

(Beifall im ganzen Haus)

Jutta Schümann [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kollegen! Sehr geehrte Kolleginnen! Die CDU will es nun wissen, was es mit dem größten Modernisierungsprojekt in der Geschichte unseres Landes auf sich hat - so Ihre einleitenden Worte, Frau Schmitz-Hübsch, bei der Einbringung Ihres Berichtsantrages im Mai.

(Zuruf von der CDU: Das ist auch verständlich!)

Es geht Ihnen dabei um Fragen nach der Herkunft und Verwendung der Mittel, den Entscheidungsgremien, der Höhe der Bearbeitungskosten und der Transparenz. Der **Bericht** liegt uns jetzt vor und gibt, wie Herr Minister Rohwer bereits ausgeführt hat, zwar keine abschließenden, aber dennoch sehr aufschlussreiche Antworten auf Ihre Fragen. Er bietet eine gute Übersicht über die Fördermodalitäten, die Komplexität des Antragsverfahrens, die Controlling-Instrumente sowie über das Auswahl- und Entscheidungsverfahren. Für die Aufbereitung dieses sehr umfassenden Berichts bedanke ich mich im Namen meiner Fraktion bei den beteiligten Ressorts ganz herzlich. Ich weiß aus persönlicher Erfahrung, was es bedeutet, solche Berichte anzufertigen.

(Beifall im ganzen Haus)

Am 15. November letzten Jahres, also vor gut einem halben Jahr, wurde der Startschuss zu „**ziel**“ gegeben, das mit 2,1 Milliarden DM das höchste Investitionsvolumen des Landes umfasst. In ihm sind Fördermittel der Europäischen Union, des Bundes, des Landes und der Kommunen gebündelt. Seien Sie sicher, Frau Schmitz-Hübsch: Diese Mittel werden auch fließen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Na prima, warum steht es dann nicht im Bericht?)

Das Programm wird bis 2006 laufen und setzt sich aus

den drei Förderinstrumenten zusammen, die Ihnen ja bekannt sind: dem Regionalprogramm 2000, dem Programm „Zukunft auf dem Lande“ - kurz „ZAL“ genannt - und dem Arbeitsmarktprogramm ASH 2000.

„ziel“ ist nicht nur ein Kürzel. „ziel“ steht für ein politisches **Gesamtkonzept** und das ist in der Tat das Neue, Frau Kollegin, das meine Fraktion nachdrücklich unterstützt. Schließlich bedeutet „Zukunft im eigenen Land“ Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen, zum Beispiel in neuen Arbeitsfeldern und durch neue Formen der Arbeitsorganisation, berufliche Qualifizierung, Förderung zukunftsweisender Technologien, Stärkung der ländlichen Räume einschließlich der Modernisierung der Agrarstruktur, Energieeinsparung, Nutzung erneuerbarer Energien und Klimaschutz, ökologische Modernisierung, Nutzung der Vorteile der Informationsgesellschaft, Nutzung der Chancen der Ostsee- und Nordseekooperation.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Wesentliches Merkmal aller „ziel“-Programme ist die Partizipation zwischen Land und Kommunen sowie in den Regionen mit den Wirtschaftsverbänden, den Kammern, Gewerkschaften und anderen Institutionen.

Beim **Regionalprogramm 2000** - das haben wir heute auch schon gehört - sollen zum Beispiel in den Regionen die Vorhaben entwickelt, beschlossen und nach Durchführung eines für alle geltenden Qualitätswettbewerbs umgesetzt werden. Regionale Beiräte und Geschäftsstellen begleiten diesen Prozess und treffen eine Vorauswahl - hören Sie zu: eine Vorauswahl - der Projekte und noch keine endgültige Entscheidung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das dürfen sie auch nicht!)

Regionale Kooperationen statt Konkurrenz auf lokaler Ebene ist in diesem Kontext die Devise. Inwieweit „ziel“ auf einem richtigen, erfolgreichen Weg ist, zeichnet sich bereits jetzt sowohl durch erste Förderentscheidungen im Regionalprogramm 2000 als auch bei einer ersten Zwischenbilanz des Programms ASH 2000 ab. Ebenso sind hinsichtlich des Programms „ZAL“ positive Aussagen zu machen.

Im Rahmen des Regionalprogramms 2000 sollen in einem ersten Segment 46 Projekte mit einem **Gesamtfördervolumen** von rund 140 Millionen DM finanziell unterstützt werden. Die Fördersumme beträgt über 82 Millionen DM. Die Freigabe der Mittel steht noch unter dem Vorbehalt der Genehmigung durch die EU. Das hat den Grund darin, dass die te-

(Jutta Schümann)

antragten Projekte dort noch vorgestellt werden müssen. Dann erst werden die Mittel fließen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Auch die Pläne sind noch nicht geliefert worden!)

In der Rangfolge der Maßnahmen sind dabei besonders hervorzuheben die Multifunktionshalle in Flensburg, Gewerbeerschließungsmaßnahmen in Lübeck und der K.E.R.N.-Region, der Ausbau des Seelandkais in Lübeck - auch darauf wurde bereits hingewiesen - und die Erweiterung des nordfriesischen Innovationszentrums in Niebüll.

(Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Die Förderphilosophie des **ASH 2000** zielt darauf ab, Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit bedrohte Menschen möglichst unverzüglich wieder ins Arbeitsleben zu integrieren, Qualifizierung auf allen Ebenen zu fördern sowie Stabilisierung und Beratung zu gewährleisten.

Seit dem Startschuss von ASH 2000 sind 16 der insgesamt 30 verschiedenen Programmpunkte angelaufen. Insgesamt wurden in den ersten sechs Monaten 27,7 Millionen DM für gut 3.300 Förderfälle gebunden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auf Grund unserer bisherigen Politik hat sich der ländliche Raum in den letzten Jahren hervorragend entwickelt. Dies wird zum Beispiel auch in dem letzten Raumordnungsbericht belegt. Der Kreis Nordfriesland hat mittlerweile nach Stormarn die niedrigste Arbeitslosenquote in Schleswig-Holstein.

Auf der konsequenten Stärkung der ländlichen Entwicklung liegt der Schwerpunkt des **Programms „Zukunft auf dem Land“**. „ZAL“ gibt den Gemeinden zusätzlichen Ansporn, stärker überörtlich zu kooperieren und an den ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen teilzunehmen. Derzeit werden in 500 Gemeinden mit breiter Beteiligung der Bevölkerung spezifische Entwicklungsmaßnahmen und Ziele erarbeitet. Wenn Sie sagen, das sei nichts Neues, dann beleidigen Sie diejenigen Menschen, die vor Ort etwas Neues für ihre Region entwickeln.

(Holger Astrup [SPD]: So ist es! - Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die vorläufige Bilanz: Es liegen 21 Anträge von 245 Gemeinden auf eine Teilnahme an dem LSE vor, 10 LSE mit 105 Gemeinden sind in der Erarbeitung und 23 LSE mit 225 Gemeinden sind bereits abgeschlossen.

„ziel“ und die unter diesem Dach angeordneten drei Programmsäulen werden sich weiterentwickeln. Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass der Startschuss für „ziel“ erst zirka sechs Monate zurückliegt, eine sehr kurze Zeit, um ein solches komplexes Vorhaben allseits zufriedenstellend auf den Weg zu bringen. Deshalb bedarf es aus unserer Sicht durchaus gewisser **Nachjustierungen**. Zum Beispiel benötigen wir klar definierte und abgestimmte Qualitätskriterien für die Entscheidungsprozesse. Es erscheint notwendig, die drei Programmsäulen noch besser zu vernetzen. Wir benötigen eine stärkere Profilbildung der einzelnen schleswig-holsteinischen Regionen, zum Beispiel touristische Projekte für Tourismusregionen. Wir brauchen noch mehr innovative Ideen und wir benötigen eine stärkere Transparenz und politische Steuerung in der Entscheidungsfindung sowohl auf regionaler als auch auf Landesebene.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW sowie der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Partizipation bedeutet nicht automatisch Entscheidungsautonomie, wie es vielleicht einige Bürgermeister oder Regionalbeiräte in der Vergangenheit angenommen haben.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, der Zug mit dem Namen „ziel“ Schleswig-Holstein gewinnt langsam an Fahrt. So, wie die Bedingungen sind, wird es eine erfolgreiche Reise werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich lade Sie ein, in unserem Salonwagen - um im Bild zu bleiben - Platz zu nehmen,

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

und würde mich freuen, wenn Sie uns bei der einen oder anderen Weichenstellung kritisch begleiten würden, wie man es von einer Opposition erwartet.

(Lothar Hay [SPD]: Bremser!)

Sollten Sie jedoch weiterhin - und das ist mein Eindruck - skeptisch und trotzig an der Bahnsteigkante verharren, werden Sie das Ziel mit Sicherheit nie erreichen.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Schümann, ich danke Ihnen für die Einladung in Ihren Salonwagen. Ich hoffe, für Getränke und Bewirtschaftung ist ausreichend gesorgt.

(Holger Astrup [SPD]: Geht los! - Heiterkeit)

Ich hoffe, dass wir damit ein Klima schaffen, in dem Sie dann den Anregungen der Opposition zuhören, sie bedenken und gegebenenfalls auch in die Tat umsetzen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Peter Jensen-Nissen [CDU]: Heißt das, dass die Grünen draußen bleiben sollen?)

- Wovon reden Sie eigentlich, Herr Kollege? Ich habe das nicht ganz verstanden.

(Heiterkeit)

Der Bericht der Landesregierung zum **Programm „ziel: Zukunft im eigenen Land“** stellt übersichtlich die drei Säulen der Initiative „ziel“ dar und nennt die geplanten Finanzvolumina für die Jahre 2000 bis 2006: ASH mit einem geplanten Fördervolumen von etwa 90 Millionen DM pro Jahr, davon die Hälfte aus Landesmitteln, das Regionalprogramm mit einem geplanten Fördervolumen von etwa 100 Millionen DM pro Jahr, davon 10 % Landesmittel, und „ZAL“ mit einem Volumen von 140 Millionen DM pro Jahr, davon ebenfalls 10 % Landesmittel.

Dieses Förderprogramm macht deutlich, wo **Schleswig-Holstein** in der Entwicklung seiner Wirtschaftsstruktur steht, nämlich ganz hinten.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Realistisch müssen wir feststellen, dass die **Finanzkraft** des Landes unter dem Bundesdurchschnitt liegt. Das heißt, dass wir nach wie vor deutlich hinter den westdeutschen Flächenländern herhinken.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Der in den letzten Jahren erfolgte Strukturwandel hat das Land nicht so weit vorangebracht, dass es inzwischen auf eigenen Füßen stehen könnte.

Es geht nicht darum, das Land schlecht zu reden, sondern es geht darum, die Situation des Landes realistisch einzuschätzen. Dies ist die Voraussetzung dafür, dass die Fördermöglichkeiten der EU, die für dieses Land eine Chance bedeuten - das sieht die F.D.P. genauso wie Sie -, so genutzt werden, dass die Infrastruktur und die Finanzkraft des Landes nachhaltig verbessert werden. Alles andere wäre eine Mittelver-

schwendung, die sich dieses hoch verschuldete Land nicht leisten kann.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die bloße Tatsache des Einwerbens von **EU-Mitteln** rechtfertigt nicht die Ausgabe von **Landesmitteln**. Nur die Qualität der ausgewählten Projekte rechtfertigt den Einsatz von EU- und Landesmitteln. Zu Recht hat sich daher die SPD-Fraktion vorgenommen - so die „KN“ von heute -, die Qualität der Projekte zu überprüfen, und genau das ist gefordert.

Das Programm „ziel“ ist vor dem Hintergrund der sonstigen Gegebenheiten in Schleswig-Holstein zu sehen. Wer die Projekte dieses Programms ins Verhältnis setzt zu den dramatischen Stellenkürzungen an der CAU - wir haben gestern darüber gesprochen, denen möglicherweise die Fakultät zum Opfer fällt, die für unsere mittelständischen Unternehmen eine besondere Bedeutung hat, der muss in Resignation verfallen.

(Jürgen Weber [SPD]: Schnee von gestern!)

Wir können im notwendigen **Strukturwandel** nicht weiterkommen, wenn wir im selben Atemzug, in dem wir ein Sechsjahresprogramm zur Strukturförderung auflegen, die besonders effizient und erfolgreich arbeitenden Bildungs- und Forschungseinrichtungen der einzigen Volluniversität des Landes schließen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Der dadurch dem ganzen Land entstehende Schaden ist durch kein Strukturprogramm aufzufangen; denn er führt zur Abwanderung gerade der Menschen, die wir zur Weiterentwicklung des Landes brauchen

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

und die wir brauchen, um ein solches Strukturprogramm mit Leben zu erfüllen. Genau darauf kommt es an. Wir brauchen Menschen für solche Strukturprogramme und keine Organisationseinheiten oder Verwaltungen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Angesichts der desolaten Landesfinanzen ist es nicht unerwartet, dass die Durchführung der Projekte - ich zitiere - „unter dem **Vorbehalt** einer Bereitstellung der im Bericht vorgesehenen **Landesmittel**“ steht. Das kann so nicht stehen bleiben. Schließlich müssen die Projektträger, die ja in Planungen investieren, rechtzeitig wissen, ob sie mit einer Förderung rechnen können.

(Dr. Christel Happach-Kasan)

Die **ASH-Programme** der Landesregierung und ihre Abwicklung durch die Beratungsgesellschaft für Beschäftigung - BSH - sind von der F.D.P. stets kritisch gesehen worden, unter anderem weil zu wenig Wert gelegt wurde auf eine Kontrolle des Erfolges der einzelnen Maßnahmen. Die im Bericht angekündigte Schwerpunktverschiebung in Richtung auf eine schnelle Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt und die Stärkung der Bedeutung der beruflichen Qualifizierung entspricht unseren vielfach geäußerten Vorschlägen.

(Beifall bei der F.D.P.)

- Frau Ministerin, wir beglückwünschen Sie dazu. Ich dachte, dass Sie uns wenigstens hier Ihre Aufmerksamkeit schenken würden.

(Ministerin Heide Moser: Das habe ich doch!)

Gleichzeitig werden wir prüfen, ob das tatsächlich auch so umgesetzt wird, wie es im Programm steht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist der Punkt!)

Die Aussagen in der Präambel zur Vorstellung des **Regionalprogramms 2000** entsprechen ebenfalls weitgehend den Vorstellungen der F.D.P. Auch dort ist zu prüfen, ob denn tatsächlich entsprechend dieser Präambel gehandelt wird.

Auffällig ist - wie immer - die Bereitschaft des Landes, in die Beratung zu investieren, statt über eine Deregulierung und eine Verwaltung, die sich als Dienstleistungsunternehmen empfindet, den Beratungsbedarf zu minimieren.

Die im Regionalprogramm 2000 vorgesehene Eigenbeteiligung von 30 % ist vergleichsweise niedrig. Es ist zu befürchten, dass eine geringe Eigenbeteiligung mit einer geringen Übernahme von Verantwortung durch Projektträger korrespondiert. Sowohl das Prinzip des Qualitätswettbewerbs bei der Auswahl der Projekte als auch die Partizipation der regionalen Akteure sind im Prinzip richtig. Allerdings sind die Beiräte etwas üppig besetzt.

Die Durchsicht der Projektanträge für das Programmjahr 2000 ist allerdings ernüchternd. Es ist schwer vorstellbar, wie die Mehrzahl dieser Projekte einen wesentlichen Beitrag zum Strukturwandel in Schleswig-Holstein leisten soll. Maßnahmen wie der Neubau einer WC-Anlage oder die Einrichtung eines Wohnmobilstellplatzes mögen aus der Sicht der jeweiligen Gemeinde Sinn machen, aber sind sie denn wirklich geeignet, die Probleme dieses Landes zu lösen und unser Land voranzubringen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Natürlich Toiletten heute immer!)

Kollege Weber nickt. Ich sehe das nicht so.

(Jürgen Weber [SPD]: Ich nicke im Hinblick auf die Berechtigung Ihrer Frage, Frau Kollegin!)

- Danke schön, Herr Weber!

Es fehlt, auch wenn es einzelne Leuchttürme gibt, an wirklich zukunftsweisenden Projekten.

Das Auswahlkriterium „Anzahl der Arbeitsplätze“ klingt auf den ersten Blick sehr bestechend. Es muss genauso Wert auf hoch qualifizierte Arbeitsplätze gelegt werden, denn diese werden erst weitere Arbeitsplätze nach sich ziehen. Die Menge der Arbeitsplätze an sich ist noch kein absolutes Kriterium.

(Zuruf von der Regierungsbank: Oh, oh! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Die Projekte der Kategorie III wie zum Beispiel das Berufsschulenausstattungsprogramm hätten in diesem Programm gar nichts zu suchen, wenn nicht die Landesregierung einmal wieder in die Kasse des kommunalen Finanzausgleiches greifen würde. Dann müssten nämlich die Kreise in der Lage sein, das allein zu machen.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

Das Projekt „**ZAL - Zukunft auf dem Land**“, ist programmatisch sehr breit angelegt; es ist sozusagen für jeden etwas dabei. Das ist gut so, weil der pluralistische Ansatz einen Ideenwettbewerb ermöglicht. Allerdings sind die Maßnahmen zur Förderung von landwirtschaftlichen Betrieben unterrepräsentiert. Auch wenn es richtig ist, dass die ländlichen Räume inzwischen nicht mehr ausschließlich oder auch nur überwiegend von der Landwirtschaft geprägt werden, ist die Landwirtschaft für die ländlichen Räume nach wie vor von großer Bedeutung. Die Ministerin dürfte das inzwischen gelernt haben.

Aus dem Programm „ZAL“ werden insbesondere Projekte aus den Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen - LSE - gefördert. Diese Analysen haben sich bewährt; wir haben das in diesem hohen Hause diskutiert. Sie zeigen aber gleichzeitig ein Defizit des Landes auf, nämlich die mangelnde interkommunale Kommunikation. Es muss immer geprüft werden, ob die geförderten Maßnahmen eine dauerhafte Stärkung der Struktur bewirken oder Anstöße zur Selbsthilfe bieten. Bei allem Einsatz von Behörden und Verwaltungen: Der Erfolg des Programms hängt wesentlich davon ab, wie weit es gelingt, unter-

(Dr. Christel Happach-Kasan)

nehmerisch tätige Menschen einzubinden und dafür zu gewinnen, in unseren ländlichen Räumen zu investieren.

Es ist kaum nachvollziehbar, warum es eine eigene Maßnahme A 5 gibt: „Förderung der Vermarktung ökologisch erzeugter landwirtschaftlicher Erzeugnisse“, obwohl doch unter der Maßnahme A4 die „Verarbeitung und Vermarktung von ökologisch und regional erzeugten landwirtschaftlichen Produkten“ gefördert werden soll. A 5 als Spielwiese für grünes Klientel? Wozu braucht es eine eigene Maßnahme?

Ähnlich sind die Maßnahmen C 1 und C 2 zu bewerten, die sich ebenfalls speziell mit dem ökologischen Landbau beschäftigen, obwohl der ökologische Landbau als eine Variante der landwirtschaftlichen Produktion kaum mehr zur Zukunft auf dem Lande beitragen kann als die anderen Varianten, die eine erheblich höhere Wertschöpfung aufweisen.

Was unter dem Titel „Modellvorhaben“ insbesondere mit dem „Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen für Frauen“ zu verstehen ist, bleibt dunkel. Sollen Fischereiläden gefördert werden? Dort sind traditionell Frauen beschäftigt. Oder denken Sie an die Gründung von Meinungsforschungsinstituten? Für diese gilt dasselbe. Hören Sie doch auf mit Ihrer spezifischen **Frauenpolitik**, die dem Ansehen der gut ausgebildeten Frauen in diesem Lande schadet.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenig Beifall!)

Der „Schwerpunkt C-, Agrar-, Umwelt- und Ausgleichsmaßnahmen sowie Forstwirtschaft“ enthält sinnvolle, aber auch kritisch zu bewertende Maßnahmen. Unter der Zielvorstellung, insbesondere Maßnahmen fördern zu wollen, die eine Strukturverbesserung bedeuten, sind all diejenigen kritisch zu bewerten, die nur einen Erhalt bestehender Strukturen bewirken, auch wenn dies im Einzelfall durchaus als sinnvoll anerkannt wird. Nach unserer Vorstellung sind zu viele solcher Maßnahmen zum Erhalt bestehender Strukturen im Teil C enthalten. Sowohl die Subventionierung des Verzichtes auf Biozide wie auch des Nutzungsverzichtes von Wald ist strukturell ohne Bedeutung. Die Förderung solcher Maßnahmen bedeutet gleichzeitig, dass Mittel für strukturell wirkende Maßnahmen fehlen.

Genau dadurch wird der Erfolg des Programms gefährdet.

Insgesamt zeigt der Bericht, dass die an die **Strukturprogramme der EU** gestellten Erwartungen, die auch von der Landesregierung geweckt wurden, bei dem jetzigen Stand der Bearbeitung noch nicht erfüllt wer-

den. Dies muss sich ändern, wenn nicht die Chancen verspielt werden sollen, die in dem Programm liegen. Die Ansätze sind zurzeit noch weitgehend konventionell, wenig kreativ, also hausbacken. Eine nachhaltige Stärkung der Wirtschaftskraft ist nicht zu erwarten. Wir müssen daran arbeiten, dass sich dies ändert.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Steenblock.

Rainer Steenblock [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Programm „Ziel: Zukunft im eigenen Land“ bietet für Schleswig-Holstein große, sehr große Chancen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ganze Leben bietet Chancen!)

Allein das **Volumen** dieses Programms stellt alles das, was bisher an gemeinsamen Strukturierungsprozessen geleistet worden ist, in den Schatten. Deshalb hat die Ministerpräsidentin natürlich Recht mit ihrer historischen Einordnung dieses Programms und der Chancen, die damit für unser Land vermacht sind.

Aber ebenso muss man sehr deutlich sagen, dass der programmatische Anspruch in dieser Dimension - darin gebe ich sowohl Frau Schmitz-Hübsch als auch Frau Happach-Kasan Recht - so, wie sich das Programm zurzeit darstellt, noch nicht erfüllt worden ist. Wir müssen vielmehr weiter daran arbeiten.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Die Chancen, die sich in diesem Programm durch die Vernetzung von ASH, Regionalprogramm und durch den Neuzuschnitt der landwirtschaftlichen Förderprogramme im Bereich von „ZAL“ - diese drei sehr starken Säulen - bieten, brauchen ein stärkeres gemeinsames programmatisches Dach, um die Zukunftsperspektiven dieses Landes zu entwickeln.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was uns dabei ebenfalls Probleme macht - deshalb ist das, was Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, hier vorgetragen haben, leider etwas zu kurz gedacht -, ist die Frage, wie man solche Programme im Bereich von **Subsidiarität** aufbauen kann, die Frage also, welche **Struktur** letztlich eigentlich bestimmt, was mit solchen Programmen

(Raider Steenblock)

gewollt wird. Da ist es einfach zu kurz gedacht, nur eine Addition der regionalen und lokalen Wünsche als gemeinsames Programm zu verkaufen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Der Ansatz, die unteren, die regionalen und die lokalen Ebenen zu beteiligen, ist völlig richtig. Aber hier ist nach meiner Meinung auch Mut zur politischen Führung gefragt; in dieser Hinsicht würde ich der Landesregierung mehr Mut wünschen, programmatisch eindeutige, auch einengende Aussagen zu machen, die verdeutlichen, wohin die Reise gehen soll.

Es sind schon eine Reihe von Beispielen genannt worden. Herr Kollege Poppendiecker sagte es bereits: So wichtig im Einzelfall Toilettenanlagen für den Einzelnen sein können - unter dem programmatischen Anspruch, unter dem wir hier diskutieren, ist dies natürlich in so einem Programm der falsche Ort, um das auszufüllen.

(Heiterkeit bei CDU, F.D.P. und vereinzelt bei der SPD)

Deshalb plädiere ich dafür und möchte der Landesregierung auch den Rat geben, die Diskussion über die einzelnen Programmteile nicht nur im interministeriellen Arbeitskreis zu führen, sondern auch innerhalb der **Landesregierung** und auch hier im **Landesparlament** sehr viel stärker über die Kriterien zu debattieren und festzulegen, nach denen dieses gewaltige **Zukunftsprogramm** in Schleswig-Holstein realisiert werden kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir haben ja an vielen Stellen gesagt: Arbeit, Bildung, Innovation - das sind die Stichworte, verbunden mit Kriterien der **Nachhaltigkeit**, die in diesem Lande in Zukunft eine große Rolle spielen sollen. Deshalb können wir nicht einfach so weitermachen und wie bisher in den Koalitionen von Bürgermeistern ein Gewerbegebiet nach dem anderen fördern

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

oder auch in der Form weitermachen, dass wir sagen: Die traditionellen Dorferneuerungsprogramme werden hier nur in neuem Gewand dargestellt. Das kann es nicht gewesen sein.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Ist es auch nicht!)

Wenn wir jetzt zum Beispiel Schleswig-Holstein - die Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung darauf hingewiesen und ich halte das für eine ganz

große Chance - zu einer Gesundheitsregion machen wollen, müssen wir gerade auch im Zusammenhang mit der Diskussion über die Nordsee- und Ostseeoperation, wie wir sie gestern geführt haben, erkennen: In der Gesundheitsregion Schleswig-Holstein liegen enorme Potentiale. Davon findet sich programmatisch in dieser Zusammenstellung bisher viel zu wenig wieder.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Richtig!)

Wenn wir solche **Kriterien** ernst nehmen, müssen sie sich in solchen **Programmen** auch stärker wiederfinden.

(Beifall im ganzen Haus)

Oder um noch einmal an einem anderen Beispiel deutlich zu machen, was auf die lokale Ebene „runtergebrochen“ ist: Ein Projekt, das - wie ich weiß - auch der ehemalige Landwirtschaftsminister sehr stark verfolgt hat, war das **Projekt „Schleswig-Holstein - ein Reiterland“**. Das ist für den Tourismus wichtig. Wir müssen bei einer ehrlichen Analyse feststellen, dass die Infrastruktur im Reitwegbereich in Schleswig-Holstein zurzeit ausgesprochen unbefriedigend ist.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Als Minister haben Sie das anders gesehen!)

- Ich habe das immer sehr stark vertreten. Liebe Frau Happach-Kasan, auch als Umweltminister habe ich mich sehr dafür eingesetzt, dass wir zu einem sehr viel besseren Reitwegenetz kommen, und habe auch aus dem Ministerium heraus alles getan, was uns derzeit möglich war.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Heinz Maurus [CDU]: Aber da waren Ihnen die Hände gebunden!)

Auch dieses Programm wäre eine Chance, so etwas nicht nur wie jetzt lokal für Dithmarschen, sondern wirklich flächendeckend für Schleswig-Holstein zu entwickeln, Mittel dieses Programms zu nutzen, um Schleswig-Holsteins Anspruch, Reiterland zu sein, tatsächlich in der Infrastruktur zu verwirklichen. Das stünde uns allen gut zu Gesicht.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Damit wir dann die Staus mit Postkutschen umgehen! - Heiterkeit)

- Ja, wenn wir denn schon bei den Fortbewegungsstrukturen und den Infrastrukturen dafür sind: Mich hat ja so ein bisschen gewundert, Frau Happach-Kasan und auch Frau Schmitz-Hübsch, dass Sie die Erfolge subversiver Regierungstätigkeit der Grünen bei der Durchsicht dieses Programms überhaupt

(Rainer Steenblock)

nicht gemerkt haben. Denn bei Ihrem Lieblingsthema „A 20“, Herr Kayenburg, ist Ihnen anscheinend gar nicht aufgefallen, dass dieses - für das Land ja nicht unwichtige - Thema jetzt auf der Seite 39 dieses Berichts allein unter der Rubrik „Ländlicher Wegebau“ erscheint.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Mich hat doch etwas gewundert, dass das von Ihnen nicht kritisiert worden ist. Aber es scheinen sich ja auch dort die Ansichten über die Bedeutung der Projekte in diesem Hause einander anzunähern.

(Heiterkeit)

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass wir mit dem Programm „ziel“ eine große Chance haben. Wir sind allerdings - das muss ich ehrlich sagen und das haben Sie wohl auch gemerkt - noch nicht zufrieden mit der Realisierung. Wir sollten diese Chancen nutzen. Auch da ist die Opposition gefragt, die Zielperspektiven, die Schwerpunkte, die wir brauchen, mit zu definieren. Wir brauchen den Mut zur politischen Schwerpunktsetzung gerade in Anbetracht der Haushaltslage. Dann hat dieses Programm für das Land und für die Menschen hier eine ganz große Bedeutung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das wichtigste Ziel für die Zukunft ist die Senkung der Arbeitslosenzahlen. Dies entspricht auch dem **Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“**. Die Förderrichtlinien sind hierbei jetzt - und gerade erst jetzt - oft an europäische Richtlinien gekoppelt worden. Hier hat man sich angepasst, da es sonst nur schwer möglich gewesen wäre, an hohe EU-Förderungen heranzukommen. Auf dieses Thema werde ich am Ende meines kleinen Vortrags noch einmal eingehen. Ähnliches gilt natürlich auch für die Mittel aus der Gemeinschaftsaufgabe des Bundes.

Durch die Neustrukturierung von ASH werden zum ersten Mal alle arbeitsmarktrelevanten Fördermaßnahmen der Ressorts des Landes im Programm ASH zusammengefasst. Dies ist nach meiner Meinung ein wichtiger Schritt gewesen, da man erst mit dem Prinzip der finanziellen Bündelung und der Verknüpfung von Maßnahmen eine Stärkung des Landes erreichen kann. Darüber hinaus wurden mehr Möglichkeiten der

finanziellen Förderung geschaffen. Die Idee der kurzen Wege scheint mir sehr vernünftig zu sein, da die Vorgänge schneller abgearbeitet werden können. Das hat auch etwas mit Verwaltungsstrukturreformen zu tun. Hierbei ist auch positiv zu erwähnen, dass die einheitliche verwaltungsmäßige Abwicklung des Programms in der Beratungsgesellschaft für Beschäftigung weiterhin gebündelt wird.

Ebenso befürwortet der SSW, dass die so genannte freie Förderung jetzt möglich ist. Das bedeutet, dass neue innovative Ansätze, die sich in den nächsten Jahren erst entwickeln könnten, jetzt ebenfalls gefördert werden können. Das ist eine wesentliche Neuerung, die ich in Deutschland in dieser Form bisher überhaupt noch nicht kannte.

Somit wird die Grundlage für eine schnellere Umsetzung von Ideen, die Arbeitsplätze schaffen sollen, gelegt. Hierunter fällt auch die Förderung von Modellprojekten. Positiv ist auch zu erwähnen, dass weiterhin die Einbindung der Weiterbildungsverbände und der Beratungsstellen stattfindet. Das bedeutet, dass Maßnahmen, die schon in der Vergangenheit erfolgreich waren, weitergeführt werden. Hier wurde nicht versucht, das Rad neu zu erfinden, sondern kontinuierlich mit einem funktionierenden Konzept weitergearbeitet.

Dass in Zukunft auch **Beratungseinrichtungen** mit einer unternehmensnahen Ausgestaltung eingebunden werden, scheint mir ein vernünftiger Weg, um auch die Wirtschaft weiter ins Boot zu ziehen. Die Nachfrage nach Arbeitskräften sollte ausschlaggebend für konkrete Maßnahmen sein. Indem man Arbeitslosen eine bedarfsorientierte Qualifikation zukommen lässt, trägt man zu einer schnelleren Vermittlung von Arbeitslosen bei. Dies ist jedoch nur möglich, wenn man den Bedarf und die Anforderungen in den Unternehmen kennt. Diese Neuerung bringt also wirklich etwas für unser Land. Hier werden Unternehmen mit in die Verantwortung einbezogen. Denn es liegt im beiderseitigen Interesse, dass qualifizierte Arbeitslose vermittelt werden.

Außerdem ist die **Beteiligung der Wirtschaft** und deren enger Kontakt zu den Beratungsunternehmen von Bedeutung, da sie dem Ziel dient, die Arbeitslosen vorwiegend auf dem ersten Arbeitsmarkt unterzubringen. Darauf legt der SSW schon seit langem großen Wert. Sollte es gelingen, Arbeitslose durch Lohnkostenzuschüsse wieder in den ersten Arbeitsmarkt einzugliedern, dürfen diese nicht unter dem Aspekt des Mitnahmeeffektes gesehen werden; dies ist vielmehr eine Chance für die Arbeitslosen, bei Erfolg eine Chance auf Zukunft zu haben. Die Förderung des einzelnen Arbeitsplatzes sollte dann aller-

(Lars Harms)

dings nach Möglichkeit auch von Qualifizierungsmaßnahmen begleitet werden.

Ich möchte einmal den Bericht zitieren:

„Bei der Erfolgsbeurteilung wird die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt beziehungsweise der Übergang in eine geförderte oder ungeforderte Beschäftigung bei Unternehmen des ersten Arbeitsmarktes nicht alläufiges Kriterium sein.“

Das heißt, der Erfolg soll nicht nur an Arbeitsplätzen gemessen werden. Das ist sicherlich richtig, da das Programm vielfältig ausgerichtet ist. Jedoch sollte der Schwerpunkt der Betrachtung auf dem **ersten Arbeitsmarkt** liegen, da dieser von der wirtschaftlichen Entwicklung selbstständig getragen wird und nach einer gewissen Zeit dazu führt, dass die Arbeitsplätze nicht mehr subventioniert werden müssen. Das muss unser Ziel sein.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Daher sollte die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt ein wichtiges und hervorgehobenes Ziel und Bewertungskriterium im Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ sein. Die Schaffung von Arbeitsplätzen wurde eben auch von Minister Rohwer als das Erfolgskriterium des Programms hervorgehoben.

Bei der **Qualifizierung von Arbeitslosen** wird im Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ sehr weit nach vorn gesehen. Beispielsweise werden in der Zukunft sicherlich mehr Menschen mit ausländischem Pass und mehr Aussiedler mit eingeschränkten Sprachkenntnissen in Deutschland leben. Darauf müssen wir vorbereitet sein. Das wichtigste Feld für die **Integration dieser Migranten** wird die Einbindung in den Arbeitsmarkt sein. Die Berufsvorbereitung und Qualifizierung von Migranten und der berufsorientierte Sprachunterricht werden in den nächsten Jahrzehnten eine wichtige Säule der beruflichen Bildung darstellen.

Das **Regionalprogramm 2000** als weitere Säule von „ziel“ dient der Entwicklung der strukturschwachen Regionen Schleswig-Holsteins. Hierbei handelt es sich vorwiegend um die ländlichen Räume. Große Chancen liegen hier in der **Entwicklung des IT-Bereichs**, der Biotechnologie und der Energiewirtschaft, da diese Bereiche relativ standortunabhängig sind. Es gilt, die Forschung und Entwicklung in diesen Bereichen zu fördern. Daher sind die Errichtung und der Ausbau von Technologie- und Gründerzentren - auch Frau Schumann sagte das eben - sehr wichtig. In diesem Zusammenhang möchte ich darauf hinweisen, dass es der SSW für dringlich ansieht, eine landesweite **Ver-**

netzung mit dem **Multimedia-Campus** zu schaffen, der ja - wie wir alle wissen - nach Kiel kommen soll. Wichtig ist, dass die anderen Standorte wie zum Beispiel Flensburg, Büdelsdorf oder Lübeck ihre Initiativen vor Ort weiterentwickeln und dabei vom Land mit unterstützt werden.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Uwe Eichelberg [CDU])

Für den SSW ist die **betriebliche Förderung** immer eine wichtige Förderungsart gewesen und ist es natürlich auch heute noch. Im Bericht wird darauf hingewiesen, dass andere Bundesländer eine erheblich höhere betriebliche Förderung vornehmen. Das bedeutet, dass die Unternehmen in anderen Bundesländern auch schneller und besser der Konkurrenzsituation am Markt angepasst werden. Hier sind die Unternehmen in Schleswig-Holstein ganz klar benachteiligt. Daher gilt es, unsere Unternehmen in diesen Bereichen fit zu machen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], Uwe Eichelberg [CDU] und Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Im letzten Wirtschaftsbericht wurde nämlich eindrucksvoll dargestellt, wie effektiv eine solche Förderungsart ist. Ein durch einzelbetriebliche Förderung geschaffener oder erhaltener Arbeitsplatz kostete im vergangenen Jahr nicht mehr als das Jahresgehalt eines leitenden Angestellten. Das muss man sich immer wieder auf der Zunge zergehen lassen. Dies zeigt die Effektivität der einzelbetrieblichen Förderung. Mögliche Mitnahmeeffekte sind in unserem neuen Programm mit Sicherheit zu vernachlässigen, da die entscheidenden Regionalbeiräte, die die Rangfolge der einzelnen Projekte in der Prioritätenliste der betreffenden Region festlegen, eine sichere Kenntnis der Verhältnisse vor Ort haben und Mitnahmeeffekte so leicht nicht aufkommen können.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das bezweifle ich!)

Die dritte und letzte Säule von „ziel“ ist das **Programm „Zukunft auf dem Land“**. Hier wird der Schwerpunkt in der Einbindung der Ländlichen Struktur- und Entwicklungsanalysen als Grundlage für regionale Entwicklung liegen. Zum ersten Mal wird die gemeinsame Planung und Abstimmung von Vorhaben über Gemeindegrenzen hinweg grundsätzlich belohnt. Das gab es in diesem Land bisher noch nie. Die Menschen vor Ort werden ihre Wünsche und Ziele für die Entwicklung ihrer Orte und Regionen selbst formulieren. Diese Arbeit des basisnahen **Be-**

(Lars Harms)

teilungsverfahrens ist sehr begrüßenswert. Das ist in Schleswig-Holstein wirklich spitze.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Jutta Schümann [SPD])

Allerdings ist bekannt, dass es Schwierigkeiten bei der Umsetzung der LSEs gibt. Die Nachfrage nach LSEs durch die Kommunen ist höher als die Verwaltungskapazitäten für die Umsetzung. Damit alle Kommunen die gleichen Chancen in den Förderprogrammen haben, muss man darüber nachdenken, Verwaltungskapazitäten im Einzelfall zu erhöhen; sonst gibt es keine Chancengleichheit.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW], Bernd Schröder [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Insgesamt setzt die Landesregierung mit der Umsetzung von allen drei Säulen des Programms „ziel“ von 2000 bis 2006 rund 570 Millionen DM ein und löst Maßnahmen in Höhe von insgesamt 2,8 Milliarden DM aus. Eine Verfünfachung der Mittel kann sich durchaus sehen lassen.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Durch die Zusammenfassung der ehemaligen Programme auf die drei Säulen und die Straffung der Verwaltungsabläufe wird die **Effizienz** mit Sicherheit gesteigert. Die Vergabe der Mittel erfolgt schneller und eine **Effizienzkontrolle** wird erleichtert. Anhand der vorher festgelegten Kriterien und Zielsetzungen wird es leichter sein, die Effizienz der Maßnahmen nach nachvollziehbaren Kriterien überprüfen zu können. Daher wird der nächste Bericht zum Programm „Zukunft im eigenen Land“ mit Sicherheit noch interessanter und noch aussagekräftiger werden können als der jetzige.

Doch ich möchte darauf verweisen, dass all diese positiven Ideen, Ziele, Leitgedanken und Maßnahmen nur dann umsetzbar sind, wenn die notwendige **Kofinanzierung des Landes** gesichert ist. Will man „ziel“ ernst nehmen, müssen die Programme im Haushalt des Landes entsprechend mit Finanzmitteln ausgestattet werden. Das werden wir in den Haushaltsberatungen unterstützen.

(Beifall bei SSW, SPD und F.D.P.)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Ministerpräsidentin Simonis das Wort.

Heide Simonis, Ministerpräsidentin:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich habe Ihnen schon in der letzten Legislaturperiode vorgetragen, dass wir die überraschend vielen Mittel aus Europa und Berlin nur bekommen, um uns für die **Erweiterung der Europäischen Union** nach Osten und Norden fit zu machen. Die Programme müssen sich alle daran messen, ob wir in der Lage sind, im Jahr 2002 eine erste Zwischenerklärung abzugeben, dass wir bereit und willens sind, dadurch am Erweiterungsprozess beizutragen, indem wir sagen: Wir schaffen es, unsere Arbeitsplätze so sicher zu machen, dass durch die Erweiterung bei uns keine Strukturen zusammenbrechen.

Die Landesregierung hat deswegen sieben Leitbilder aufgestellt und hat gesagt - weil das bei uns gute Tradition ist -, das soll vor Ort über Beiräte und dann über die IMAG entschieden werden.

Ich habe Frau Schmitz-Hübsch so verstanden, dass sie die Projekte alle gar nicht gut findet. Da kann ich nur sagen: Dann haben die vor Ort nicht gut gearbeitet. Gleichzeitig haben Sie gesagt, wenn dann noch die IMAG darangeht, haben sie vor Ort umsonst gearbeitet. Wir müssen uns für eine der beiden Sachen entscheiden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben uns entschieden - zusammen mit allen beteiligten Häusern -, dass die letztendliche Entscheidung über die Programme im Kabinett getroffen wird.

(Holger Astrup [SPD]: Wo denn sonst!)

Denn in der IMAG sitzen Mitarbeiter und Beamte; die kriegen untereinander die Watschen, wenn der eine dem anderen da etwas kaputtmacht, worauf der sich gefreut hat. Das sollte man dann politisch auf uns zuführen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich gebe Ihnen gern zu - das ist ja hier vorgetragen worden -, dass noch nicht alle Projekte den Glanz des Neuen ausstrahlen: Manche haben auch einen leichten Schubladen-Geruch; dort haben sie lange gelegen und sind herausgeholt worden. Manche haben einen noch schlimmeren Schubladen-Geruch; die haben wir schon gar nicht mehr zugelassen. Das heißt, nach dem Motto: „Einmal sehen, ob es uns diesmal gelingt, das unterzuschieben“, haben es einige versucht. Das ist übrigens ein Versuch, der absolut in Ordnung ist. Das akzeptiere ich. Man muss nur aufpassen, dass man es merkt.

Deswegen habe ich ein ganz klein wenig vermisst - das werden wir jetzt noch einmal in Gesprächen mit

(Ministerpräsidentin Heide Simonis)

allen diskutieren -, dass es dann, wenn man sich auf Strukturmaßnahmen - auf Infrastrukturmaßnahmen - beschränken möchte, auch darum geht, alte Programme daraufhin zu untersuchen, ob man sie einstellen oder reduzieren will. Man kann nicht alles machen, was man in der Vergangenheit gemacht hat.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Ich persönlich habe ja auch ein bisschen bei dem einen oder anderen Gewerbegebiet geschluckt, habe mich bei einigen davon überzeugen lassen müssen, dass das nötig ist. Ich nenne beispielhaft Flintbek mit Orga. Anders hätte man den Ausbau nicht machen können. Aber wenn so gar kein einziger Vorschlag zum Beispiel zu einem Hochgeschwindigkeitsnetz für Internetaanschlüsse hier bei uns im Land kommt, wenn kein einziges Projekt zu Telearbeitsplätzen kommt - wie das jedoch in Schweden beispielsweise mit diesen Telecentern der Fall ist -, wenn kein einziger Vorschlag kommt, wie die Volkshochschulen zusammen Fort- und Weiterbildung machen - jedenfalls nicht aus der Region -, dann muss offensichtlich das eine oder andere Leitbild in der Diskussion dort verloren gegangen sein.

Wir werden also noch einmal gemeinsam darüber zu reden haben, dass von der lieb gewordenen Tradition Abschied genommen werden muss, mit EU-Mitteln das zu finanzieren, was man beim Finanzminister oder woanders nicht durchgedrückt hat. Das muss schon etwas sein, was wirklich neu ist und das dann auf die Art und Weise auch so viel Wert hat, dass man auf etwas anderes verzichtet.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir wollen den Anteil der **innovativen Projekte** fördern. Ich glaube, da muss auch regional noch einmal mit einzelnen Leuten gesprochen werden. Ich halte es zwar für schön, wenn man hinterher sagen kann, nun haben wir unseren Marktplatz neu gestaltet, aber wenn dahinter kein touristisches Konzept steckt, dann hat es zwar für die Stadt einen schönen Wert, hat aber sozusagen für die gesamte Region nicht so viel Arbeitsplatzwert, wie wir uns das vorgestellt haben.

Es fehlen uns noch ein paar Projekte - das geben wir ja alle zu - aus den Bereichen Hightech, New Economy, Tourismus- Wellness-, Umwelttechnologien und so weiter. Die jetzt getroffene Entscheidung für den Multimedia-Campus muss irgendwo in diesen Projekten mit verankert werden, weil der Campus sonst ganz allein in der Landschaft steht und alle anderen irgendetwas anderes ganz allein für sich machen.

Hier ist meiner Meinung nach also gerade noch zu diesen **Leitbildern**, die wir gemacht haben, den Bè-

räten zu sagen: Wenn ihr es allein machen wollt, dann müsst ihr euch stärker an das halten, was wir an **Vorgaben** gegeben haben; sonst droht euch die Gefahr, dass wir zu stark eingreifen müssen. Das wollten wir ja eigentlich nicht, weil wir wissen, dass bei uns in den Regionen durchaus kluge Köpfe mit klugen Ideen sind.

Aber wenn dieselben Listen noch einmal abgeliefert werden, die beim letzten Mal abgeliefert wurden, dann sieht sich das Kabinett allerdings nicht in der Lage zu sagen, dass das die Projekte sind, mit denen wir im Jahr 2002 der EU-Kommission gegenüber erklären, dass wir die Erweiterung der Europäischen Union um dann noch einmal 15 Partner schaffen. Ich glaube also, dass das kein Appell aus Bosheit ist, sondern dass das ein Appell an die Vernunft ist. Was wir jetzt nicht ordentlich einfädeln, wird später schiefgehen. Darunter werden die Leute leiden, wenn die Arbeitsplätze durch Konkurrenz von außen wegfallen müssen.

Ich denke, dass die drei Ministerien bis jetzt eigentlich auf dem richtigen Weg sind und dass wir in der ersten Runde manches durchgehen lassen, was wir in der zweiten Runde nicht mehr durchgehen lassen werden. Das hat damit zu tun, dass wir gemerkt haben, wie sehr man sich doch vor Ort angestrengt hat und welche Mühe man sich gegeben hat, welche Arbeit dort hineingegangen ist. Ein zweites Mal ist - so glaube ich - so viel Milde nicht zu erwarten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung federführend dem Wirtschaftsausschuss, mitberatend dem Sozialausschuss und dem Agrarausschuss zu überweisen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Zur abschließenden Beratung!)

- Zur abschließenden Beratung! Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 40 auf:

Reform des Föderalismus

Landtagsbeschluss vom 8. Juni 2000

Drucksache 15/128

Bericht der Landesregierung

Drucksache 15/231

Ich erteile Herrn Finanzminister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Das hohe Haus war sich in der Debatte am 8. Juni einig, dass die **Weiterentwicklung des deutschen Föderalismus** eines der zentralen politischen Themen der nächsten Jahre sein wird.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Ich gebe Ihnen heute einen Überblick über den aktuellen Stand der Diskussion und werde Sie selbstverständlich auch über den laufenden Fortgang der Verhandlungen auf Bundesebene unterrichten.

Bei der heute zu diesem Tagesordnungspunkt vorgesehenen Redezeit von jeweils fünf Minuten bleibt eine tiefgehende inhaltliche Auseinandersetzung allerdings wahrscheinlich auf der Strecke. Wir haben Ihnen den Bericht vorgelegt und ich hoffe, dass es dann im Finanzausschuss und im Innen- und Rechtsausschuss zu einer ausführlichen, vertiefenden Debatte kommen kann.

Ein Schwerpunkt der Diskussion ist die **Neuordnung des Länderfinanzausgleichs**. Neben den vom Bundesverfassungsgericht angemahnten Prüffeldern geht es in der politischen Diskussion insbesondere um die Frage, wie das System des Länderfinanzausgleichs anreizgerechter gestaltet werden kann. Bisher wird es oft als problematisch empfunden, dass Länder, die Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich erhalten, wenig Anreize haben, ihre eigene Einnahmesituation zu verbessern, da ihnen in der Folge die Zahlungen aus dem Länderfinanzausgleich gekürzt werden. Es gab auch einmal den bösen Verdacht, dass solche Länder auch wenig Steuerfahnder einstellen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist ja wie bei uns!)

Aber auch die Geberländer haben wenig Anreize, ihre Finanzsituation zu verbessern, weil bei ihnen zusätzliche Einnahmen zu zusätzlichen Zahlungsverpflichtungen führen. - Das Beispiel, das ich eben mit den Steuerfahndern nannte, war das eines Geberlandes!

Parallel zur Verbesserung der Anreizgerechtigkeit geht es bei der Reform des Länderfinanzausgleichs darum,

für alle Länder einen ausreichenden finanziellen Handlungsrahmen zu erhalten. Eine gewisse **Mindestausstattung für finanzschwache Länder** muss gegeben sein.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Die föderalen Regeln müssen künftig so gesetzt werden, dass alle Länder gefordert sind, ihre eigene Einnahmesituation effizient zu gestalten, ohne jedoch dabei einzelne Länder zu überfordern.

Die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs darf nicht zu plötzlichen, nicht kompensierbaren Einnahmeverlusten gerade bei den finanzschwachen Ländern führen.

(Beifall der Abgeordneten Hermann Benker [SPD], Renate Gröpel [SPD] und Ursula Kähler [SPD])

Zu den finanziellen Konsequenzen verschiedener Reformansätze liegen Modellrechnungen einiger Länder und wissenschaftlicher Institutionen vor. Da sich alle Länder verständlicherweise schnell darauf konzentrieren, ob sie bei den entsprechenden Berechnungen zu den Gewinnern oder zu den Verlieren gehören, ist die Diskussion, die sich allein auf eine Neuordnung des Länderfinanzausgleichs im engeren Sinne fokussiert, schwierig und unbefriedigend. Selbstverständlich achten auch wir bei jeder Modellrechnung darauf, wie Schleswig-Holstein abschneidet.

Es ist daher angebracht und wünschenswert, dass man sich über eine Reform des Länderfinanzausgleichs hinaus über eine allgemeine **Neuordnung der bundesstaatlichen Ordnung** verständigt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD sowie Beifall der Abgeordnete Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Martin Kayenburg [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Dies ist auch deshalb sinnvoll, weil die europäische Integration den deutschen Föderalismus vor neue Herausforderungen stellt. Die **Balance zwischen Zentralität und Subsidiarität** sowohl zwischen der EU und den Mitgliedstaaten als auch zwischen dem Bund und den Bundesländern ist neu zu bestimmen.

Für den deutschen Föderalismus stellt sich die Frage, inwieweit die Kompetenzen der Länder gestärkt werden können, ohne die vom Grundgesetz geforderte Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu gefährden.

(Minister Claus Möller)

Die verschiedenen Aspekte, die in Überlegungen einzubeziehen sind, sind insbesondere eine mögliche Neuordnung der Steuergesetzgebungskompetenz, eine Neuordnung der Gemeinschaftsaufgaben, der Finanzhilfen des Bundes sowie Fragen der ausschließlichen Gesetzgebung, der konkurrierenden Gesetzgebung oder der Rahmengesetzgebung.

Die Landesregierung wird sich dafür einsetzen, die realen **Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten der Länder** zu stärken. Wir brauchen wieder mehr Bürgernähe, wir wollen die Befugnisse der Landesparlamente wieder stärken und wir wollen sicherstellen, dass regionale Besonderheiten durch eigene Gestaltungsmöglichkeiten der Länder berücksichtigt werden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Wir stehen einer Entflechtung der Kompetenzen von Bund und Ländern aufgeschlossen gegenüber. Der Mut zu mehr Wettbewerb der Ideen muss darauf abzielen, die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit öffentlichen Gütern zu optimieren, das Wirtschaftswachstum zu stärken und die Beschäftigung zu erhöhen.

Gleichzeitig muss der Abbau bestehender struktureller Ungleichgewichte zwischen den Ländern angestrebt werden, so dass die **Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse** gesichert bleibt. Das ist ein Gebot des Grundgesetzes. Dafür werden wir im Auge behalten, dass sich ein politischer Wettbewerb der Ideen an der Grundstruktur des kooperativen Bundesstaates orientieren und die strukturell unterschiedlichen Ausgangsbedingungen berücksichtigen muss. Die Reform des Föderalismus darf und wird kein Selbstzweck sein.

Der weitere Fahrplan sieht wie folgt aus: Die Länder haben sich mit der Bundesregierung unter Hintenanstellung von Bedenken des Bundestages darauf verständigt, dass das Maßstäbengesetz - vom Verfassungsgericht vorgegeben -, das neue Finanzausgleichsgesetz und die Anschlussregelung für den Solidaripakt noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden sollen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Anders geht das ja auch nicht!)

Denn natürlich hängen die Finanzströme des Solidaripaktes auch mit dem Länderfinanzausgleich zusammen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie müssen auch bis 2002 fertig sein!)

- Ja. Für den Bereich des Föderalismus haben die Regierungschefs die Finanzminister, die Chefs der Staatskanzleien, beauftragt, zunächst Reformansätze

für die unmittelbar finanzausgleichswirksamen Themen zu erarbeiten. Hierzu zählen die schon angesprochenen Gesetzgebungskompetenzen im Bereich des Steuerrechts und die potentielle Entflechtung zahlreicher Mischfinanzierungen.

Herr Oppositionsführer, wenn das **Gesamtpaket** also noch in dieser Legislaturperiode geschnürt werden soll, bleiben bei realistischer Betrachtung dazu gerade einmal eineinhalb Jahre. Denn spätestens im Frühjahr 2002 wird der nächste Bundestagswahlkampf alles überlagern und Sachentscheidungen erheblich erschweren.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Die Ministerpräsidentin und ich sind uns unserer Verantwortung bewusst. Bereits in der parlamentarischen Sommerpause beginnen die Finanzminister in einer Reihe von Klausurtagungen ihre Beratungen. Am 14. September und 5. Oktober werden diese Themabereiche offiziell - intern laufen die Vorbereitungen in der Sommerpause - so beraten, dass die Ministerpräsidenten auf ihrer Sitzung im Oktober erste entsprechende Entscheidungsvorschläge vorgelegt bekommen können. Sie können sicher sein, dass Schleswig-Holstein das Gesamte, aber auch seine Interessen im Auge hat. Es ist sehr erfreulich, dass die **Kooperation** der gemeinsamen Interessenwahrnehmung - was Föderalismus und den Länderfinanzausgleich angeht - zwischen den **norddeutschen Ländern** ausgezeichnet funktioniert.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Minister, erlauben Sie mir den Hinweis auf die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Ja. - Ich bin zuversichtlich, dass wir dann Ende des Jahres einen großen Schritt weiter sind. Wir sehen die Konturen dessen, wie sie der Bund im Maßstäbengesetz gesetzt hat und wie sich die Länder möglicherweise verständigen - bei allen großen Interessenunterschieden, die es noch gibt-, und ich bin sicher und freue mich, dass wir dann nach der Beratung des eigentlichen Berichtes, die wir sofort danach führen können, am Ende des Jahres konkret über das, was sich abzeichnet, in den Gremien, im Ausschuss und hier im Parlament intensiv - ich hoffe nicht nur kon-

(Minister Claus Möller)

rovers, sondern mit sehr viel Gemeinsamkeit - diskutieren können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich erteile jetzt dem Fraktionsvorsitzenden der CDU, dem Oppositionsführer im Schleswig-Holsteinischen Landtag, Herrn Martin Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Möller, Sie haben sicherlich Recht und aus der Sicht der Regierung ist es verständlich, wenn Sie die Finanzen in den Vordergrund stellen. Aber uns reicht es eben nicht, nur einen Bericht über den Fortgang der Verhandlungen auf Bundesebene zu bekommen, wir wollen nicht alles der Regierung überlassen, sondern wollen als Parlament eingebunden sein.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der Juni-Tagung des Landtages haben wir in unserer Antragsbegründung nachgewiesen, dass die **Reform des Föderalismus** auch die Arbeit des schleswig-holsteinischen Parlamentes unmittelbar betrifft. Wir haben deshalb als Parlamentarier gefordert, auch frühzeitig in den Entscheidungsprozess, nicht nur in die Diskussion, einbezogen zu werden, um den Sachverstand des ganzen Parlamentes einbringen zu können. Wir wollen - und das ist unser Ziel als **Parlamentarier** - den künftigen Föderalismus mitgestalten und unsere eigenständige **Meinungs- und Willensbildung** hier auch kundtun.

Die Konferenz der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten hat am 23. Mai 2000 in Heringsdorf bereits ein eigenes Entschließungspapier zur „Weiterentwicklung und Stärkung des Föderalismus“ vorgelegt. Diese Gedankenanstöße sind nach meiner Auffassung eine gute Grundlage für unsere eigenen Überlegungen als schleswig-holsteinisches Parlament. Vor allem ist die Entschließung der Präsidentinnen und Präsidenten wesentlich mehr als nur eine Verengung auf Finanzausgleichsregelungen. Sie wird damit der komplexen Föderalismusproblematik eher gerecht als alle bisherigen finanzpolitischen Diskussionen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Der **Bericht der Landesregierung** hingegen legt vorrangiges Gewicht auf die durch das Bundesverfassungsgericht angemahnte **Neuordnung der Finanz-**

ausgleichsbeziehungen zwischen Bund und Ländern. Herr Minister, die wenigen Hinweise - etwa in dem Kapitel „Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung“ - auf das komplexe System des kooperativen Föderalismus münden dann doch immer wieder in finanzpolitischen Überlegungen. Sie gehen dabei auf die Aufgaben- und Abgabenlast ein, sie berühren das Thema der Gesetzeskonnexität - allerdings aus finanzieller Sicht -, Sie sprechen die Problematik der Umleitung von Finanzströmen auf den Bund an, die zu einer weiteren Dominanz des Bundes führen würden und damit natürlich auch zu einer Schwächung der föderativen Struktur, um allenfalls dann ganz kurz noch in Ihrem Ausblick auf die übergreifenden Fragestellungen einzugehen.

Dieses Vorgehen liegt zwar für die Regierung nahe, weil das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes den auch von Ihnen erwähnten Zwang beinhaltet, das System bis Ende 2002 zu reformieren, und zwar durch ein **Maßstäbengesetz**, aber diese Verkürzung wird nach meiner Auffassung dem Reformbedürfnis insgesamt nicht gerecht. Wir müssen das gesamte föderale System reformieren, das heißt beide Komplexe und sie inhaltlich miteinander verknüpfen.

Die Landesregierung erliegt aber wieder einmal mehr der Versuchung, lediglich die finanziellen Aspekte zu vertiefen, weil es für die Föderalismusreform als solche - und da gebe ich Ihnen Recht - bisher keinen Zeitdruck gegeben hat. Aber umso wichtiger ist es, dass wir uns wegen dieser Verknüpfung dann auch mit einbringen.

Wenn aber die Landesregierung die Diskussion bewusst auf der Grundlage des vorhandenen Rechts führt, bleiben viele möglichen Variablen dabei unberücksichtigt. Wenn wir aber tatsächlich eine **Stärkung des Föderalismus** wollen, dann müssen wir mutiger reformieren. Wir beobachten doch alle gemeinsam mit Sorge, dass der Kompetenzzuwachs des Bundes in fast allen Politikbereichen für die Länder lediglich in Ausnahmefällen noch geringe politische Gestaltungsspielräume offen lässt. Bundesrechtliche Regelungen im Bereich der konkurrierenden Gesetzgebung wurden immer zahlreicher und im Bereich der Rahmengesetzgebung immer detaillierter.

Ich glaube aber, dass ein funktionierender Föderalismus für die Länder wieder Gestaltungsmöglichkeiten eröffnen muss, damit es auch unter den Ländern einen gesamtstaatlichen, nicht nur einen ideellen Wettbewerb geben kann. Nicht die Maximierung von Vorteilen, vielmehr die Vielfalt von Initiativen, die zur schöpferischen Umsetzung unterschiedlicher Vor-

(Martin Kayenburg)

stellungen zur Förderung des Gemeinwohls führen, müssen dabei im Vordergrund stehen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Herr Minister, ich bin mir durchaus bewusst, dass dies eine Gleichung mit mehreren Unbekannten ist, aber ich glaube, wer ein **Risiko** nicht eingeht, der verpasst auch eine **Chance**. Deshalb will ich gern zugestehen, dass der vorgelegte Bericht der Landesregierung bezüglich des Finanzausgleiches viele interessante Ansätze zeigt.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD], Heinz-Werner Arens [SPD] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Mir fehlt aber das offensive Herangehen an die Reform des Föderalismus insgesamt. Ich meine, dass wir deswegen als Parlament umso mehr gefordert sind. Ich bitte um Überweisung des Berichts der Landesregierung und der Entschließung der Landtagspräsidentinnen und -präsidenten an den Innen- und Rechtsausschuss zur weiteren Beratung

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und an den Finanzausschuss!)

- mitberatend an den Finanzausschuss-, und zwar unter Hinzuziehung der im Bericht der Landesregierung erwähnten diversen Gutachten und Stellungnahmen, die in den Ausschussberatungen dann sorgfältig aufgearbeitet werden müssen.

Ich habe einen Appell zum Schluss - Herr Präsident, ich komme zum Schluss -: Lassen Sie uns diese Beratungen zwar mit der nötigen Sorgfalt, aber auch mit der nötigen Geschwindigkeit führen. Es geht um Subsidiarität, es geht um Gestaltungsspielräume zum Wohle unseres Landes.

(Beifall bei CDU und F.D.P. sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die SPD-Fraktion hat jetzt Frau Abgeordnete Ursula Kähler das Wort.

Ursula Kähler [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Kayenburg, ich gehe davon aus, dass Sie den Bericht mit den jeweiligen Anhängen genauso aufmerksam gelesen haben wie ich. In dem **Bericht** ist erkennbar, wo die Prioritäten zunächst gelegen haben. Das hat die Landesregierung aber nicht daran gehin-

dert hineinzuschreiben, dass es auch um die Rechte der Parlamente geht.

(Martin Kayenburg [CDU]: Auch!)

Es ist eher ungewöhnlich, dass eine Landesregierung so etwas macht.

Der Bericht der Landesregierung beschränkt sich im Wesentlichen auf den derzeitigen Verfahrensstand,

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist der Punkt!)

die Argumentationen der Bundesländer und die Einzelelemente der vorliegenden Vorschläge aus den Geberländern und den restlichen Bundesländern. Für meine Fraktion möchte ich noch einmal betonen, dass der Weg zu einer gemeinsamen Lösung eher zu finden ist, wenn das Thema **Länderfinanzausgleich** in den größeren Rahmen der allgemeinen **Verfassungsdiskussion** gestellt wird. Wir sind der Auffassung, dass beim Thema Neuordnung der föderalen Kompetenzordnung und Finanzverfassung der Erarbeitung von Entscheidungsgrundlagen für die unmittelbaren finanzausgleichswirksamen Themen - wie Steuergesetzgebung und dieses Gestrüpp von Mischfinanzierungen - erste Priorität eingeräumt und in die Diskussion um den Länderfinanzausgleich einbezogen werden muss.

(Beifall des Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD])

Solange sich jedoch die Landesregierungen nicht einigen können, wird der Bericht auch künftig keine konkreteren Aussagen treffen können.

(Martin Kayenburg [CDU]: Machen Sie es wie bei „ziel“!)

- Das wäre eine Möglichkeit. Aber ich glaube kaum, dass Brüssel uns dafür Geld gibt.

Man könnte deshalb auch behaupten, dass es den vier Geberländern nur um eine Umschichtung von rund 2 Milliarden DM zu ihren Gunsten geht und dass sie, damit das nicht so auffällt, eine Diskussion um Wettbewerbsföderalismus, Anreizerhöhung im Länderfinanzausgleich und Steuerwettbewerb anzetteln und das Bundesverfassungsgericht anrufen. Die SPD-Landtagsfraktion ist davon überzeugt, dass die Landesregierung alles tun wird, um die Zukunftsfähigkeit dieses Bundeslandes sicherzustellen. Dabei werden wir sie - wie ich das in der letzten Debatte und heute auch von Ihnen bereits gehört habe, Herr Kayenburg - auch kräftig unterstützen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Ursula Kähler)

Aber uns als Parlament darf das nicht genügen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wir wissen alle, dass der föderale Staatsaufbau der wichtigste Baustein unserer Demokratie ist. Es reicht jedoch nicht aus, mehr Einfluss für die **Landesregierungen** zu erringen, ohne eine Beteiligung der **Landesparlamente** zu erreichen. Wir wollen demokratisch legitimierte, transparente Entscheidungen von der Kommune über die Länder und den Bund bis hin zu Europa. Uns kann es auch nicht reichen, dass sich der von den Landesregierungen beschickte Bundesrat Zuständigkeiten von Europa oder vom Bund zurückholt, ohne dass die Kompetenzen der Landtage gestärkt werden.

Der Vertrag von Maastricht ist eine gute Grundlage für europäisches Handeln. Allerdings sind nur Rechte für die Bundesregierung und die Landesregierungen gesichert. Kommission und Rat haben einen Machtzuwachs erfahren, während die Rechte des Europäischen Parlaments, der nationalen Parlamente und der Landesparlamente nicht entsprechend ausgebaut wurden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wäre es damals nach der Staatsregierung in Bayern gegangen, dann säßen auch keine kommunalen Vertreter im Rat der Regionen. Das ist Gott sei Dank nicht durchgekommen.

In Schleswig-Holstein haben wir zwar, was die Informationspflichten der Landesregierung angeht, anderen Bundesländern einiges voraus. Die Landesregierung informiert in regelmäßigen Abständen.

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Häufig unvollständig!)

Aber die SPD-Fraktion bedauert, dass die Landesparlamente in die gemeinsame **Kommission von Bundesrat und Bundestag** zur Reform des Föderalismus bisher nicht einbezogen sind.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und SSW)

Die SPD-Landtagsfraktion unterstützt die Forderung der Mehrheit der Bundesländer, allen voran Schleswig-Holstein, die Materien der konkurrierenden Gesetzgebung und der Rahmengesetzgebung mit dem Ziel einer Ländervorranggesetzgebung zu überprüfen.

In diesem Zusammenhang bitten wir um Überprüfung einer eventuellen Abschaffung der Gemeinschaftsaufgaben in Verbindung mit einer entsprechenden Finanzregelung. Wir erwarten einen **Finanzausgleich** der das Prinzip der **Solidarität** berücksichtigt. Wir fordern die Mitglieder des Bundesrates auf, schnellst-

möglich dazu beizutragen, die Blockade zwischen den so genannten Zahler- und Empfängerländern aufzulösen.

Schließlich und letztendlich muss der Gedanke der Subsidiarität auch konsequent zu Ende gedacht werden und bei einer Kompetenzverlagerung auf Länder oder Kommunen gilt es, den Konnexitätsgrundsatz auch aufseiten des Bundes und gegebenenfalls auch der EU einzuhalten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr gut!)

Lassen Sie mich abschließend eine Anregung des Herrn Landtagspräsidenten aus der Juni-Tagung aufgreifen. Wir sollten, Herr Präsident, unmittelbar nach der Sommerpause, und zwar unabhängig von dem vom Kollegen Kayenburg vorgetragenen Wunsch, das im Innen- und Rechtsausschuss sowie im Finanzausschuss zu beraten, eine **interfraktionelle Arbeitsgruppe** unter Ihrer Federführung bilden, damit wir als Parlament unsere politischen Vorstellungen zum weiteren Verfahren bei diesem Thema auf Bundesebene einbringen können. Wir haben nämlich nicht mehr viel Zeit.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt der Vorsitzende der F.D.P.-Fraktion, Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich mit einer scherzhaften Bemerkung beginnen. Angesichts der Debatten, die um die Zustimmung der Bundesländer im Bundesrat zu der großen Steuerreform geführt werden, meine ich: Das Land Schleswig-Holstein bräuchte aus finanziellen Gründen dringend eine neue Regierung, die aus einer großen Koalition oder aus einer sozialliberalen Regierung zusammengesetzt werden kann; denn wenn wir heute die Zeitung aufschlagen, stellen wir fest, dass nur diese Regierungen vom Bundesfinanzminister und von der Bundesregierung mit weiteren Mitteln bedacht werden, damit sie im Bundesrat zustimmen, während Schleswig-Holstein bedauerlicherweise wieder leer ausgeht. Es wird also Zeit für eine Veränderung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die **Entwicklung des Föderalismus** in der Bundesrepublik Deutschland ist durch zwei Hauptlinien geprägt, nämlich einer ausgeprägten Verflechtung von Bund und

(Wolfgang Kubicki)

Ländern bei der Finanzierung der Aufgaben und der Gesetzgebung über den Bundesrat, die von den Vätern des Grundgesetzes so nicht vorgesehen war, und einer doppelten Kompetenzverlagerung, einmal von den Ländern zum Bund und als Folge dieser Entwicklung innerhalb der Länder von den Parlamenten zu den Landesexekutiven. Diese innerdeutschen Entwicklungen werden zusätzlich von einer **Kompetenzverschiebung** aus beiden Staatsebenen hin zur **Europäischen Union** überlagert.

Dieser Befund ist per se weder positiv noch negativ. Die Bewertung ist abhängig von den Zielvorstellungen, die mit der föderalen Struktur eines Landes verbunden werden. Mehr Kompetenz für die Länder bedeutet mehr Vielfalt und damit automatisch mehr Ungleichheit. Mit einer derartigen föderalen Struktur geht automatisch auch ein weniger stark nivellierender Finanzausgleich einher - und umgekehrt.

Aus diesem Grund ist auch die Diskussion um die konkrete Ausgestaltung des Länderfinanzausgleichs müßig, wenn nicht vorher geklärt ist, welche Grundausrichtung angestrebt wird, **Konkurrenz** oder **Konkordanz**.

Die Präferenz der F.D.P. liegt, was nicht weiter überraschen dürfte, beim Konkurrenzmodell.

(Beifall des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Es kann nicht sein, dass wie bisher auf 99,5% der Finanzkraft nivelliert wird. Das ist keine Solidarität, sondern das ist Gleichmacherei. Um Missverständnisse gleich auszuschließen: Das ist kein Plädoyer für den Abschied vom Finanzausgleich. Die Bundesrepublik ist ein dicht besiedelter Staat mit relativ geringer Fläche. Damit besteht ein ungleich größerer Zwang zur Vereinheitlichung als etwa in den so gern als Beispiel herangezogenen USA, in denen einzelne Bundesstaaten bei einer ungleich geringeren Bevölkerungszahl so groß sind, dass die Bundesrepublik mehrfach hineinpassen würde.

Wenn ich die Diskussion betrachte, dann kann ich mich des Eindrucks nicht erwehren, dass nicht wenige der Diskutanten unehrlich sind. Mehr Steuerkompetenzen oder eigene Erhebungs- oder Zuschlagsrechte für die Länder passen nicht mit einer umfassenden Nivellierung zusammen. Sonst bezahlen - vereinfacht gesagt - die anderen Länder über den Finanzausgleich die niedrigen Steuern eines Landes.

Zur Ehrlichkeit gehört auch zu sagen, dass es einen **Zielkonflikt** zwischen dem Wunsch nach **Reformen** und der realen **Kassenlage** gibt.

So manche gewünschte Veränderung geht leider zu Lasten der Einnahmen und wird wohl dem leeren Landesäckel in den jeweiligen Ländern geopfert werden müssen. Herr Staatssekretär Döring hat im Finanzausschuss in der ihm eigenen offenen Art schon sehr viel Richtiges zum Thema Verhandlungstaktik des Landes gesagt. Weiteres erübrigt sich an dieser Stelle.

Es ist eine Binsenweisheit: Das Ziel einer Neuordnung muss eine **Vereinfachung des Finanzausgleichs** und die **Entflechtung von Kompetenzen** sein. Das Wort „radikal“ spare ich mir in Verbindung mit Vereinfachung, denn ein Kompromiss der 16 Länder untereinander unter Berücksichtigung der Anliegen des Bundes wird wohl nie radikal einfach sein können. Der Kuhhandel sei davor.

Die Diskussion um die Verwaltungsmodernisierung wurde mit dem Schlagwort der „organisierten Unverantwortlichkeit“ begonnen. Die Analogie zur föderalen Struktur in Deutschland ist unübersehbar. Der Bericht führt aus, dass die Grundzüge des heutigen kooperativen Föderalismus mit der großen Finanzverfassungsreform aus den Jahren 1969/70 eingeführt und damit die damals bereits übliche gängige Staatspraxis auf eine klare verfassungsrechtliche Grundlage gestellt wurde.

Es war die Zeit von Plisch und Plum, der Globalsteuerung, einer fast schon naiven Gläubigkeit an die Gestaltbarkeit der Welt. Die Reformen sind ein Ausfluss der Einschätzungen der damaligen Zeit. Vor 30 Jahren gab es noch die gute alte Bundesrepublik, in der die Zuwächse umverteilt werden konnten. Alle hatten mehr, niemand weniger.

Ich bin mir sicher, dass diese Verflechtung schon damals ein Fehler war und maßgeblich dazu beigetragen hat, dass viele der Probleme - etwa im universitären Bereich - überhaupt erst entstanden sind. Die Trennung von Ausgaben- und Aufgabenkompetenzen hat sich zumindest bei den Gemeinschaftsaufgaben nicht bewährt. Frau Kähler, ich stimme Ihren Ausführungen ausdrücklich zu. Sie sollten, wo immer möglich, zusammgeführt werden, um wieder klare Verantwortungsstrukturen zu erhalten.

Fünf Minuten Redezeit reichen für ein derart komplexes Thema wie die Reform des Föderalismus leider nicht aus, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb auch nur eine kurze Anmerkung zur **europäischen Ebene**, die mir gegenwärtig am meisten Besorgnis bereitet. Meine Partei macht sich für eine europäische Verfassung stark. Ob sie tatsächlich so dringend notwendig ist, wie behauptet wird, da bin ich mir nicht so sicher. Aber einen Vorteil hätte sie auf jeden Fall. Die europäische Einigung wurde bisher über die sektorale Integration vorangetrieben. Beginnend mit

(Wolfgang Kubicki)

der Montanindustrie wurde ein Politikbereich nach dem anderen, manchmal über die Vorstufe der intergouvernementalen Zusammenarbeit, in die Kompetenz der EG beziehungsweise der EU überführt. Dieser sehr pragmatische Integrationsansatz stößt bei der Vielzahl der europäischen Politikfelder an seine Grenzen.

In Anbetracht der anstehenden Osterweiterung sind deshalb neben den institutionellen Reformen klare Kompetenzregelungen erforderlich, die auch die Interessen der deutschen Bundesländer berücksichtigen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich bin mir sicher, dass wir zum Thema Föderalismus noch viele spannende Diskussionen haben werden. Dafür wird allein schon die Diskussion um die Neuordnung des Länderfinanzausgleichs sorgen. Frau Kähler, ich wäre wirklich froh, wenn das schleswig-holsteinische Parlament unter Führung von Landtagspräsident Arens, gerade was die europäische Ebene angeht, in die Diskussion nicht nur einsteigen, sondern sie massiv vorantreiben würde.

(Beifall im ganzen Haus)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Vor einer weiteren Worterteilung möchte ich gern neue Gäste auf der Tribüne begrüßen. Das sind die Schülerinnen und Schüler der Realschule Satrup und der Krankenpflegeschule der Fachklinik in Heiligenhafen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt Frau Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Bericht der Landesregierung ist ein sehr guter Sachstandsbericht. Dafür an die Verwaltung vielen Dank. Aber der Bericht ist nicht nur eine Fleißarbeit, er ist auch ein politischer Bericht und nimmt vor allem zur Frage der Änderung des Länderfinanzausgleichs deutlich Stellung - das ist hier erwähnt worden - und er zeigt Perspektiven auf.

Das bisherige ausgewogene Finanzsystem in Deutschland, das in einem Kraftakt die neuen Länder einbezogen hat, ist ein ausgewogenes Zusammenspiel der Prinzipien von Eigenständigkeit, Kooperation und Solidarität. Wollen wir die bundesstaatliche Ordnung, vor allem aber den Finanzausgleich und die Kompetenzordnung modernisieren und den Anforderungen eines zusammenwachsenden Europas anpassen, so müssen wir darauf achten, dass dieses ausgewogene

Zusammenspiel von Eigenständigkeit und Solidarität nicht verloren geht. Da besteht mit Sicherheit ein Dissens zur F.D.P., die wohl einen anderen Weg einschlagen will.

Ein föderaler Bundesstaat braucht die Solidarität der Länder untereinander. Unsere Demokratie basiert auch auf vergleichbaren Lebensbedingungen innerhalb der Bundesrepublik. Dieser Anspruch **gleicher Lebensbedingungen** wird nun sogar - Stück für Stück - auf die EU übertragen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Den Anspruch gleicher Lebensbedingungen gibt es nicht!)

- Ob Ihnen das nun passt oder nicht, Herr Kubicki, es ist so! - Strukturhilfemittel werden bereitgestellt, Arbeitsbedingungen werden angepasst und Umweltstandards werden angeglichen. Es wäre absurd, gerade jetzt in eine Kleinstaaterei zurückzufallen und den Wettbewerb der Länder vor die Solidarität zu stellen. Das Spannungsfeld zwischen dem Wunsch der Länder nach einer Stärkung ihrer Länderkompetenz und dem Ziel der Gleichgewichtigkeit der Lebensverhältnisse wird auch bei der Modernisierung des Föderalismus eine zentrale Rolle spielen müssen.

Natürlich erfordert ein größer werdendes Europa stärkere Regionen mit einer eigenen Identität. So werden die Länder in der anstehenden Diskussion eine Stärkung ihrer Kompetenzen einfordern, da die bisherige Staatspraxis zu einer immer stärkeren Zentralisierung geführt hat. Das ist ja nicht unter Rot-Grün geschehen, sondern unter CDU und F.D.P.

Interessant ist, dass die Diskussion um eine gerechte Aufteilung der Steuergelder zwischen Bund und Land exakt unserer Diskussion hier im Landtag im Sonderausschuss gleicht. Das geht aus dem Bericht hervor.

So ist eine Sachverständigenkommission aus Rechts und Wirtschaftswissenschaftlern bereits Anfang der achtziger Jahre zu dem Ergebnis gekommen - so steht das in dem Bericht -, dass die vertikale Verteilung der Umsatzsteuer zwischen Bund und Ländern eine Aufgabe ist, die politischer Entscheidungen bedarf und keiner - wie es heißt - einfachen Rechenoperation. Genauso verhält es sich beim kommunalen Finanzausgleich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Quatsch!)

Außer der Frage des vertikalen **Finanzausgleichs** steht auf Bundesebene auch der horizontale Finanzausgleich in der Kritik. Dabei ist für Schleswig-Holstein als Schwellenland - mal Nehmer-, mal Geberland - interessant, dass die Auffüllung der Finanzkraft der finanzschwachen Länder vom Bundesverfassungsgericht ausdrücklich begrüßt wird, so lange

(Monika Heinold)

sie die Finanzkraft in den einzelnen Ländern einander annähert, ohne sie zu nivellieren.

Damit hat unter anderem Bayern, welches nach jahrzehntelangem eigenen Bezug von Ausgleichszahlungen meinte, nun klagen zu müssen, vor dem Bundesverfassungsgericht eindeutig verloren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Auch Quatsch!)

Dennoch werden wir die Forderung der vier großen Geberländer nach einer Umverteilung von zirka 2 Milliarden DM auch zulasten Schleswig-Holsteins nur abwehren können, wenn wir uns - wie geschehen - mit anderen Ländern zusammentun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das können Sie gern!)

Nur mit Verbündeten werden wir unsere Interessen durchsetzen können.

Es geht bei der Föderalismusdebatte um mehr als nur um den Finanzausgleich. Das kommt in dem Bericht noch ein Stückchen zu kurz. Das werden wir aber gemeinsam nachholen.

Die **Bundesergänzungszuweisungen** stehen genauso auf dem Prüfstand wie die **Mischfinanzierung**. Die interessanteste Diskussion wird wohl die um die Frage der Steuerautonomie für die Länder werden. Dann wünschte ich mir, Herr Kayenburg, dass Sie nicht nur anmahnen, dass wir uns als Parlamentarier einmischen, sondern dass Sie auch mit Vorschlägen glänzen.

(Heinz Maurus [CDU]: Darauf können Sie sich verlassen! - Martin Kayenburg [CDU]: Sofort!)

Wer hier beim Mikadospiel den ersten Zug macht, hat schnell verloren. Insofern: Mutig voran!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Der Bericht zeigt Argumente dafür auf, wie größere Gestaltungsspielräume genutzt werden können, aber er benennt auch Risiken. Ein Steuerwettbewerb hätte für die finanzschwachen Länder negative Auswirkungen. Es wird zu Recht die Frage aufgeworfen, ob das Ziel der Harmonisierung von Steuern auf europäischer Ebene nicht durch neue Ländersteuern konterkariert werden könnte.

Es bleibt also viel Diskussionsstoff, auch und gerade für uns Parlamentarier. Daher ist es gut - das habe ich beim letzten Mal schon gesagt -, dass die CDU diesen Berichtsantrag gestellt hat und so ein erster Sprung in eine erneute Debatte gelungen ist.

Unsere Gestaltungsmöglichkeiten im Land - da sind wir uns einig - hängen von der zukünftigen Finanz- und Kompetenzverteilung ab. Lassen Sie uns uns also gemeinsam in die Debatte einmischen. Der Vorschlag einer interfraktionellen Runde mit dem Landtagspräsidenten ist ja einer, der sehr gut ist, Frau Kähler. Ich würde mich dem sofort anschließen wollen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eine Bemerkung vorweg: Wegen der Kürze der Zeit werde ich mich jetzt hauptsächlich mit dem vorliegenden Bericht beschäftigen.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Ich begrüße es außerordentlich, dass wir den Bericht bekommen haben. Ich begrüße es auch außerordentlich, dass wir weiterhin diskutieren. Das Thema - das ist schon deutlich geworden - hat nicht nur etwas mit Finanzbeziehungen zu tun.

Aus dem vorliegenden Bericht geht hervor, dass die aktuelle Reformdiskussion über die Zukunft des Föderalismus auf zwei Ebenen diskutiert wird. Zum einen geht es darum, durch noch näher zu bestimmende Verfassungsänderungen die **Gesetzgebungskompetenzen** der Länder bei den Steuern und den Aufgaben gegenüber dem Bund zu stärken. Denn die Finanzreform von 1969/70 - das ist schon gesagt worden -, durch die ein klarer verfassungsrechtlicher Rahmen für das Zusammenwirken von Bund und Ländern bei der Aufgabenverteilung geschaffen wurde, hat trotz vieler positiver Ergebnisse im Laufe der achtziger und neunziger Jahre dazu geführt, dass die Kompetenzverlagerung von den Ländern auf den Bund weiter fortgeschritten ist. Heute gibt es ein außerordentlich hohes Maß an Verpflichtungen und Abstimmungsbedarf zwischen Bund und Ländern, was vielfach zu Bürokratismus und Aufgabenüberlagerung geführt hat. Dazu kommt noch die enorme Ausweitung von europäischen Kompetenzen im Zuge der EU-Reform.

Daher ist es wirklich an der Zeit, die bundesstaatliche Aufgaben-, Ausgaben- und Einnahmenverteilung - einschließlich der bestehenden Regelungen der Finanzverfassung und des Länderfinanzausgleichs - zu überprüfen, so wie es die Ministerpräsidenten 1998

(Anke Spoorendonk)

gemeinsam beschlossen haben. Aus Sicht des SSW geht es darum, das föderale System wieder übersichtlicher, transparenter und einfacher zu gestalten. Das muss das übergeordnete Ziel dieser ganzen Geschichte sein.

Ziel muss auch sein, den Ländern - für uns also Schleswig-Holstein - wieder mehr Handlungs- und **Gestaltungsspielräume** zu verschaffen. Nicht zuletzt müssen die Länder finanziell gestärkt werden. Wir wollen den Föderalismus also erhalten und ihn stärken. Dazu gehört, dass man eine höhere Eigenständigkeit der Länder im Steuer- und Ausgabenbereich anstrebt. Dass dies nicht so einfach ist, wie man es sich unmittelbar vorstellt, zeigt der Bericht der Landesregierung am Beispiel der möglichen Änderung der Steuergesetzgebung sehr plastisch.

Von den drei möglichen neuen Formen der **Steuergesetzgebungskompetenz**, die im Bericht erwähnt werden, ist eigentlich nur der Vorschlag überlegenswert, dass die Steuergesetzgebung von der konkurrierenden Gesetzgebung in die Rahmengesetzgebung des Bundes verlagert wird. Dieser Vorschlag würde es den Ländern ermöglichen, Abweichungen in der Steuergesetzgebung in Maßen zuzulassen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Auch das hat seine Schwierigkeiten, aber trotzdem! Dadurch würden die Länder verstärkt über eigene Steuern verfügen. Gleichzeitig bestünde allerdings der Nachteil, dass ein Steuerwettbewerb zwischen den Ländern ausbrechen könnte. So ein Wettbewerb würde vor allem für die finanzschwachen Länder - beispielsweise die ostdeutschen Länder - negative Effekte haben.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das muss doch gar nicht stimmen!)

Man sieht also, dass solche Änderungen der Steuergesetzgebung sorgfältig überlegt werden sollten. Hier darf nichts mit heißer Nadel gestrickt werden. Da erscheint es leichter, Änderungen in der bisherigen Gemeinschaftsfinanzierung vorzunehmen. Auch das wurde heute bereits gesagt.

Der Bericht weist darauf hin, dass durch die Gemeinschaftsfinanzierung eine Verzerrung der relativen Preise der Mischfinanzierung zu Lasten von Landesprogrammen stattfindet und dass bei Planung und Vollzug ein erhöhter Koordinierungsaufwand besteht. Der SSW unterstützt daher, dass die Landesregierung Änderungen der Mischfinanzierungen aufgeschlossen gegenübersteht. Es muss möglich sein, in diesem Bereich zu einem Abbau von Bürokratie und doppelter Arbeit bei gleichzeitigem Erhalt der Leistungen der

Programme zu kommen. Dazu muss unbedingt eine klarere Aufgabenverteilung angestrebt werden.

Die zweite Ebene, auf der eine Reform des Föderalismus diskutiert wird, liegt im Bereich des Finanzaufkommens der Länder. Hier geht es insbesondere um eine **Änderung des Länderfinanzausgleichs** wie er von den süddeutschen Ländern angestrebt wird. Durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts aus dem letzten Jahr gibt es eine vernünftige Grundlage, auf der sich die Länder bis Ende 2001 einigen können müssten. Dabei unterstützt der SSW im Großen und Ganzen die Position der Landesregierung, die einen solidarischen Föderalismus zum Ziel hat. Das heißt, dass der Kern des heutigen Länderfinanzausgleichs beibehalten werden sollte, um die großen regionalen und sektoralen Unterschiede in der Wirtschaftsstruktur zwischen den Ländern abzumildern, denn der Finanzausgleich wird auch in Zukunft nicht in der Lage sein, die Ursachen unterschiedlicher Wirtschafts- und damit Steuerkraft zu beseitigen. Er kann nur die Folgen abmildern.

Auch in den Fragen der Einwohnerbewertung und Ergänzungszuweisungen der drei Stadtstaaten unterstützt der SSW die Position der Landesregierung. Wichtig ist aber, dass das Länderfinanzausgleichsverfahren in Zukunft einfacher und transparenter gestaltet wird. Das heutige System ist einfach viel zu komplex und unverständlich.

Die Debatte geht weiter, wir werden uns daran beteiligen und wir werden im Innen- und Rechtsausschuss sowie in anderen Gremien mitarbeiten, denn diese Debatte ist für uns alle von großer Wichtigkeit.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter Kubicki hat das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Heinold, wir müssen wirklich aufpassen, dass wir die Debatte über den Föderalismus und auch über den Länderfinanzausgleich nicht mit Argumenten führen, die sich längst überholt haben und die gegenüber den Ländern, auf deren Mitwirkung wir angewiesen sind, keine Schlagkraft mehr haben.

Anke Spoorendonk, es schließt sich denklogisch aus, **mehr Kompetenzen** für die Länder zu fordern und

(Wolfgang Kubicki)

gleichzeitig zu mehr Vereinheitlichung beitragen zu wollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Das schließt sich aus. Wenn die einzelnen Landesparlamente jeweils größere Kompetenzen bekommen, bekommen sie auch die Möglichkeit, sich unterschiedlich zu entscheiden. Das gilt nicht nur für die Frage der Gesetzgebung, das gilt auch für die Frage der Gestaltung der Einnahmesituation. Wenn ich - was ich für sinnvoll halte - Ländern in bestimmten Bandbreiten das Recht zubilligen will, von einer eigenen Steuergesetzgebung Gebrauch zu machen, die bundesrahmungsrechtlich geregelt ist, dann werde ich ein Land haben, das vom Durchschnitt nach oben abweicht, und ich werde ein anderes Land haben, das nach unten abweicht. Das machen wir übrigens bei den Kommunen in der Frage der Hebesätze ebenso.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das ist das, was ich gesagt habe!)

- Das ist nicht das, was du gesagt hast. Du hast genau das Gegenteil gesagt. Möglicherweise hast du das, was ich jetzt sage, gemeint, aber gesagt hast du das genaue Gegenteil.

Warum sollen Länder beispielsweise nicht in der Lage sein, nach unten von den Durchschnittssteuersätzen abzuweichen? Anke Spoorendonk, wir diskutieren momentan auf Bundesebene mit dem Argument der rot-grünen Bundesregierung die Senkung der Steuersätze - das ich auch für zutreffend halte -, dass die Absenkung der Steuersätze die internationale Wettbewerbsfähigkeit erhöht und ausländische Investitionen ins Land lockt. So ist die gängige Lage. Warum soll für bisher finanzschwache Länder nicht gelten, dass sie - wenn sie mit niedrigeren Steuersätzen als bisher arbeiten - Investitionen in ihr Land holen, was die Folge hat, dass ihre Finanzkraft auf Dauer steigt? Lassen Sie uns also von den Argumentationsmustern des letzten Jahrhunderts wegkommen, lassen Sie uns die Sache pragmatisch diskutieren.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich bin für eine Stärkung der Länderkompetenzen, weil ich wirklich glaube, dass im Zuge eines stärkeren Europas auf die Länder und die Regionen eine größere Verantwortung zukommt. Das setzt aber voraus, dass wir nicht nach den klassisch tradierten Mustern vorgehen und sagen: Alles, was wir bei uns anders regeln, muss von anderen bezahlt werden. Wir müssen unsere eigenen Dinge finanziell auch bei uns regeln. Ich beziehe mich erneut auf Staatssekretär Döring, der im Finanzausschuss mit bemerkenswerter Deutlichkeit gesagt hat, wir sollten nicht mit wunderbaren Moralappellen kommen, sondern wir sollten gucken, wo

die Interessen der jeweils anderen Länder liegen. Ich weiß aus langjähriger eigener Erfahrung und aus vielen Verhandlungen, dass man mit Appellen zwar für sich selbst großen Eindruck erwecken kann. Zu einem ordentlichen Verhandlungsergebnis kommt man aber nur, wenn man die Interessenlage aller berücksichtigt. Ansonsten gibt es kein Ergebnis.

Frau Kollegin Heinold, die anderen sind nicht auf uns angewiesen. Wir sind auf die anderen angewiesen. Die Bayern, Baden-Württemberger, Hessen und Nordrhein-Westfalen müssen nur sitzen bleiben und gar nichts tun. Sie haben eine Windfall-profit-Situation, die ihresgleichen sucht. Wir - und nicht die anderen - müssen dafür Sorge tragen, schnellstmöglich zu einer Regelung zu kommen. So sollten wir uns auch verhalten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Der Abgeordnete Jürgen Weber hat das Wort zu einem Kurzbeitrag.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den letzten Worten von Frau Spoorendonk und den Ausführungen von Herrn Kubicki will ich einige Anmerkungen machen, die über das, was uns in dem Bericht vorliegt, hinausgehen. Wir sollten uns für dieses Thema die eine oder andere Sekunde Zeit nehmen.

Anke Spoorendonk, was spricht eigentlich dagegen, im Steuerverfahren eine differenzierende Möglichkeit - auch mit Länderkompetenzen - zu haben, wenn dadurch national und in allen Länderparlamenten Druck ausgeübt wird, um die Sanierung der Haushalte zu beschleunigen?

(Beifall des Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und vereinzelt bei CDU und F.D.P.)

Ich glaube, dass genau das passieren wird, nämlich dass sich alle im Wettbewerb positionieren müssen.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Wenn sie das tun, besteht ein automatischer Zwang zur Sanierung der Haushalte. Danach werden wir erleben, dass politische Konzepte tatsächlich zum Tragen kommen. Dann können wir uns streiten, ob wir auf weitere Steuern verzichten wollen. Dann können wir über die Frage nachdenken, mit welchen Programmen und Mitteln wir uns in den politischen Wettbewerb begeben wollen und dann wird sich liberal, konservativ und sozialdemokratisch auch etwas besser durchdeklinieren lassen.

(Jürgen Weber)

Lassen Sie mich zum Schluss noch diesen Satz anfügen: Für die Debatte ist es vielleicht hilfreich, nicht nur den europäischen Blick zu haben. Es gibt interessante Beispiele - die USA passen da vielleicht nicht so. Werfen Sie einmal einen Blick nach Kanada. Dort kann eine linkssozialistische Regierung im Staat Saskatchewan sehr gut überleben, weil sie die Finanzpolitik mitträgt und auf der Basis gesunder Haushalte Politik macht und eine politische Perspektive gestaltet, die sich vom neoliberalen Umfeld, das es dort gibt, komplett absetzt.

Wir haben also politische Bewegung und Spielraum! Deshalb sollten wir nicht so ängstlich mit dem Instrument eigener Kompetenzen im Steuerrecht auf Landesebene umgehen. Mut in dieser Diskussion! Wir sollten darüber zumindest offen diskutieren können.

(Beifall bei SPD, CDU, F.D.P. und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort hat jetzt Herr Finanzminister Möller. - Entschuldigung, Anke Spoorendonk hatte sich noch zu einem Kurzbeitrag gemeldet. Frau Spoorendonk hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wollte mich nicht vordrängeln, Herr Minister. Da ich aber bereits zweimal angesprochen wurde, möchte ich auf jeden Fall eine Bemerkung loswerden. Ich möchte mit einem Zitat beginnen, das ich einigen Kollegen bereits erzählt habe. Der britische Philosoph Bertrand Russell soll gesagt haben, dass Uneinigkeit die Voraussetzung für Kommunikation sei. Deshalb freue ich mich darüber, dass ich einen kommunikativen Beitrag geleistet habe.

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Ich fühle mich missverstanden, denn ich habe in meinem Redebeitrag ausdrücklich gesagt, zu den Überlegungen gehöre natürlich auch, darüber nachzudenken, wie man die **Eigenständigkeit der Länder** im Steuer- und Aufgabenbereich bewältigen oder zumindest anstreben kann. Ich habe aber auch dargelegt - das wissen wir alle -, was der Rahmen für diese Überlegungen sein muss und dass die **Solidarität**, die von allen gewollt und ein Merkmal unseres Föderalismus ist, nicht unberücksichtigt bleiben dürfe.

Damit meine ich: Eigenständigkeit ja, aber im Rahmen der Solidarität muss das gemacht werden. Dieser Dis-

kussion müssen wir uns im Ausschuss stellen und sie muss dort auch geführt werden. Natürlich muss sie auch auf Bundesebene geführt werden.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Landesregierung hat Herr Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Vor dem Hintergrund der Haushaltsberatungen zum Haushalt 2001 mit dem Ziel, die Haushaltskonsolidierung voranzutreiben, bedanke ich mich noch einmal für die Unterstützung hier.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das werden Sie noch erleben!)

Aber, meine Damen und Herren, Butter bei die Fische! Wenn es um die Beiträge zur Konsolidierung geht, hoffe ich, dass wir alle nach wie vor zusammenstehen werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wen haben Sie da eben angesprochen?)

Die Haushaltskonsolidierung ist wichtig. Ich möchte jedoch auf die zwei Aspekte der Steuergesetzgebung und der Mitbestimmung hinweisen. Wir verhandeln morgen im Bundesrat endgültig über eine Steuersenkung, die wir alle wollen. Dazu verweise ich auf folgendes Spannungsfeld: Man kann noch so sehr Haushaltskonsolidierung im Lande betreiben, wenn diese aber durch Bundesrecht immer konterkariert und auf die Haushaltskonsolidierung keine Rücksicht genommen wird, wenn man - wie der Bund - Sondereinnahmen hat, die durch Aktienverkäufe oder Vergabe von UMTS-Lizenzen erzielt werden, und folglich für mehr Steuersenkung plädieren kann, als es die Länder können - gerade Länder mit einer Performance wie Schleswig-Holstein und andere-, dann ist das ein Problem. Sie sollten aber, Herr Kubicki, weil Sie das angesprochen haben, nicht noch ständig oben drauf-satteln.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es gibt ein paar gute Beispiele, weshalb auch ich dafür bin, dass man über die konkurrierende Gesetzgebung und über die Steuergesetzgebung reden darf. Das hängt mit dem Konnexitätsprinzip zusammen.

(Minister Claus Möller)

Was ist denn bisher geschehen? Der Bund hat die Gewerbekapitalsteuer abgeschafft. Das war eine Gemeindesteuer. Der Bund hat die Vermögensteuer auslaufen lassen. Das war eine Ländersteuer. Erhöht hat er aber die Mineralölsteuer, das ist eine Bundessteuer.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Daher waren wir dagegen! - Zurufe)

- Ich habe nicht gesagt, dass ich gegen die Zweckbindung bin. Vom Prinzip her sage ich: Die eigenen Steuern zu erhöhen und die Steuern der anderen zu senken, kann natürlich nicht funktionieren.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Erbschaftsteuer!)

Es ist richtig, wir haben unsere Interessen und es gibt auch **Interessensunterschiede** zwischen denen, mit denen wir zusammenarbeiten. Als Beispiel nenne ich die Hafencosten. Die Hafencosten sind für Bremen und Hamburg existenziell. Nur ist überhaupt nicht einzusehen: Wenn bei ihnen die Hafencosten anerkannt werden, warum sie bei uns nicht anerkannt werden sollen, wenn auch in einem geringeren Maße.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Es gibt auch zwischen uns Meinungsverschiedenheiten. Ich bin nicht ganz Ihrer Auffassung, dass wir von zwei oder drei Ländern erpressbar seien. Unsere Politik muss sein, dass wir nicht erpressbar werden, indem drei Länder das Problem aussitzen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: In Nordrhein-Westfalen sieht es genauso aus!)

- Ich spreche von drei Ländern. Sie haben auch drei Ländern genannt. Deshalb ist unsere Politik im Verbund mit den norddeutschen Ländern, einen breiten Konsens zu erzielen, der notfalls eine gesetzgeberische Mehrheit für ein Maßstabgesetz und für die Änderung des Finanzausgleichsgesetzes findet, sodass wir von drei Ländern, die sich überhaupt nicht bewegen wollen, nicht erpressbar werden. Wir setzen auf den Verbund mit allen ostdeutschen Ländern und hoffen auf eine Kooperation - das zeichnet sich ab - mit Nordrhein-Westfalen. Natürlich ist es wünschenswert, einen einstimmigen Bundesratsbeschluss zu erzielen. Es ist aber gefährlich, nur auf die Einstimmigkeit zu setzen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man muss alles ausloten. Unsere Politik besteht darin auszuloten, wie wir unsere Interessen in welcher Konfiguration am besten durchsetzen können. Wir setzen nicht einseitig darauf. Wir müssen auf alle Fälle eine Lösung haben, die Baden-Württemberg gerecht wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, erstens den Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/231, sowie zweitens die Entschließung der Konferenz der Präsidentinnen und Präsidenten der deutschen Landesparlamente vom 23. Mai dieses Jahres zum Thema Weiterentwicklung und Stärkung des Föderalismus nebst Anlagen ebenfalls dem Innen- und Rechtsausschuss und mitberatend dem Finanzausschuss zu überweisen.

Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Maurus das Wort zur Geschäftsordnung.

Heinz Maurus [CDU]:

Herr Präsident, wenn ich es richtig in Erinnerung habe, hat die SPD-Fraktion beantragt, eine **interfraktionale Arbeitsgruppe** einzurichten.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Entschuldigung, Herr Abgeordneter Maurus, wenn ich das richtig sehe, ist das eine Vereinbarung zwischen den Fraktionen, die nicht vom Landtag als solche zu beschließen ist. Sie bedarf keines Landtagsbeschlusses.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das brauchen wir als Parlament nicht zu beschließen! - Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das ist eine Bitte an den Präsidenten, der er sicherlich nachkommen wird. Darüber werden wir nicht zu beschließen brauchen. Tagesordnungspunkt 40 ist abgeschlossen.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 28 auf:

Verkürzung der Gymnasialschulzeit

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/217

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Für die CDU-Fraktion hat Herr Abgeordneter Jost das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Unter www.bildung.saarland.de wird in zwölf Fragen und Antworten erläutert, warum das Saarland zum Schuljahr 2001/2002 den achtjährigen Bildungsgang bis zum Abitur einführen will, und zwar als eine generelle Regelung für alle Schülerinnen und Schüler des Landes. Besonders interessant ist die Frage, nämlich warum kein Modellversuch durchgeführt wird. Die Antwort lautet - ich zitiere -:

„Ein Schulversuch würde in diesem Fall mindestens acht Jahre dauern, ein Zeitraum, der für eine grundsätzliche Lösung verloren ginge.“

So ist es. Und genau dies wird in Schleswig-Holstein eintreten, wenn zum Schuljahr 2001/2002 nach dem Willen der Landesregierung keine generelle **Schulzeitverkürzung bis zum Abitur**, sondern lediglich ein Schulversuch eingeführt wird. Ich sage Ihnen aber: Es gibt keine Notwendigkeit mehr für einen **Modellversuch** zur Schulzeitverkürzung in Deutschland. Alle Modelle sind bekannt und sie sind auch alle erprobt und haben sich bewährt.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Man muss sich nur noch für eines der Modelle entscheiden. Wir wissen, dass die generelle Schulzeitverkürzung bis zum Abitur in Sachsen funktioniert, und wir wissen, dass sie in Baden-Württemberg funktioniert. Was jetzt gefordert ist, meine Damen und Herren, Frau Erdsiek-Rave, ist der politische Mut, die Schulzeitverkürzung ohne Wenn und Aber und ohne halbe Sachen auch in Schleswig-Holstein durchzusetzen.

(Beifall bei der CDU - Präsident Heinz-Werner Arens übernimmt den Vorsitz)

Deshalb: Jetzt einen Modellversuch in Schleswig-Holstein zu starten, ist das genaue Gegenteil dessen, was es suggerieren soll. Ein Schulversuch in Schleswig-Holstein führt das Abitur nach zwölf Jahren eben nicht bei uns ein, sondern im Gegenteil, es schiebt die Einführung der Schulzeitverkürzung auf die lange Bank.

Nach Ihren Vorstellungen, Frau Erdsiek-Rave, würde dieser Schulversuch zunächst einmal nur an 15 Gymnasien im Lande zum Tragen kommen. Mit anderen Worten: Lediglich an 15 Gymnasien in Schleswig-Holstein bietet sich für die Schülerinnen und Schüler des Landes die Möglichkeit, das Abitur bereits nach einem achtjährigen Bildungsgang abzulegen.

Das ist im Übrigen auch Ihr erklärter Wille. Ausdrücklich reden Sie in Ihren Pressemitteilungen davon, dass Sie die Schulzeitverkürzung bis zum Abitur punktuell, partiell und als **Begabtenförderung** anbieten wollen. Dazu sagen wir nein. Wir wollen das Abitur nach zwölf Jahren flächendeckend für alle und als einen Beitrag zur Schulpolitik und nicht zur Begabtenförderung.

(Caroline Schwarz [CDU]: Richtig! - Beifall bei der CDU)

Hier, meine Damen und Herren, verknüpft sich die Debatte heute mit der Debatte, die wir gestern zu den Begabtenklassen geführt haben. Denn in unserer Position liegt ein gravierender Unterschied. In einer Vorlage des Ministeriums für den Landeschulbeirat wird auf Folgendes hingewiesen - ich zitiere -:

„Das Angebot des achtjährigen Bildungsganges richtet sich an eine Schülergruppe, die rechtlich als ‘Springer’ zu betrachten ist.“

An diese Zielgruppe, Frau Erdsiek-Rave, richtet sich vielleicht Ihr Schulversuch, nicht aber unsere Forderung nach einer Schulzeitverkürzung. Unser Anliegen ist es nicht in erster Linie, den „Springern“ das Springen leichter zu machen, sondern alle Gymnasiasten im Lande innerhalb von zwölf Jahren zum Abitur zu führen. Aus diesem Grunde fordern wir Sie auf: Lassen Sie den Modellversuch sein und nehmen Sie sich zumindest ein einziges Mal schulpolitisch ein Herz und setzen Sie sich an die Spitze einer Bewegung, statt immer nur hinterherzutroteln.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie uns genauso fortschrittlich sein wie die Kollegen im Saarland und lassen Sie uns das Abitur nach zwölf Jahren zum Schuljahr 2001/2002 auch in Schleswig-Holstein generell einführen.

Meine Damen und Herren, von den konzeptionellen Vorarbeiten her ist es egal, ob Sie mit einem Modellversuch beginnen oder die Schulzeitverkürzung gleich generell einführen. Denn egal, ob das von Ihnen gewählte Modell an allen Schulen umgesetzt wird oder nur an 15, seriös und fundiert muss es in jedem Fall sein, weil es jeweils um die Hochschulreife der Schülerinnen und Schüler geht. Und für uns ist bei diesem konzeptionellen Modell Folgendes wichtig: Die Schulzeitverkürzung - das haben wir immer wieder gesagt - ist für uns kein Sparmodell. Es darf im Zusammenhang damit weder zu einer Kürzung an **Unterrichtsstunden** noch an **Lehrerplanstellen**, noch an finanziellen Mitteln kommen. Im Klartext bedeutet dies, dass es auch bei einem Jahr weniger Unterricht nicht zu einer Reduzierung der bisher zum

(Jost de Jager)

Abitur vorgesehenen 265 Wochenstunden kommen darf.

Und in diesem Zusammenhang darf ich noch einmal auf die „Springerklassen“ zurückkommen. Weil die Schülergruppe nämlich rechtlich als „Springer“ zu betrachten sind, heißt es in dem Schreiben an den Landesschulbeirat weiter:

„...ist eine volle Auffüllung der Stundentafel auf die in der Kultusministerkonferenz vereinbarten 265 Jahreswochenstunden nicht erforderlich.“

Mit anderen Worten, Sie wollen sich in Ihrem Modellversuch nicht an die unter den Kultusministern vereinbarte **Mindestwochenstundenzahl** bis zum Abitur halten. Das, Frau Erdsiek-Rave, machen wir nicht mit. Wir halten uns an die von uns gegebenen Aussagen, dass für uns eine Schulzeitverkürzung keinen Bildungsabbau bedeuten darf.

Auch die **Durchlässigkeit** zwischen den Schularten muss insgesamt aufrechterhalten werden. Das ist etwas, was sich in dem Modell auch bewähren und beweisen muss.

Meine Damen und Herren, bei einer **Schulzeitverkürzung** ist es nicht nur mit organisatorischen Maßnahmen getan. Ohne eine Änderung der **Lehrpläne** wird die Schulzeitverkürzung nicht umsetzbar sein. Es geht also auch um die Inhalte gymnasialer Bildung und Ausbildung. Und hier wollen wir, dass die Schulzeitverkürzung als eine Chance begriffen wird, auch zu einer wirklich inhaltlichen Weiterentwicklung des Gymnasiums zu kommen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir wollen mit der Schulzeitverkürzung für das Gymnasium nicht auf halbem Wege stehen bleiben. Unser Motto ist deshalb: „Kürzer und besser“. Wir glauben, dass jetzt, wo wir ohnehin zu einer Neufassung der Lehrpläne kommen müssen, auch über die inhaltlichen Anforderungen des Abiturs nachzudenken ist. Denn es ist unsere bildungspolitische Überzeugung, dass wir das Abitur wieder auf eine auch inhaltliche breitere Grundlage stellen sollten. Deshalb fordern wir Sie auf, Frau Erdsiek-Rave, machen Sie keine halben Sachen, verzichten Sie auf Ihren Modellversuch und seien Sie einmal mutig. Führen Sie die generelle Schulzeitverkürzung bis zum Abitur in Schleswig-Holstein zum Schuljahr 2001/2002 ein.

(Beifall bei der CDU)

Tun Sie es ohne Modellversuche und ohne irgendwelche weiteren Fallstricke! Die Schülerinnen und Schüler - meine Damen und Herren, machen Sie sich da nichts vor - werden es Ihnen danken. Wir wollen es

zusammen mit den Schülerinnen und Schülern durchsetzen und Sie hoffentlich auch.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Höppner das Wort.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die öffentliche Diskussion um die **Verkürzung der gymnasialen Schulzeit** hat uns alle im Lande erfasst, auch die SPD. Wir haben auf dem Landesparteitag im Oktober vergangenen Jahres eine breite Diskussion geführt und unsere Ministerpräsidentin hat in ihrer Regierungserklärung am 28. März deutlich gemacht, dass die Landesregierung die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit an ausgewählten Schulen erproben möchte.

Ich meine, wir können diese Dinge nur über eine Erprobungsphase regeln, denn zwangsläufig wird jeder Schüler zum „Springer“, Herr de Jager, wenn die zwölfjährige Schulzeit Knall auf Fall zwangsweise eingeführt wird. Das lässt sich nicht vermeiden.

Die Einführung einer verkürzten Gymnasialschulzeit wird auch nicht vorbehaltlos von den Eltern, Lehrkräften, Lehrerverbänden und Schülern angenommen. Das wissen Sie sicherlich auch. Und wenn wir schon einen Weg beschreiten wollen, der die Verkürzung der Schulzeit am Gymnasium von neun auf acht Jahre zum Ziel hat, dann sollten wir uns auch im Klaren darüber sein, wie wir diesen Weg ebnen müssen. Denn nicht alle Dinge, die in den anderen Bundesländern gemacht worden sind, lassen sich spiegelbildlich auf Schleswig-Holstein übertragen.

(Holger Astrup [SPD]: Das ist auch nicht schlimm!)

Da haben zum Beispiel viele Eltern Befürchtungen zur **Qualität** und zur bundesweiten Anerkennung eines schleswig-holsteinischen **Abiturs** nach zwölf Jahren. Denn wer heute beispielsweise das Gymnasium nach zwölf Jahren verlässt, hat die Fachhochschulreife. Bedeutet das - so fragen viele Eltern - vielleicht eine Art Nivellierung beider Schulabschlüsse? Andere Befürchtungen lauten: Wie packen wir die **Unterrichtsmenge** von neun Jahren in die künftig achtjährige Schulzeit? Gibt es dann also 12 % mehr Unterricht an den Schulen?

(Martin Kayenburg [CDU]: Wenn Sie so runterrechnen, kommen Sie sogar ins Minus!)

(Dr. Henning Höppner)

Wer Kinder an einem Gymnasium hat, erlebt, dass diese teilweise bis zu 33 Wochenstunden haben. Sind denn 36 Wochenstunden künftig das Normalmaß für die Schülerinnen und Schüler bei 25 Lehrerunterrichtsstunden? Das sind Fragen, die an uns gestellt werden und die wir zu beantworten haben.

Oder verzichten wir vielleicht auf eine gewisse Menge des Unterrichtsstoffes? Kürzen wir die Oberstufe auf zwei Klassenstufen oder kürzen wir in der Sekundarstufe I? Alle diese Fragen müssen beantwortet werden.

In welcher Jahrgangsstufe erreichen dann die Gymnasiasten die mittlere Reife? Herr de Jager, Sie sprachen eben von der **Durchlässigkeit** in den Schulen. Was passiert mit den **Fachgymnasien**? Werden diese vielleicht die attraktiveren gymnasialen Oberstufen haben, wenn sie in drei Jahren die Schülerinnen und Schüler zum Abitur führen können?

(Holger Astrup [SPD]: Fragen über Fragen!)

Alle diese Fragen werfen die Schülerinnen und Schüler, die Eltern und auch die Lehrkräfte und die Lehrverbände auf. Sie haben in dieser Form auch Sorgen - wie ich denke, berechtigte - um die Studierfähigkeit und die Zukunft ihrer Kinder, der Schülerinnen und Schüler.

Die SPD Schleswig-Holstein hat sehr deutlich gemacht, dass sie sich der Diskussion um die Verkürzung der gymnasialen Schulzeit stellen will. Aber bevor wir eine solche generelle Regelung Knall auf Fall einführen, müssen wir wissen, wohin wir gehen wollen. Wir müssen einen Weg der Erprobung gehen.

Es hat schon einmal in Schleswig-Holstein einen solchen Kraftakt gegeben; daran werden sich viele, die heute hier im Landtag sitzen, noch erinnern, die in den Schuljahren 1967 und 1968 Schülerinnen oder Schüler einer Schule waren.

(Lothar Hay [SPD]: Bei einigen merkt man das auch noch!)

Da wurden innerhalb eines Jahres, innerhalb von 15 Monaten zwei Schuljahre absolviert. Meinen Jahrgang hat es damals in Unter- und Oberprima erwischt. Das war eine sehr unglückliche Situation.- Herr de Jager, Sie haben damals noch in der Sportkarre gesessen. Herr Dr. Klug wird damals Quintaner oder Quartaner gewesen sein; ihn hat es auch noch nicht so hart getroffen.

(Glocke des Präsidenten)

Aber das wird, wenn wir Ihrem Antrag folgen und diese Verkürzung mit einem Schlag in einem Schuljahr einführen wollen, zu ähnlichen Problemen führen können; das kann ich Ihnen versprechen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Dr. Höppner, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Dr. Happach-Kasan? Es sollte aber mehr eine Schlussfrage werden.

Dr. Henning Höppner [SPD]:

Frau Happach-Kasan? Bitte!

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Herr Kollege Höppner, können Sie mir bitte sagen, welche konkreten Probleme die Abiturienten, die damals die zwei Kurzsuljahre mitgenommen haben, in ihrer beruflichen Laufbahn später tatsächlich gehabt haben?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

- Frau Happach-Kasan, ich glaube Ihnen, da Sie jünger sind als ich, dass Sie keine hatten. Auch Herr Dr. Klug wird keine gehabt haben, wenn es ihn in den Klassen Quinta und Quarta getroffen hat.

Aber es ist auch für Lehrer ein großes Problem, denke ich, einen Unterrichtsstoff, der auf zwei Jahre ange setzt ist, auf ein Jahr zu verdichten.

(Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Es geht um die Schüler!)

So ein Verfahren sollten wir zumindest für diesen Zeitraum nicht anstreben.

Meine Damen und Herren, wir werden den Antrag nicht ablehnen;

(Zuruf von der CDU: Oh, oh!)

wir haben angesichts der laufenden Diskussion um dieses Thema die Entscheidung getroffen, mit Ihnen im Ausschuss darüber zu diskutieren. Ich freue mich auf interessante und brisante Diskussionen.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ein altes sozialdemokratisches Leiden, der „Reiz der Langsamkeit“, ereilt nun ein weiteres Thema, nämlich das Thema „Abitur in zwölf Jahren“. Auch hier humpelt Schleswig-Holstein munter dem Zug der Zeit hinterher.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich darf daran erinnern, dass die F.D.P.-Landtagsfraktion schon vor sieben Jahren, 1993, einen Antrag zum Thema „Abitur in zwölf Jahren“ diesem hohen Hause vorgelegt hat. Damals und auch in den nachfolgenden Jahren fanden die Sozialdemokraten das immer völlig indiskutabel. Jetzt bequemt man sich zu Schulversuchen, deren erste Absolventen - und das muss man sich einmal richtig auf der Zunge zergehen lassen - voraussichtlich im Jahre 2010 mit einem vorgezogenen Abitur in der Tasche auserwählte Gymnasien dieses Landes verlassen dürfen. Auf diese Weise kriecht das Land Schleswig-Holstein mit dem Tempo einer holsteinisch-griechischen Landschildkröte in Richtung Fortschritt. So ist es.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Meine Damen und Herren, die F.D.P. befürwortet seit langem eine generelle **Verkürzung der gymnasialen Schulzeit**. Wir wollen diese Schulzeitverkürzung schnell; wir wollen das Abitur in zwölf Jahren, aber pronto!

Das Modell, das wir schon im Jahre 1993 vorgeschlagen haben, ist auch in der Lage, dies zu gewährleisten. Unser Vorschlag sieht folgendermaßen aus.

Anders als in den Erprobungskonzepten, die das Bildungsministerium jetzt den Gymnasien zur Auswahl gestellt hat, sollte die Verkürzung nicht allein im Bereich der Sekundarstufe I erfolgen. Vielmehr soll nach unserer Auffassung der Stoff der Sekundarstufe I - bislang sechs Jahre - auf fünfeneinhalb Jahre verteilt werden, das Pensum der Sekundarstufe II - bisher drei Jahre - auf zweieinhalb Jahre. Dies hat zwei Vorteile.

Erstens: Die mit der Schulzeitverkürzung im Gymnasium verbundene stärkere **Belastung der Schüler** wird besser auf die gesamte Schulbesuchsdauer verteilt.

Zweitens: Man kann durch die **Neuorganisation der Oberstufe**, die ja im Schuljahr 2001/2002 - also im übernächsten Schuljahr - beginnen soll, erreichen, dass die ersten Abiturienten bereits zweieinhalb Jahre später zumindest mit einem um ein halbes Jahr vorgezogenen Abi die Schulen dieses Landes verlassen können. Also beginnt der Effekt einer Schulzeitverkürzung

insgesamt ein halbes Jahrzehnt früher, als es bei dem Modell der SPD der Fall wäre.

Zu unserem Vorschlag gehört noch eine weitere wichtige Veränderung. Nach unserer Auffassung muss die gymnasiale Oberstufe - wie gesagt, nach unserer Vorstellung in Zukunft zweieinhalb Jahre - von Anfang an im **Kurssystem** unterrichtet werden. Die Schüler in den Gymnasien hätten damit in Zukunft für zweieinhalb Jahre und nicht nur - wie bisher - für zwei Jahre die Möglichkeit, Leistungskurse und Grundkurse nach ihren Neigungen auswählen zu können.

Sie wissen ja, dass die - wie wir finden, verunglückte - Oberstufenreform von Frau Böhrk vor Jahren im 11. Jahrgang wieder den Klassenverband eingeführt hat. Dies ist etwas, was viele Schüler nicht nur ätzend finden, sondern was auch bildungspolitische Probleme verursacht, weil nämlich - das bestätigen einem in Gesprächen viele Gymnasiallehrer und Schulleiter aus diesem Bereich - durch die Wiedereinführung des Klassenverbandes im 11. Jahrgang die früher mögliche Testphase, der Probelauf nicht mehr möglich ist, bei dem man geguckt hat, ob der Leistungskurs, den man gern wählen möchte, einem auch wirklich liegt, ob man damit zurechtkommt. Das hat - dies hört man immer wieder aus den Schulen - mit dazu beigetragen, dass bei der **Fächerwahl** von Leistungskursen schwierige Fächer wie gerade die **Naturwissenschaften** in den letzten Jahren zunehmend weniger gewählt werden. Wir alle wissen aber, wie wichtig es auch für die Zukunft unseres Landes ist, dass solche Fächer von Schülern wieder verstärkt attraktiv gefunden werden, damit man sie wählt.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das heißt, mit unserem Modell - Verkürzung der gymnasialen Schulzeit bei gleichzeitiger Verlängerung der Kursphase in der gymnasialen Oberstufe um ein halbes Jahr, um ein Semester - können wir sozusagen diesen Testlauf, diesen Probelauf für ein Semester, nach dem man dann unter Umständen auch entscheiden kann, gegebenenfalls andere Leistungskurse zu wählen, wieder einführen. Das wäre ein ungeheurer schulpolitischer Fortschritt, wie ich finde.

(Beifall bei der F.D.P.)

Dem Kollegen Höppner möchte ich sagen: Natürlich bedeutet die Verkürzung der Schulzeit auch so etwas wie **Verdichtung**; das ist klar. Die Schule wird anspruchsvoller und dann auch schwieriger zu bewältigen sein. Aber denken Sie auch daran, dass heute die Personalausstattung der Gymnasien überhaupt nicht ausreicht, um das vorgesehene Pensum durchzuführen.

(Dr. Ekkehard Klug)

ten. Wir hatten im Wahlkampf - Sie waren nicht dabei, aber Frau Schlosser-Keichel - eine Veranstaltung im Gymnasium in Kappeln, auf der uns der Schulleiter in einem anschließenden Gespräch gesagt hat, er könne aufgrund der Personalzuweisung an ihn in der Mittelstufe von vornherein 10 % der eigentlich vorgesehenen Unterrichtsstunden gar nicht einplanen.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte zum Schluss.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Das ist mein letzter Satz, Herr Präsident! - Wenn wir den Schulen bei der Gymnasialzeitverkürzung den gleichen **Personalbestand** belassen - das ist eine ganz wichtige Voraussetzung -, dann kann Unterricht auch vollständig erteilt werden. Das führt dann dazu, dass das Pensum besser bewältigt werden kann, auch in der kürzeren Zeit. Davon bin ich fest überzeugt.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wenn in diesem Haus über eine Frage Konsens besteht, dann ist es die Tatsache, dass heutige Investitionen in die Bildung unser Kapital von morgen sind. Dieses Zeichen der Zeit hat die rot-grüne Landesregierung erkannt. Deshalb gibt es - die ist auch überall zu bemerken - eine Bildungsoffensive.

Es ist daher völlig irrsinnig, Herr Klug und auch Herr de Jager, wenn Sie eine bildungspolitische Krise heraufbeschwören, nur weil Sie hierzulande keine **achtjährige Gymnasialzeit** haben. Einen solch tiefgreifenden Einschnitt in die Bildungslandschaft zaubert man eben nicht einfach so schwuppdiwupp aus dem Zylinder; vielmehr müssen wir genau hinschauen, gewissenhaft und ehrlich miteinander diskutieren, was das dann im Konkreten für Schleswig-Holstein bedeutet, für unsere Bedingungen hierzulande.

Ich möchte einige Essentials darstellen und erwarte natürlich, dass zur Operationalisierung auch die Ministerin noch Stellung nehmen wird. Wir haben ja schon zahlreiche Stellungnahmen von der GEW, von der LandesschülerInnenvertretung und von Elternvertretungen bekommen. Ich denke, alle diejenigen, die sich hier gemeldet haben und die auch sonst zum größten

Teil in der Schulkonferenz beteiligt sind, sollten natürlich bei einem solchen Schulversuch beteiligt werden, damit er ein Erfolg wird.

Das Abitur nach zwölf Jahren darf eben keine versteckte Sparmaßnahme werden. Gerade der haben Sie aber das Wort geredet, Herr Klug. In einer so offensichtlichen Form hier zu sagen, dass Sie aus jeder Not eine Tugend machen wollen, finde ich schon ein ganz schön starkes Stück. Das würde bedeuten, dass gerade kleinere **Schulen im ländlichen Raum** durch so eine Maßnahme selbstredend in ihrem Standard geschwächt würden. Gerade hier hat die Ministerin mit ihrer Auswahl der möglichen Schulen für einen solchen Modellversuch gegengesteuert.

Rot-Grün hat in der vergangenen Zeit für die Schulen einen großen programmatischen Block vereinbart, eine Herausforderung: Die Schulen sollen bis zum Jahr 2002 selbst ein Schulprofil entwickeln, und zwar flächendeckend. Gleichzeitig haben wir die Aktion „Schulen ans Netz“. Das alles müssen Lehrerinnen und Lehrer mit hohem Engagement umsetzen. Wir haben den vertiefenden Unterricht im 11. Jahrgang und die Projektkurse im 13. Jahrgang. Wir haben weitere wichtige Schritte nach vorn getan, die Sie offensichtlich nicht zur Kenntnis nehmen oder nicht zur Kenntnis nehmen wollen. Wenn wir aber tatsächlich eigenverantwortlich handelnde und teamfähige Schülerinnen und Schüler mit dem Abitur vor uns sehen wollen, heißt das, dass diese Dinge nicht nur irgendwo auf dem Papier beschlossen sein, sondern an den Schulen umgesetzt werden müssen und damit ist gerade in den letzten Jahren begonnen worden.

Es geht nicht darum, ob die Schülerinnen und Schüler 18, 19 oder 20 Jahre alt sind, sondern es ist wichtig, ob sie den internationalen Wettbewerbsbedingungen auf dem Arbeitsmarkt tatsächlich begegnen können und in der Lage sind, ihr Berufsleben eigenverantwortlich zu planen. Sozialkompetenz ist eben nicht nur ein Modewort, sondern muss tatsächlich gelebt werden.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit, auch auf der Regierungsbank.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ein bisschen ruhiger, genau!

Unser Nachbarland Mecklenburg-Vorpommern führt jetzt erst die 13-jährige Schulzeit ein. Das sollte uns zu denken geben.

(Zurufe)

Wir können das Thema auch unter entwicklungspsychologischen Gesichtspunkten betrachten. Auch ich habe in **Nordrhein-Westfalen** die 12-jährige Schulzeit erlebt und muss sagen, dass viele meiner Mitschülerinnen und Mitschüler ein sehr gefährdetes Abitur gehabt haben.

(Zurufe)

Es ist am Unterricht gespart worden, es ist vieles ausgefallen. Wir haben es hingekriegt, aber es war kein besonders gutes Schulleben, vor allem in der Zeit der Kurzschuljahre nicht. Ich erinnere mich noch sehr genau daran und möchte die Schülerinnen und Schüler von Schleswig-Holstein davor bewahren.

(Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Ekehard Klug [F.D.P.] - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete Birk, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Klug?

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Nein, dafür habe ich keine Zeit, das erlaube ich nicht. Wir haben die Argumente im Wesentlichen ausgetauscht. Vielleicht sollten wir noch einmal daran erinnern, dass auch im heutigen Schulleben Klassen- und Kursfahrten, Austauschprogramme, Projektwochen, Arbeitsgemeinschaften und dergleichen mehr nicht zu kurz kommen dürfen. Das alles müssten Sie streichen, Herr Klug und Herr de Jager.

Das viel gelobte **außereuropäische Ausland** die USA, weist eine sehr heterogene Bildungslandschaft auf. So muss ein großer Teil nach der **kürzeren Schulzeit** in den entsprechenden Hochschulen erst einmal ein Eingangsjahr absolvieren, um eine Allgemeinbildung zu erreichen, die für ein Studium an einer Hochschule Voraussetzung ist.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wollen Sie einen Verschiebebahnhof oder wollen Sie tatsächlich eine Bildungsreform? - Wir wollen Letzteres und deshalb sind wir sehr gespannt auf den Modellversuch und werden uns daran konstruktiv beteiligen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um es gleich ganz deutlich zu machen: Der SSW richtet sich nicht generell gegen eine sinnvolle und ausgewogene **Verkürzung der Schulzeit an Gymnasien** im Rahmen einer umfassenden Schulreform. Voraussetzung dafür ist aber, dass es nicht eine Verkürzung um ihrer selbst willen gibt, weil sich Schlagworte wie „Straffung“ und „schneller Erfolg“ immer gut anhören. Entscheidend ist, dass man mit einem Abitur nach zwölf Jahren verbinden will, was an Unterrichtsformen und Inhalten gestrichen, umgewidmet oder ergänzt werden soll und wie alle Schulformen in ein **Gesamtkonzept einer Schulreform** integriert und miteinander verzahnt werden sollen.

Da möchte ich noch einmal mein Lieblingsthema ansprechen: die **sechsjährige Grundschule**. Es ist wirklich zum Heulen, dass anscheinend die einzige Art von Schulreform, für die es vielleicht einen Konsens geben könnte, am oberen Ende der Schulzeit stattfinden soll. Das ist nicht hinzunehmen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schon nach der heutigen Oberstufenverordnung ist eine Verkürzung möglich. Aus dem heute zu debattierenden Bericht der Landesregierung zur Unterrichtssituation geht hervor, dass das Bildungsministerium eine **probeweise Verkürzung der gymnasialen Schulzeit** an ausgewählten Schulen für das kommende Schuljahr plant.

Gegen solche Modellversuche gibt es überhaupt nichts einzuwenden. Modellversuche sind wichtig. Allerdings gehen wir davon aus, dass die probeweise Verkürzung auch ausgewertet wird. Denn ich möchte bei diesem Modellversuch genau wissen, welche Auswirkungen die Verkürzung auf alle relevanten Bereiche von Schule und Berufsleben hat.

(Unruhe)

Eine solche Auswertung ist dringend geboten, denn wir müssen unsere Entscheidung von inhaltlichen Gründen abhängig machen und nicht davon, was politisch trendy ist.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

(Anke Spoorendonk)

Ich möchte einen Bereich ansprechen, der für die Verkürzung besonders sensibel sein könnte, die einjährigen **Auslandsaufenthalte** von Schülerinnen und Schülern. An manchen Gymnasien gehen bereits zwischen 10 und 25 % eines Jahrgangs nach der 10. Klasse für ein Jahr ins Ausland, meistens in die USA. In der Regel können sie danach gleich in die 12. Jahrgangsstufe überwechseln, was bei einer durchgängig neunjährigen Gymnasialzeit sicherlich nicht möglich wäre.

(Unruhe)

Das muss kein Grund gegen eine allgemeine Verkürzung sein, kann aber ein Grund sein. Auch das muss auf jeden Fall mit berücksichtigt werden.

Vor allem muss man sich bei der geplanten Verkürzung der Gymnasialschulzeit fragen, was die inhaltlichen Konsequenzen sein werden. Selbst wenn man **Lehrpläne** entrümpelt, wäre eine Verschärfung des Lerntempos wohl unweigerlich die Folge. Die KMK legt ja fest, wie viele Unterrichtsstunden in den einzelnen Fächern bis zum Abitur zu erbringen sind. Es wäre damit zu rechnen, dass bereits ab der 6.Klasse verstärkt **Nachmittagsunterricht** stattfinden müsste. Häufiger Nachmittagsunterricht würde den Schulstress für Lehrer und Schüler erhöhen, wenig Luft für zusätzliche Programme wie bilinguale Unterrichtsangebote und Computerunterricht lassen und die Gefahr in sich bergen, dass wieder mehr zum Frontalunterricht zurückgekehrt wird.

(Anhaltende Unruhe)

Eine besondere Belastung wäre eine täglich von 8 bis 14 oder 15 Uhr dauernde Schule auch für viele **Fahrschüler**. Eigentlich ist ein so langer Schultag ohne Mittagspause und Freizeit wenig sinnvoll.

Man müsste sich also Gedanken darüber machen, wie Gymnasien und Ganztagschulen miteinander in Übereinstimmung gebracht werden können. Das dürfte flächendeckend kaum möglich sein.

Man muss sich aber - und das ist das Wichtigste - grundlegend die Frage stellen, für wen die Gymnasien da sein sollen. Nach Ansicht des SSW sollen sie keine Eliteschulen nur für angehende Akademiker sein. Wer sich in der Realität der Schule und der Gymnasien auskennt, weiß, dass es so auch nicht ist. Daher bedeutet es wirklich, das Pferd von hinten aufzuzäumen, wenn man fordert, die Schulzeit generell zu verkürzen und das Abitur flächendeckend nach zwölf Jahren einzuführen. Wir müssen eine andere Art der Debatte führen. Wir müssen uns fragen, wem eine zwölfjährige Schulzeit nützt und wem sie schadet.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme jetzt wirklich zum Schluss. Ich möchte noch eine Bemerkung loswerden, weil immer wieder gefragt wird, wie die Situation in Dänemark ist.

(Zurufe und Heiterkeit)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, da gibt es beide Möglichkeiten, Abitur nach 12 oder 13 Jahren. Da gibt es die Möglichkeit zu fragen, ob man es so oder so schaffen kann.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jürgen Weber [SPD]: Ausnahmsweise mal sehr vernünftig in Dänemark!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Das schleswig-holsteinische Abitur** hat bundesweit einen guten Ruf und eine gute Qualität. Ich hoffe, dass das hier von niemandem bestritten, sondern mit Beifall bedacht wird.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das heißt aber auch, dass sich alle Überlegungen, jeder Vorschlag, jedes Modell an diesem Grundsatz orientieren müssen, dass das auch in Zukunft so bleibt.

Nun beantragt die CDU hier - Herr Dr. Klug hat dies ja vonseiten der F.D.P. unterstützt - eine generelle Schulzeitverkürzung auf zwölf Jahre.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Im Gymnasium!)

Ich frage Sie schon, Herr Dr. Klug - noch etwas deutlicher, als dies eben der Fall war -: Woher glauben Sie eigentlich, dafür im Land die Unterstützung nehmen zu können? Noch vor einem Jahr hatte ich Zweifel, ob die Modelle, über die wir jetzt reden, im Land überhaupt Akzeptanz finden würden. Sie kennen - Sie haben sie sehr wohl gehört - die kritische Haltung gerade des Philologenverbandes. Und es gibt ja auch gute Gründe für die Beibehaltung von 13 Schuljahren.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

- Es gibt wirklich gute Gründe; die hat Frau Spooren-donk eben ausschnittsweise genannt.

Die jetzt von uns geplante partielle und probeweise **Verkürzung der Schulzeit** an schleswig-holsteinischen Gymnasien erfolgt dann auch unter einigen **Vorbedingungen**. Ich kann das hier in fünf Minuten nicht alles im Einzelnen darlegen. Ich schlage vor, dass wir wirklich im Ausschuss ausführlich diskutieren, welches die Bedingungen sein sollen, wie die Fächerzuordnung in welcher Reihenfolge sein soll. Dafür reicht die Zeit jetzt einfach nicht aus.

Wir jedenfalls wollen erfahren, ob es möglich ist, in acht Jahren die fachliche und methodische Kompetenz zu vermitteln, für die bisher eben neun Jahre gebraucht wurden. Wir wollen zugleich das Angebot machen, dass die Schüler, die das wollen, ein Jahr Lebenszeit für sich gewinnen, sich früher in die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt begeben können.

Man muss hier allerdings zumindest in Klammern hinzufügen, dass die Gesamtlänge der Ausbildung, die ja auch Ausgangspunkt dieser Diskussion war, wahrlich nicht nur auf die Schulzeit zurückzuführen ist,

(Glocke des Präsidenten)

sondern vor allem auf die Studienstrukturen und ganz andere Verhältnisse, die mit der Schule nichts zu tun haben.

Wir haben gestern über die **Förderung von Hochbegabten** beraten. Natürlich will auch ich nicht, dass besonders begabte Kinder und Jugendliche während ihrer Schulzeit unterfordert sind. Wir fordern und fördern sie effektiver und besser mit einer Schulzeitverkürzung als mit dem individuellen Überspringen einer Klasse.

Herr Dr. Klug, mir scheint auch das beschleunigte Durchlaufen der Sekundarstufe I sinnvoller zu sein als die Straffung erst in der gymnasialen Oberstufe.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Beides!)

Aber ich gebe zu, dass man darüber streiten kann. Ich jedenfalls finde, wir sollten das Lernpotential der Schülerinnen und Schüler nicht zu lange auf Eis liegen lassen.

(Beifall der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU] - Die Abgeordneten Jost de Jager [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] sprechen mit dem Präsidium)

- Ich mache gern einen Augenblick Pause.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist nicht nötig!)

- Ja, aber da beide Kollegen diejenigen sind, an die ich mich auch mit meinen Bemerkungen richte, bitte ich schon darum, dass sie auch zuhören.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Entschuldigung, wir wurden zum Präsidenten gebeten!)

- Gut.

Eine Randbemerkung zum elften Jahrgang! Herr Dr. Klug - ich glaube, Herr de Jager hatte auch darauf abgehoben - hatte das so abfällig als „Böhrk-Modell“ bezeichnet. Das ist ja nun wirklich Quatsch und Sie müssten es eigentlich besser wissen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

In allen Bundesländern findet der **elfte Jahrgang** im **Klassenverband** statt. Darauf hat sich die KMK verständigt. Es kehren jetzt zwei Länder wieder zum Kurssystem zurück. Für Schleswig-Holstein muss man wissen, dass das ungefähr 120 zusätzliche Lehrerstellen erfordern würde - 120 zusätzliche Lehrerstellen!

Nun ist es ja wohl an der Zeit, dass ich einmal ein paar Legenden zurechtrücke, die hier entstanden sind.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich meine etwa die Legende, das Saarland würde hopplahopp zwölf Jahre einführen, alle machten mit, ganz prima, Vorreiter in der Bundesrepublik, zögerliches Schleswig-Holstein, es dackelt wieder einmal hinterher! Nun will ich Ihnen zum Saarland einmal Folgendes sagen, Herr de Jager: Ich hoffe, Sie haben einmal einen Blick in das Schulgesetz geworfen, das dort verabschiedet werden soll; es ist ja noch nicht verabschiedet. Da müsste Ihnen eigentlich aufgefallen sein, dass das Saarland das achtjährige Gymnasium einführen will, aber gleichzeitig den Elternwillen abschafft. Das heißt, die wollen nur noch diejenigen Schüler im Gymnasium haben, die von den Grundschulen dafür empfohlen sind! Wenn Sie das in Schleswig-Holstein wollen, dann sollten Sie das hier bitte laut und deutlich sagen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dann ist nämlich alles das, was Sie vorher gesagt haben, Makulatur.

Ich erinnere mich sehr gut, Herr Dr. Klug, dass Sie im Wahlkampf auf Ihrem Landesparteitag mit einem solchen Ziel, nämlich der **Abschaffung des Elternwillens beim Zugang zum Gymnasium** gescheitert sind. Wenn Sie es jetzt hier wieder durch die Hintertür

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

tür einführen wollen, zumindest verbal, müssen Sie ehrlich sein und sagen: Genau das wollen wir für die Zukunft unserer Gymnasien!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Widerspruch bei der F.D.P.)

Hier bitte Ehrlichkeit - auch von Ihnen, Herr de Jager!

Es gibt bisher eben keine Erfahrungen bundesweit, ob man 33 % eines Jahrgangs - so viel sind es bundesweit, die auf die Gymnasien gehen - diese verkürzte Schulzeit zumuten kann. Und weil die Saarländer sagen: „Nein, das können wir nicht machen“, schaffen sie den Elternwillen ab. In Schleswig-Holstein kommt das jedenfalls mit mir, mit der SPD und mit unserer Regierung nicht in Frage, meine Damen und Herren!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluß!

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident, Entschuldigung! Noch zwei kurze Bemerkungen, aber ich kann mich sonst auch nachher noch einmal melden.

Baden-Württemberg - nehmen wir das einmal als nächstes Beispiel -, eines der von Ihnen sonst so hoch gelobten Länder, führt genau das ein, was wir auch erproben wollen, nämlich Züge an einzelnen Gymnasien.

Bayern - für Sie sonst auch immer leuchtendes Beispiel in der Ferne - macht einen Schulversuch mit Schnellzügen an wenigen Gymnasien. - Also Erprobung wie bei uns auch!

Wir befinden uns keineswegs am Ende und wir befinden uns auch keineswegs in einem einsamen Land, in dem wir das ganz allein erproben. Wir wollen das, was andere genauso sorgsam, genauso behutsam, nämlich nicht Knall auf Fall einführen, sondern erst einmal erproben.. Wir befinden uns mit solchen Modellen bundesweit in sehr guter Gesellschaft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich denke, es geht in einer Minute.

Frau Erdsiek-Rave, die Vorbehalte, die Sie angesprochen haben, beruhen doch im Wesentlichen darauf, dass viele fürchten, dass mit diesem neuen Modell „Abi in zwölf Jahren“ ein verkapptes Sparkonzept verbunden wird, dass die Stellen, die bisher für einen weiteren Jahrgang den Gymnasien zur Verfügung stehen, möglicherweise eingesammelt werden können. Wenn man den Gymnasien die Garantie gibt, sie behalten ihren Personalbestand, den sie für eine neunjährige Gymnasialzeit benötigen, könnten sie erstens mit dem Personal den Aufbau eines verlängerten Kurssystems locker abdecken und sie könnten zweitens dort, wo es heute massenweise Unterrichtsausfälle gibt, weil die Schulen einfach nicht die Stellen haben, um den vorgesehenen Unterricht erteilen zu können, in Zukunft wirklich komplett den verdichteten Unterricht erteilen. Das sind ganz wichtige Voraussetzungen und das muss vom Land klargemacht werden.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU und Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [F.D.P.])

Letzter Punkt! Die Kurzschuljahre haben seinerzeit dazu geführt, dass die Wiederholerquote um 0,6% gestiegen ist. Also praktisch kein Effekt, keine Nachteile für die betroffenen Schüler!

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat Herr Abgeordneter de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, Ihr Hinweis auf das Saarland war natürlich ein sehr durchsichtiges Ablenkungsmanöver,

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Was? - Jürgen Weber [SPD]: Das war Ihr Beispiel! - Holger Astrup [SPD]: Sie haben das Beispiel gebracht!)

denn Sie dürfen die Dinge doch nicht miteinander vermischen. Das eine ist, ob ich eine Schulgesetzänderung mache,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war doch Ihr Hinweis!)

(Jost de Jager)

die das Abitur nach zwölf Jahren einführt, und das andere ist, ob ich eine Schulgesetzänderung mache, die den Übergang von der Grundschule in die weiterführende Schule regelt. Das sind zwei unterschiedliche Dinge. Insofern kann man sich natürlich sehr wohl an dem orientieren, was das Saarland macht.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Wenn Sie sagen, Sie müssten hier noch wegweisendes Neues ausprobieren, dann sage ich, dass Sie auch die Ehrlichkeit haben und zugeben sollten, dass Sie überhaupt nichts Neues ausprobieren. Das, was Sie mit Ihrem Modellversuch machen, ist, dass Sie den **Modellversuch** von Baden-Württemberg nehmen und ihn um zwölf Wochenstunden abspecken. Mehr machen Sie nicht.

Insofern ist es nicht so, dass hier noch etwas erprobt werden müsste, was in Deutschland nicht bereits schon erwiesen und erprobt wäre. Dadurch bestätigt sich das - das ist aus den Reden zum Teil herauszuhören gewesen, vor allem aber aus den Worten von Herrn Höppner und von Frau Birk-, was bei den Rednern der Regierungskoalition aus jedem Satz herauszuhören war, dass Sie die Schulzeitverkürzung eigentlich gar nicht wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich dachte, dass wir die Grundsatzdebatte über die Frage, ob wir zu einer **Schulzeitverkürzung** kommen wollen oder nicht, gar nicht mehr zu führen brauchten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Natürlich müssen wir die führen!)

Aber nachdem ich Sie gehört habe, Herr Dr. Höppner, glaube ich, dass wir diese Grundsatzdebatte in der Tat noch einmal führen müssen; denn Sie haben sich hier als Oberbedenkenträger gezeigt, der 1.000 Gründe dafür hat, warum es nicht geht, der aber keinen Versuch unternommen hat aufzuzeigen, wie es geht.

(Holger Astrup [SPD]: Und jetzt zum Elternwillen!)

Alle die Fragen, die Sie angesprochen haben, die Frage der Durchlässigkeit und die Frage der Fachgymnasien, sind natürlich Fragen, die man klären kann. Ich glaube, dass wir im Ausschuss auch sehr vernünftig darüber reden können, dass man zum Beispiel dann, wenn man - anders als Herr Kollege Klug es vorgeschlagen hat - die gymnasiale Oberstufe dreijährig belässt,

(Holger Astrup [SPD]: Sagen Sie noch schnell etwas zum Elternwillen! Das interessiert uns viel mehr!)

auch viele Probleme gelöst hat.

Ich fürchte, dass wir uns im Ausschuss noch einmal ganz generell und grundsätzlich über die Frage der Schulzeitverkürzung unterhalten müssen.

(Holger Astrup [SPD]: Aber erst noch einmal etwas zum Elternwillen!)

Ich glaube, wir haben gute Karten. Und, Frau Erdsiek-Rave, wenn Sie fragen, woher wir unsere Unterstützung nehmen, dann antworte ich Ihnen, dass wir unsere Unterstützung - das haben viele Diskussionen bewiesen - vor allen Dingen von den Schülerinnen und Schülern, die die Schulzeitverkürzung wollen, nehmen. Und denen sollten wir sie auch gönnen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Holger Astrup [SPD]: Keine Antwort zum Elternwillen!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Doch, das Wort hat Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

(Holger Astrup [SPD]: Keine Stellungnahme zum Elternwillen! Sehr interessant!)

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Ich bitte um Entschuldigung, Herr Präsident, aber ich muss das noch einmal klarstellen.

Die saarländische Schulgesetzänderung erfolgt im Kontext der Einführung des achtjährigen Gymnasiums und verschärft und verändert den Zugang zu eben diesem. Das ist der Zusammenhang. Dass Sie sich hier hinstellen, das verschweigen und so tun wollen, als habe das eine mit dem anderen nichts zu tun, das ist wirklich Verdummung. Das muss ich Ihnen sagen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Zweite, was Sie hier nicht offen und ehrlich darstellen, ist die Tatsache, dass bundesweit - von Niedersachsen über Baden-Württemberg, Bayern und Bremen - überall über die **Verkürzung der Schulzeit** modellhaft nachgedacht oder sie aber in diesem Schuljahr erstmals eingeführt wird, und zwar genau aus dem Grund, dass Schulen eben keine Experiment-

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

tierfelder sind, wo man einmal eben hopplahopp so etwas einführt wie im Saarland,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

sondern sehr behutsam und auf freiwilliger Basis neue Dinge erprobt um festzustellen: Wie kommen Lehrer und Schüler damit klar; ist das so möglich, das am Ende auch flächendeckend zu machen? So, wie Sie hier meinen, Politik erstens von oben und dann zweitens nicht unter klarer Nennung aller Bedingungen machen zu wollen, so geht das mit mir nicht. Ich finde, die breite Streuung, die wir hier vorschlagen, ist ein sinnvoller Weg. Und die Akzeptanz ist da, die Meldungen der Gymnasien zeigen, dass die Zahl derjenigen, die sich daran beteiligt, ausreichen wird, um diesen Versuch sinnvoll durchzuführen - Herr Dr. Klug, übrigens nicht mit Kürzung von irgendwelchen Stunden, allerdings mit Straffung und Veränderung der Lehrpläne. Es wird sich zeigen, dass das ein sinnvoller Weg ist, den wir hier in Schleswig-Holstein gehen wollen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag Frau Abgeordneter Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie haben Wahlversprechungen gemacht. Ich zitiere aus den Wahlversprechungen der CDU:

„Die CDU will eine Verkürzung der Schulzeit zur Erreichung des Abiturs nach 12 Jahren, beginnend auf freiwilliger Basis.“

Sie sollten zu Ihren Versprechungen stehen und hier nicht andere Anträge stellen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das war ein „Kürzestbeitrag“. Weitere Wortmeldungen zu einem Kurzbeitrag liegen mir nicht vor; damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag an den Fachausschuss zu überweisen. Eine Mitberatung wird nicht gewünscht. - Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Unruhe)

- Eine Überweisung ist nicht gewünscht?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Doch, doch!)

Ich bitte um das Handzeichen, wer der Überweisung zustimmen will.

(Unruhe)

- Ja, jetzt kommen einige zusammen. -Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Bei einer Gegenstimme ist die Überweisung so beschlossen worden.

Angesichts der schon fortgeschrittenen Zeit rufe ich jetzt nicht - wie geplant - den Punkt34 auf. Er wird um 16 Uhr im Anschluss an die Debatte zur Atomenergie aufgerufen werden.

Ich rufe stattdessen jetzt Tagesordnungspunkt21 auf:

Wettbewerbsverzerrungen bei öffentlicher Auftragsvergabe

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/210

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht; dann eröffne ich die Aussprache. Ich erteile Frau Abgeordneter Schmitz-Hübsch das Wort.

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die neue Beschaffungsordnung der Landesregierung gibt Anlass zu großer Sorge. Erstmals finden andere Kriterien als Qualität und Preis eines Anbieters Eingang in die **Vergabekriterien öffentlicher Aufträge** in Schleswig-Holstein. Die mittelständischen Betriebe in Schleswig-Holstein müssen, wenn sie mehr als 20 Mitarbeiter beschäftigen und einen Umsatz von mehr als 20.000 DM mit der neuen zentralen Beschaffungsstelle der GMSH tätigen wollen, für die Dauer von vier Jahren einen gültigen Frauenförderplan vorweisen können. Das gilt auch für ihre Subunternehmer. Fehlt ein solcher betrieblicher Frauenförderplan, gelten die Unternehmen als „nicht zuverlässig“ und werden beim Bieten gar nicht erst berücksichtigt.

Frau Frauenministerin, an dieser Stelle irrten Sie übrigens. Leider haben Ihnen die Verfasser Ihrer Pressemitteilung vom 23. Juni 2000 etwas Falsches erzählt: Von Anfang an - nicht erst später - werden alle Bewerber von der Angebotsabgabe ausgeschlossen, die nicht das Vorhandensein oder die Planung eines Frauenförderplanes nachweisen können. Es erfolgt also von vornherein eine sehr strenge Auslese nach diesem Kriterium.

Zum **Nachweis der Frauenförderung** im Betrieb hat die Landesregierung einen dreiseitigen - dreiseitig! - Fragebogen erlassen, der auszufüllen und eventuell zu belegen ist. Falls es noch keinen Frauenförderplan gibt, muss der zukünftige Bewerber sagen, welche

(Brita Schmitz-Hübsch)

Maßnahmen er ergreifen wird, um dieser schweren Verfehlung abzuwehren. Mindestens vier Punkte sind zu erfüllen, damit der Anforderung Genüge getan wird. Der Betriebsinhaber kann dabei aus mehreren Vorschlägen auswählen. Hier ein paar Beispiele: Er kann „ein Bekenntnis zur Chancengleichheit als Grundlage der gesamten Personalpolitik des Unternehmens, vor allem durch eine entsprechende Öffentlichkeitsarbeit“ ablegen. Oder er kann sich zur „Übernahme von weiblichen Auszubildenden nach Beendigung der Ausbildung, mindestens entsprechend ihrem Anteil an allen Auszubildenden im jeweiligen Ausbildungsberuf“ verpflichten.

Frage: Was macht der Unternehmer bloß, wenn er keine weiblichen Auszubildenden hat oder wenn der Zufall es will, dass in diesem Jahr nun mal die weiblichen Lehrlinge schlechter sind als die männlichen? Sie sind zwar meistens besser, aber wenn das nun einmal anders läuft, was macht man da?

(Martin Kayenburg [CDU]: Und was macht er, wenn er keinen Arbeitsplatz hat? - Einem Mann kündigen, oder was?)

Übrigens muss der Nachweis wiederholt werden, wenn zwischen dem ersten und dem nächsten Auftrag mehr als sechs Monate vergangen sind. Es wird also ein großer Schub an zusätzlicher Bürokratie in den Betrieben ausgelöst - aber nicht nur da, sondern auch bei der Landesregierung. Wie will denn die Landesregierung die **Durchführung der Frauenförderpläne** kontrollieren?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Frau Ministerin, können wir uns schon auf zusätzliche Planstellen freuen, die Sie beantragen werden?

Auch **Umweltkriterien** sollen in Zukunft bei der Vergabe eine Rolle spielen. Unternehmen, die sich freiwillig einer Umweltzertifizierung unterziehen, sollen bevorzugt werden.

Mit beiden Maßnahmen diskriminiert die Landesregierung die kleinen und mittleren Betriebe. Viele von ihnen haben gar nicht die finanziellen Mittel, um die vergabefremden Kriterien zu erfüllen. Ihre Geschäftspolitik soll demnächst nicht mehr an der Wirtschaftlichkeit ausgerichtet sein, sondern an der Frauenförderung. Dies führt zu Wettbewerbsverzerrungen.

Die neuen Vorschriften schränken die Verdingungsordnung für Leistungen und für freiberufliche Leistungen ein. Betroffen sind zurzeit vor allem der Handel und die freien Berufe. Die Verdingungsordnung für Bauleistungen wird vorläufig nicht angetastet. Im Handwerk und Baubereich steht man aber Gewehr bei Fuß nach dem Motto „Wehret den Anfängen“.

(Martin Kayenburg [CDU]: Da gibt es so wenig weibliche Poliere, deshalb!)

- Ja, man hat das vorsichtshalber erst einmal rausgenommen. Die neue Landesbeschaffungsordnung ist also mittelstandsfeindlich.

(Beifall der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

Hier wird versucht, allgemeine politische Ziele willkürlich durch die Koppelung an die Vergabe öffentlicher Aufträge durchzusetzen.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nach den Erschwernissen durch das 630-DM-Gesetz und das Gesetz zur Scheinselbstständigkeit ist diese weitere **Belastung der gewerblichen Wirtschaft** ein wahrer Skandal.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Leider ist der Wirtschaftsminister nicht anwesend, aber so ganz nebenbei wundern wir uns auch über die Behandlung dieser Verordnung durch die Landesregierung. Sie widerspricht dem **Mittelstandsförderungsgesetz**, das in § 16 Abs. 2 ausdrücklich die Einhaltung von VOB und VOL vorschreibt. Hierfür ist der Wirtschaftsminister zuständig. - Ach, Herr Staatssekretär, Sie sind da, dann können Sie das ja dem Minister erzählen. Für die Einhaltung der Verdingungsordnungen bei öffentlichen Bauten war bislang der Innenminister zuständig. Und jetzt hat der Finanzminister diese einschränkende Verordnung erlassen. Nach unseren Informationen hat er vorsichtshalber die zuständigen Verbände nicht angehört.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ach nee!)

- Ja! Das ganze Verfahren ist also sehr merkwürdig. Die Frage, die den Wirtschaftsminister interessieren sollte, ist doch: Ist der Wirtschaftsminister in wirtschaftspolitischen Grundsatzfragen - die sollte er neben der Technologiepolitik ab und an auch noch beackern; es ist ein schwieriges Feld, aber er ist eigentlich zuständig, es ist sein ureigenstes Wirkungsgebiet - zum zahlosen Tiger geworden?

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss!

Brita Schmitz-Hübsch [CDU]:

Herr Präsident, das ist mein letzter Satz: Bitte geben Sie doch die Frage an Ihren Minister weiter.

Liebe Kollegen, wir bitten um Ihre Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Gröpel das Wort.

Renate Gröpel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Schade, dass Herr Kubicki nicht da ist; wir haben das Thema Frauenförderung eigentlich immer in seiner Anwesenheit diskutiert.

(Heiterkeit und Beifall der Abgeordneten Holger Astrup [SPD] und Lothar Hay [SPD])

Sehr geehrte Frau Schmitz-Hübsch, es wird Sie sicherlich nicht verwundern, dass die SPD-Landtagsfraktion den CDU-Antrag ablehnen wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Traurig, traurig!)

Denn für uns stellt sich nicht die Frage, ob frauenfördernde Maßnahmen wirtschaftsfeindlich sind, sondern für uns stellt sich die Frage, ob die Wirtschaftspolitik der CDU nicht frauenfeindlich ist.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Im Gegensatz zur CDU sind wir nach wie vor der Auffassung, dass bestimmte **Kriterien** bei der **Auftragsvergabe** berücksichtigt werden sollten.

Das ist im Übrigen nicht neu; denn bereits im Bericht der Landesregierung vom 11. September 1997 zur Modernisierung der Verwaltung in Schleswig-Holstein sind entsprechende Vorgaben für die Neuordnung des Beschaffungswesens aufgeführt. Dazu gehören selbstverständlich die Einhaltung vergaberechtlicher Vorschriften, die Bekämpfung der Korruption im Beschaffungswesen, die Einhaltung von Umweltschutzziele und die Berücksichtigung weiterer Vorgaben wie die Anwendung des Gleichstellungsgesetzes und Maßnahmen zur Frauenförderung in der Privatwirtschaft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das alles ist nicht neu; das können Sie nachlesen. Deshalb begrüßt die SPD-Fraktion ausdrücklich, dass

die von der Landesregierung erlassene Beschaffungsordnung unter anderem sowohl ökologische als auch frauenfördernde Kriterien für die Auftragsvergabe enthält.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit wird dem im Landtag beschlossenen Gesetz zur GMSH entsprochen; darin ist das bereits geregelt.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein, das ist eine Kann-Vorschrift!)

Im Übrigen hat sich auch die **Europäische Union** mit dem **öffentlichen Auftragswesen** beschäftigt. Sie hat ausdrücklich festgestellt, dass eine weitere Möglichkeit darin besteht, die Einhaltung von Pflichten sozialen Inhalts zur Vorbedingung für die Ausführung der vergebenen öffentlichen Aufträge zu machen, um beispielsweise die Beschäftigung von Frauen oder den Schutz bestimmter benachteiligter Personengruppen zu fördern.

(Beifall der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Frau Schmitz-Hübsch, im Gegensatz vielleicht zu Ihnen und auch zu Frau Happach-Kasan meine ich, dass immer noch Handlungsbedarf besteht. Das bestätigt gerade die von der Bundesfrauenministerin Christine Bergmann vorgestellte Studie des Allensbach-Instituts. Danach ist die Unzufriedenheit, was die **Gleichbehandlung der Geschlechter** angeht, sogar leicht gewachsen. Die größten Nachteile empfinden die Frauen im Berufsleben. 86 % aller Frauen beurteilen ihre Verdienst- und Aufstiegschancen im Vergleich zu den Männern schlechter. Vielleicht wollen Sie das nicht zur Kenntnis nehmen. Wir jedenfalls sehen hierin ein Mittel, diese Situation zu verbessern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist doch nicht so, dass nur zusätzlicher bürokratischer Aufwand entsteht. Zahlreiche Betriebe beweisen bereits heute, dass sie eine entsprechende Frauenförderung praktizieren und gerade darin Wettbewerbsvorteile sehen. Vielleicht nehmen Sie auch das einfach einmal zur Kenntnis.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Schmitz-Hübsch, Ihr letzter Satz in der Pressemitteilung der Wirtschafts- und Mittelstandsvereinigung der CDU ist schon zynisch. Sie schreiben: Wer

(Renate Gröpel)

gute Qualität zu einem guten Preis liefert, erhält den Zuschlag. Alles andere ist ineffizient und schadet mehr, als dass es hilft. - Es gehört schon etwas dazu zu sagen, dass frauenfördernde Maßnahmen mehr schaden, als dass sie helfen. Ich finde das unglaublich.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit tun Sie weder der Wirtschaft noch den Frauen einen Gefallen. Sie bauen hier etwas auf, was in der Praxis gar nicht zum Tragen kommen wird. Warten Sie doch bitte einmal ab. Der Katalog der frauenfördernden Maßnahmen in der Beschaffungsordnung läßt eine große individuelle Gestaltung in den Betrieben zu. Auch das Prinzip, dass **öffentliche Aufträge** nach der **Wirtschaftlichkeit des Angebots** vergeben werden, wird doch nicht außer Kraft gesetzt. Man kann schon einmal fragen, ob es nicht ein zahnloser Tiger ist; denn bei den vier Punkten kann bei fast jedem Betrieb ein Kreuz gemacht werden. Für diejenigen, die nicht einmal diese Grundvoraussetzungen erfüllen, wäre das schon - das tut mir furchtbar Leid - ein Armutszeugnis.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landesregierung hat die Beschaffungsordnung zum 1. Juli 2000 erlassen. Das ist gerade einmal zwölf Tage her. Wir haben im Finanzausschuss der Errichtung der zentralen Beschaffung bei der GMSH zugestimmt. Lassen Sie doch die GMSH erst einmal arbeiten. Für den Fall, dass sich die Beschaffungsordnung in Teilen als nicht praktikabel erweisen sollte, geht die SPD-Fraktion davon aus, dass die Landesregierung selbstverständlich Anpassungen und Regulierungen vornehmen wird. Unser Ziel ist und bleibt eine effektive und kostengünstige zentrale Beschaffung. Wir sind sicher, dass die Beschaffungsordnung eine gute Grundlage bietet. Ihren Antrag werden wir ablehnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Frau Kollegin Gröpel, wir sind uns sicherlich darüber einig, dass es viele Betriebe gibt, die freiwillig Frauenförderung betreiben. Selbstverständlich sind wir als F.D.P.-Fraktion mit diesen freiwilligen Maßnahmen sehr einverstanden. Wir sind der Auffassung, dass Frauenförderung nach wie vor notwendig ist.

Wir sprechen hier aber über einen ganz anderen Bereich. Wir sprechen über die **Beschaffungsordnung**. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, dass die Verwaltungsmodernisierung in Schleswig-Holstein nur in der Phantasie der Landesregierung vorankommt, dann ist es diese Landesbeschaffungsordnung.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Im Jahre 1997 - die Älteren von uns werden sich sicherlich noch daran erinnern - hat die F.D.P. vorgeschlagen, die Beschaffungsstelle im Innenministerium in eine zentrale Beschaffungsstelle umzuwandeln und eine Landesbeschaffungsordnung zu erlassen. Damals hieß es, der Innenminister sei natürlich schon viel weiter als die F.D.P. und habe bereits Pläne in der Tasche, die schon bald umgesetzt würden. Diese Pläne wurden so rasant umgesetzt, dass das Land inzwischen einen neuen Innenminister, aber noch immer keine anständige Beschaffungsordnung hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Durch die Überfrachtung mit **vergabefremden Kriterien** ist sie unpraktikabel, bürokratisch und in Teilen mit hoher Wahrscheinlichkeit auch rechtswidrig.

Frauenförderung ist eine allgemein anerkannte Querschnittsaufgabe der Politik. Was aber die Festschreibung in einer Landesbeschaffungsordnung bringen soll, ist mir jedenfalls nicht klar. Sie schreiben die Existenz eines Frauenförderplans in einem Unternehmen ab einem Beschaffungsvolumen von 20.000DM oder bei einem Unternehmen mit mehr als 20 Beschäftigten zwingend als Vertragsbestandteil vor. Das ist ein ultimativer Mittelstandskiller.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

20.000 DM sind bei dem, was durch eine zentrale Beschaffungsstelle beschafft wird, ein Klacks. Haben Sie eigentlich überprüft, wie viele der mittelständischen Unternehmen im Land einen Frauenförderplan haben? Wahrscheinlich nicht; denn sonst hätten Sie auf eine solche Regelung verzichtet. Wie wollen Sie deren Einhaltung eigentlich überprüfen? Sollen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GMSH einmal kurz bei den Unternehmen vorbeischauchen und die **Umsetzung der Frauenfördermaßnahmen** überprüfen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auf welcher Rechtsbasis soll denn eigentlich eine solche **Überprüfung** erfolgen? Die GMSH ist nach

(Christel Aschmoneit-Lücke)

meiner Auffassung jedenfalls noch keine Dependence der Polizei geworden. Haben Sie sich gefragt, was passiert, wenn Sie keinen Anbieter finden, der einen Vertrag mit der zwingenden Klausel, einen Frauenförderplan aufzustellen, akzeptiert? Ich denke etwa an die Firmen, die Sonderbedarfe decken, oder an diejenigen, die - wie hier im Landeshaus - zum Beispiel Gerüste aufbauen. Ich habe schon einmal darauf hingewiesen. Wir hatten Gelegenheit festzustellen, dass diese Firma, was bei der Art der Arbeit, der schweren körperlichen Arbeit, die da geleistet wird, auch selbstverständlich ist, eigentlich nicht so besonders viele Frauen dabei hatte.

Was machen wohl die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der GMSH in einer solchen Situation? Vergeben sie einen Auftrag ohne Frauenförderklausel, dann handeln sie vorschriftswidrig. Bestehen sie darauf, dann ist die Klausel eben doch nur ein weiteres Kapitel der traurigen Symbolpolitik. Da ist man bei dem Punkt angekommen, wo es den Frauen tatsächlich nichts nützt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Zum Zweiten ist diese **Verordnung** zu Teilen mit hoher Wahrscheinlichkeit **rechtswidrig**. § 106 Abs. 4 des Vergaberechts-Änderungsgesetzes vom 26. August 1998 schreibt vor, dass bei öffentlichen Aufträgen andere Anforderungen, so genannte vergabefremde Kriterien, an Auftragnehmer nur dann gestellt werden dürfen, wenn diese durch Bundes- oder Landesgesetz vorgesehen sind. Außerdem - so die herrschende Meinung im Schrifttum - müssen die vergabefremden Kriterien im Einklang mit den Vorgaben des europäischen Rechtes stehen. Regelungen durch bloße Verwaltungsvorschriften sind allenfalls für diejenigen Aufträge zulässig, die die Schwellenwerte der EU-Richtlinie nicht erreichen und daher nach § 100 Abs. 1 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen nicht unter den Vierten Teil dieses Gesetzes fallen. Das sind nach Auskunft des Wissenschaftlichen Dienstes des Landtages Beschaffungen unterhalb von 20.000 DM Gesamtumfang.

(Renate Gröpel [SPD]: Das GMSH-Gesetz ist ein Landesgesetz!)

Für solche Aufträge, Frau Gröpel, ist eine Regelung in der untergesetzlichen Beschaffungsordnung ausreichend. Aber hier sind gerade die Aufträge betroffen, die darüber liegen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluss.

Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Frau Kollegin Gröpel, Sie haben darauf hingewiesen, dass europarechtlich im Prinzip dagegen nichts einzuwenden ist. Dem stimme ich zu. Aber es besteht weiterhin die Frage: Haben wir eine gesetzliche Grundlage, die eine solche Beschaffungsordnung und damit die Beschaffungsverträge tatsächlich rechtfertigt?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Hentschel.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr verehrte Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Präsident! Ich werde jetzt nicht in die Falle tappen und mich auf eine juristische Auseinandersetzung mit einer Rechtsanwältin einlassen. Das überlasse ich der Justizministerin. Ich möchte aber auf die grundsätzliche Argumentation eingehen, die dem Antrag zugrunde liegt und die von Frau Schmitz-Hübsch vorgetragen worden ist.

Ich halte es in der Tat für eine Selbstverständlichkeit, dass bei **Vergabe öffentlicher Aufträge** dem wirtschaftlichsten Anbieter der Zuschlag erteilt wird. Wir haben genügend Erfahrungen, welche Folgen freihändige Vergabe und beschränkte Ausschreibung - Korruptionerscheidungen - haben können und auch haben, wie wir es in Kiel und im Land erfahren haben.

Wenn aber die CDU die Auffassung vertritt, dass neben der Wirtschaftlichkeit keine weiteren Kriterien in die Bewertung eines Angebots einfließen sollten, stelle ich fest, dass wir anderer Auffassung sind. Da stehen wir in breiter Übereinstimmung mit Bundesrecht, Europarecht und vielen Fachleuten in dieser Angelegenheit.

Gerade wenn wir die Frauenförderung als eine Aufgabe des Staates betrachten, betrachte ich es als Pflicht der Regierung, die Auftragsvergabe, die Kaufkraft des Staates im Sinne ihrer politischen Ziele einzusetzen. Das ist eine politische Selbstverständlichkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Grundsätzlich ist eine Reihe von Kriterien denkbar,

(Karl-Martin Hentschel)

nicht nur die Frauenförderung, auch die Förderung der Umwelt,

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das sind keine Gesetze!)

wie das auch vorgeschrieben ist. Denkbar sind auch Einhaltung von Tarifverträgen, Erfüllung von Ausbildungsquoten, Beschäftigung von Schwerbehinderten, Existenz eines Betriebsrates. Es gibt eine Reihe von Dingen, die durchaus sinnvoll sind, wenn man sagt, dass man sich im Rahmen der Politik bestimmte Ziele setzt und seine Kaufkraft dafür einsetzt, diese zu erreichen. Das ist legitim.

Hier sind zwei Punkte herausgegriffen worden, auf die ich eingehen will.

Wenn sich die Landesregierung die **Frauenförderung** auf ihre Fahnen geschrieben hat, ist das nicht nur eine Sonderangelegenheit. Ich weise Sie darauf hin, dass das, Frau Schmitz-Hübsch, eines der zentralen politischen Ziele ist, für die diese Landesregierung gewählt worden ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es kommt doch nicht von ungefähr, dass diese Landesregierung gerade aufgrund ihrer Frauenförderung weit überproportional von Frauen gewählt worden ist.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sie ist nur wegen Herrn Kohl gewählt worden! - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sie haben doch nur Glück gehabt!)

Das ist bekannt. Deswegen leite ich daraus sogar die politische Aufgabe ab, in diese Richtung tätig zu werden.

Zu Ihrer Kenntnis: Die EU hat in ihrem Grünbuch zum „Öffentlichen Auftragswesen“ ausdrücklich die Vergabe für andere Kriterien geöffnet. Ich zitiere:

„... dass eine weitere Möglichkeit darin besteht, die Einhaltung von Pflichten sozialen Inhalts zur Vorbedingung für die Ausführung der vergebenen öffentlichen Aufträge zu machen, um beispielsweise“

- das ist schon zitiert worden -

„die Beschäftigung von Frauen oder den Schutz bestimmter benachteiligter Personengruppen zu fördern.“

Seite 55 der Drucksache 15/97 der Europäischen Union!

Dieser Standpunkt ist von der EU ausdrücklich bestätigt worden. Der **Bundesgesetzgeber** hat diesen

Standpunkt in das Vergaberechts-Änderungsgesetz übernommen. Dort heißt es:

„Aufträge werden an fachkundige, leistungsfähige und zuverlässige Unternehmen vergeben; andere oder weitergehende Anforderungen dürfen an Auftragnehmer nur gestellt werden, wenn dies durch Bundes oder Landesgesetz vorgesehen ist.“

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Welches ist das Gesetz?)

Es ist explizit so vorgesehen und im GMSH-Gesetz in § 3 Abs. 4 in Schleswig-Holstein gesetzlich umgesetzt.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist nicht richtig!)

Frau Schmitz-Hübsch, Sie haben leider weder juristisch noch in der Sache Recht. Was uns aber Ihr Antrag beweist, ist das Weltbild, mit dem die CDU weiterhin Frauen betrachtet.

(Widerspruch bei der CDU - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Es geht um Ordnungspolitik!)

Wenn wir in diesem Parlament ein Problem haben, dann ist das Problem, vor dem wir mit diesem Antrag stehen, die Modernisierung der CDU.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Schauen wir doch zum Schluss noch einmal in die von Ihnen so geliebte USA. Da gibt es ein Instrument, das heißt „affirmative action“. Dadurch soll die Einstellungspraxis in öffentlichen Institutionen die **Chancengleichheit** von Minderheiten und benachteiligten Personengruppen herstellen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Bei Ausschreibungen werden für die Vergabe öffentlicher Aufträge nur Firmen zugelassen, die sich dieser Politik verpflichten. Nur Firmen, in denen frauenfördernde Maßnahmen tatsächlich durchgeführt werden, dürfen einen Auftrag erhalten.

Diese Politik ist so erfolgreich, dass der Zugang zu höheren Positionen von Frauen deutlich fortgeschritten ist und bereits wesentlich weiter reicht als bei uns in der Bundesrepublik, was - denke ich - der USA wirtschaftlich nicht zu Schaden gereicht hat.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das ist Bundesgesetz! - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Kommen Sie bitte zum Schluss, Herr Abgeordneter.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Der robuste Zustand der US-Wirtschaft zeigt, dass Frauenförderung kein Wirtschaftsvernichtungsinstrument ist, wie Sie es uns hier darstellen und für Schleswig-Holstein verkaufen wollen. Es wäre gut, Frau Schmitz-Hübsch, wenn die CDU davon etwas lernen würde.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Senkung der Lohnnebenkosten! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Neben der aktuellen Problematik der neuen Beschaffungsordnung werde ich auch auf das **Vergabewesen** im Allgemeinen eingehen, da der CDU-Antrag auch allgemein gehalten ist und sich nicht nur auf die Beschaffungsordnung bezieht. Die Worte „vergabefremde Kriterien“ im Antrag der CDU implizieren ja Mausehelei, Bevorzugung, Unkorrektheit. Ich hoffe nicht, dass das mit dem Antrag gemeint ist.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein, nein!)

Das Vergaberecht schreibt eindeutig vor, was berücksichtigt werden darf und was nicht. So kann man Bevorzugungen und Ähnlichem auch einen Riegel verschieben.

Gemeint ist vielmehr, dass neben betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten auch eine Reihe anderer Kriterien eine Rolle spielen sollen. Zu nennen sind die von Ihnen, Frau Schmitz-Hübsch, kritisierten Frauenförderpläne und darüber hinaus Qualitätsstandards, beispielsweise im Umweltbereich. Dies sind politische, inhaltliche, gesellschaftsrelevante und vor allem gesamtwirtschaftliche Vergabekriterien.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Keine gesetzlichen!)

Dies ist so gewollt und auch notwendig, um negativen Entwicklungen vorzubeugen

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Dann macht doch ein Gesetz!)

oder um bestimmte politische Ziele zu erreichen. Das hat Herr Hentschel eben sehr gut deutlich gemacht.

Was ist in dem CDU-Antrag eigentlich mit „wirtschaftlichsten Angebot“ gemeint? Das betriebswirtschaftlichste oder das volkswirtschaftlichste?

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine reine Preisbetrachtung bei der Vergabe öffentlicher Aufträge ist zu einfach und würde auch der Verantwortung der öffentlichen Hand nicht gerecht werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Sehen das Ihre kommunalen Vertreter auch so?)

Es geht um eine **ganzheitliche Betrachtungsweise**. Die öffentliche Hand muss die Auswirkungen von Ausschreibungen beachten.

(Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: So ein Blödsinn!)

Wenn einzig und allein der geringste Preis den Ausschlag gibt, sinkt die Qualität. Dem muss man entgegenwirken.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nicht der geringste, der wirtschaftlichste! - Dr. Heiner Garg [F.D.P.]: Haben Sie sich je mit Wirtschaft beschäftigt?)

Daher geht es unter anderem um die Festschreibung qualitativer Standards.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Garg, Zwischenrufe sind sehr erwünscht, aber den Ausdruck „Blödsinn“ weise ich als unparlamentarischen Ausdruck zurück.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Lars Harms [SSW]:

Ein hohes Qualitätsniveau führt auch zum Erhalt hiesiger Arbeitsplätze.

Ich nenne einmal ein Beispiel: ÖPNV. Die Beförderung von A nach B wird im europaweiten Wettbewerb ausgeschrieben. Ohne ein **Qualitätskriterium** spielt nur der Preis eine Rolle. Mit Qualitätskriterium spielen auch die Ausstattung der Fahrzeuge oder die Ausbildung der Mitarbeiter eine Rolle.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Dadurch bekommen wir mehr Sicherheit für die beförderten Personen und mehr soziale Sicherheit für

(Lars Harms)

die Beschäftigten. In diesem Bereich könnte ich mir persönlich auch Umweltkriterien durchaus vorstellen.

(Holger Astrup [SPD]: Natürlich! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die sind auch drin!)

Gerade Deutschland profitiert von solchen Kriterien. Ohne die qualitätsbezogene Ausschreibung unter Berücksichtigung natürlich der Ökonomie wären die Arbeitslosenzahlen in Deutschland mit Sicherheit höher. Man kann Ausschreibungen eben nicht nur den reinen marktwirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten aussetzen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Nein?)

Es geht darum, auf diesem Weg politische Ziele zu fördern, Ziele, die normalerweise auch von der CDU unterstützt werden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wir leiten Ihre Rede dem Kreistag zu!)

Für die Landesregierung muss ich sagen: „Wer bezahlt, bestimmt auch die Musik.“ - Das ist etwas, was wir durchaus einmal bedenken sollten.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Politische Ziele!)

Deshalb hat die Landesregierung in ihre neue **Beschaffungsordnung** Kriterien wie Frauenförderpläne und Umweltstandards aufgenommen.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]: Das sollte rechtlich einwandfrei sein!)

Ich nehme gern einmal das Beispiel Frauenförderpläne. Das Kriterium ist bekannt. Jeder Anbieter kann sich im Vorwege darauf einstellen. Dieses Kriterium dient der Gleichstellung von Frau und Mann im Berufsleben, ein allgemein anerkanntes Ziel.

(Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Ein Unternehmen, das einen **Frauenförderplan** aufstellt und diesen umsetzt, hat daher auch keinen wirtschaftlichen Nachteil hierdurch, sondern hat die Möglichkeit, hierdurch auch an Aufträge heranzukommen. Warum soll das dann ein Problem für die Unternehmen sein, wo es doch schon von so vielen Unternehmen umgesetzt wird?

Unternehmen haben auch eine gesellschaftliche Verantwortung und die, die dieser Verantwortung nicht gerecht werden, fallen durch das Raster. Das hat nichts mit Wettbewerbsverzerrung zu tun. Unternehmen müssen sich immer wieder auf neue Rahmenbedingungen einstellen. Die neuen Kriterien bei der Vergabe öffentlicher Aufträge gehören nun einmal dazu. Eine

ganzheitliche ökonomische Betrachtung ist unserer Meinung nach die richtige Sichtweise.

Jetzt kommt das erste ökonomische Prinzip. Das ist auch an mir nicht vorbeigegangen. Nachdem man festgelegt hat, was man inhaltlich und qualitätsbezogen erhalten will, bekommt das günstigste Angebot - unter diesen Bedingungen - den Zuschlag. Wer nur den billigen Jakob will, muss am Ende draufzahlen. Davon sind wir überzeugt. Wir halten es daher auch mit einem alten Sprichwort: Wir sind zu arm, als dass wir uns etwas Billiges leisten könnten.

Zum Schluss noch eine Anmerkung zu den Berichten über die Rechtmäßigkeit der Landesbeschaffungsordnung. Sollte die jetzt vorgelegte Regelung nichtig sein, weil die Klausel, dass man besonders umweltfreundliche Produkte einkaufen soll, nur in einer Verordnung aufgeführt werden darf, wenn sie durch ein Gesetz abgesichert worden ist, dann ist der SSW bereit, ein solches Gesetz zu unterstützen.

(Glocke des Präsidenten)

Wir teilen die Zielsetzung der neuen Beschaffungsordnung. Der SSW wird den Antrag der CDU ablehnen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Ministerin Lütkes das Wort.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Meine Damen Vorrednerinnen, gestern wurde Max Weber zitiert und es wurde von Politik als der Kunst des Börens dicker Bretter gesprochen. Das gilt wahrlich für Frauenförderpolitik.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Da sind wir uns offensichtlich einig. In diesem Land wurde schon sehr viel gebohrt, sehr lange diskutiert und es ist sehr sorgfältig vorgearbeitet worden. Daher sollten wir uns in dieser Diskussion auf den Kern des Antrags konzentrieren. Auch wenn Ihr Antrag allgemein formuliert ist, so geht es - wenn ich das richtig verstanden habe - darum, dass Sie deutlich sagen, Frauenförderung und Umweltschutz haben bei der Vergabe nichts zu suchen, weil die Gleichung

(Ministerin Anne Lütkes)

„frauenfreundlich gleich wirtschaftsfeindlich“ nach wie vor in ihrem Kopf wirkt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU])

Sie möchten alle in die Mittagspause und ich möchte schnell fertig werden, daher rede ich weiter. Das Thema ist jedoch so, dass man sehr sauber gucken muss, worum es geht. Frauenförderung ist ein Grundelement dieser **Landespolitik** und auch in der Verfassung dieses Landes verankert. Um die Akzeptanz Ihrer - Herr Präsident, wenn ich mir dieses Wort gestatten darf - scheinbar populistischen Forderung zu erhöhen, gehen Sie den Umweg über die Rechtswäßrigkeit.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wer macht denn den Umweg?)

- Sie machen den Umweg über eine mögliche Rechtswäßrigkeit. Daher erlauben Sie mir den Hinweis, dass der Bundesgesetzgeber in §97 Abs. 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen deutlich gesagt hat, dass - Herr Präsident, wenn ich zitieren darf - „andere oder weitergehende Anforderungen ... durch Bundes- und Landesgesetz vorgesehen werden dürfen.“

Das heißt, dass die Auswahlkriterien - mit Verlaub gesagt - die alten sind, nämlich Wirtschaftlichkeit und Eignung des Anbieters. Dazu gehören unbestritten die Zuverlässigkeit, die Leistungsfähigkeit und die Fachkunde. Dann darf man an weitere Kriterien denken. Sie haben eben scheinbar die Verordnung zitiert. Man muss sich jedoch das gesamte Werk anschauen und sehen, wie es in der Praxis umgesetzt wird. Es klingt sehr schön, wenn man sagt: Wie furchtbar, die ganzen Betriebe sind nun verpflichtet, einen hochkomplizierten Frauenförderplan vorzulegen, der unter dem Strich nichts bringt. Frau Kollegin, deshalb haben meine beiden Vorgängerinnen sehr intensiv daran gearbeitet, wie man diese Wucht auch stemmen kann, und zwar so, dass es im Interesse der Betriebe ist.

Daher hat es zum Beispiel einen Wettbewerb zu Chancengleichheit und Personalentwicklung gegeben. Der richtete sich genau an die Betriebe, von denen Sie meinen, sie schützen zu müssen. Der Katalog, der vorgelegt wurde, nimmt die Beispiele auf, die die Betriebe als praktisch - und in ihrer eigenen Praxis bereits umgesetzt - vorgeschlagen haben.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein Frauenförderplan gilt nach den sehr praktischen Vorschlägen dann als vorgelegt, wenn vier Kriterien, die sich die Betriebe aussuchen können, erfüllt wer-

den. Ich wäre gern bereit, sie jetzt darzulegen, aber das können wir in der Mittagspause gemeinsam besprechen. Das müssen sie jedoch nicht - und das ist der unsaubere Vortrag - bei der ersten Bewerbung um einen Auftrag.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das stimmt nicht!)

Bei der ersten Auftragsvergabe kommt es auf die eben vorgelegten Kriterien an. Dann wird der Vertrag abgeschlossen. Der Vorschlag ist, beim Abschluss des Vertrages die verbindliche Erklärung des Bieters aufzunehmen, eben diese Frauenförderung zu akzeptieren.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das stimmt nicht!)

Das geschieht im Wege des Vertrages. Damit befinden wir uns erstens in Übereinstimmung mit dem Bundesrecht, zweitens in Übereinstimmung mit dem Europarecht und drittens in Übereinstimmung mit dem Landesrecht, nämlich dem GMSH-Gesetz.

Frau Kollegin, in den vorliegenden Gutachten und Stellungnahmen wird immer auf §3 Abs. 7 des GMSH-Gesetzes verwiesen. Wir reden hier über Absatz 4 Nr. 2. Das ist die Grundlage. Absatz 7 kann man möglicherweise deklaratorisch betrachten - was ich nicht tun würde -, aber er ist nicht ausreichend, im Gegensatz zu Nummer 2 des Gesetzes.

(Glocke des Präsidenten)

Damit haben wir aus meiner Sicht und der meines Ministeriums eine ausreichende Basis, um das zu tun.

Das Kriterium der **Umweltfreundlichkeit** ist zum einen bei der Produktbestimmung anzuwenden, nämlich bei der Frage, welches Produkt wir kaufen wollen. Es wird dann im Rahmen einer möglichen Mitbewertung aufgeschlüsselt. Es steht nicht als einziges und vorrangiges Auswahlkriterium. Frau Kollegin, wenn das so wäre, dann hätten Sie Recht. Das wäre unzulässig.

(Wortmeldung der Abgeordneten Brita Schmitz-Hübsch [CDU] - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich kann keine Zwischenfrage mehr zulassen.

Anne Lütkes, Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie:

So weit geht das aber nicht. Wir sind in der Landesregierung der Ansicht, dass unsere Ausführungen rechtens und politisch geboten sind. Wir diskutieren gern weiter mit Ihnen, um Ihnen die Praxis zu erklären.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Stritzl das Wort zu einem Kurzbeitrag. Ich weise darauf hin, dass einige nun sehr unter Zeitdruck stehen. Ich bitte Sie, sich wirklich kurz zu fassen.

Thomas Stritzl [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, Ihre langen Ausführungen - und die von Frau Gröpel - so zu erklären, dass eigentlich nichts mit der Frauenförderrichtlinie und der Vergabeordnung passiert sei, dass alles ganz unproblematisch sei, denn eigentlich würde nichts geschehen, entlarvt Sie selbst. Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder Sie haben ein schlechtes Gewissen und wollen es den Leuten nicht sagen oder aber Sie machen das, was Frau Gröpel selber gesagt hat, Sie verwandeln sich in einen zahnbösen Tiger, der - weil er die Wirklichkeit widerspiegelt - nur zusätzliche Bürokratie erfordert.

(Beifall bei der CDU)

Die Frage, wann was wie kontrolliert wird und wie was nachvollzogen wird, haben Sie - und die Landesregierung - auch im Finanzausschuss nicht klären können. Wenn Sie es ernst meinen und nicht nur reines Schattenfechten machen wollen, dann bedeutet das, dass Sie Überprüfungsqualitäten und -quantitäten haben, die Sie dann auch entsprechend in der Behörde einstellen müssen. Ich frage Sie: Gibt es - was die Überprüfung der Anträge angeht - eine entsprechende Einstellung von Personal?

Frau Ministerin, Sie müssen es machen, wenn Sie **Wettbewerbsverzerrungen** nicht dadurch zulassen wollen, dass Leute behaupten, sie hätten ihren Förderplan, obwohl sie gar keinen haben. Im Interesse der von Ihnen behaupteten Frauenfreundlichkeit müssen Sie das entsprechend überprüfen können.

(Beifall des Abgeordneten Manfred Ritzek [CDU])

Es ist wirklich albern zu behaupten, die CDU sei frauenfeindlich. Ich darf Sie daran erinnern, dass die Familienkomponente in der Rente aus der CDU kommt.

Alle führenden Frauenpolitikerinnen stammen aus den Reihen der CDU.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Ja, Freunde, die Wahrheit ist in diesem Sinne christlich.

(Heiterkeit bei der CDU)

Frau Ministerin, nun noch eine Bemerkung zur rechtlichen Bewertung.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Thomas Stritzl [CDU]:

Frau Kollegin Kähler war als Vorsitzende anwesend. Wir haben im Finanzausschuss über die Frage diskutiert, ob das Europarecht beachtet wird oder nicht. Da sagte der Landesrechnungshof, er habe große Bedenken, darüber wolle er mit der Landesregierung auch noch diskutieren.

Frau Kollegin Kähler, ich glaube, ich zitiere richtig, wenn ich sage: Wir haben die Landesregierung gebeten, uns ihre Vorlagen vorzulegen, die in der Kabinettsentscheidung gleichwohl zum Ergebnis geführt haben, dass europarechtliche Bedenken nicht bestünden. Ich stelle fest, dass zumindest mir diese schriftliche Stellungnahme der Landesregierung bis zum heutigen Tag nicht vorliegt.

Aus der Erfahrung der Vergangenheit sage ich Ihnen: Wo immer behauptet wird, was die Regierung mache, sei rechtmäßig, scheidet es wiederholt an den Schranken des Verfassungsgerichts. Unser Vertrauen darauf, dass das, was Sie als rechtmäßig bezeichnen, einfach so sei, wie Sie behaupten, ist in der Tat geschwunden. Wir erwarten deshalb von Ihnen vor Beschlussfassung, dass Sie das dem Parlament in nachvollziehbarer Weise darreichen.

Nein, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen keine Situation - darauf hat Frau Kollegin Schmitz-Hübsch hingewiesen -, die zu Wettbewerbsverzerrungen und Benachteiligungen im Lande führen kann. Wenn wir europaweit ausschreiben, kann es doch sein, dass ein qualitativ besserer, günstigerer Anbieter aus dem Lande den Auftrag nicht bekommt, weil jemand aus dem Ausland zufällig Ihre jetzt behaupteten Kriterien erfüllt.

(Glocke des Präsidenten)

(Thomas Stritzl)

Deswegen bitten wir Sie im Interesse der Wirtschaft dieses Landes und im Interesse der hier arbeitenden Menschen um mehr **Flexibilität** und mehr **Rechtssicherheit**. Dann kommen wir gemeinsam besser voran.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Kayenburg zur Geschäftsordnung.

Martin Kayenburg [CDU]:

Um dem Parlament weitere Dreiminutenbeiträge zu ersparen, beantragen wir Ausschussüberweisung und nicht Abstimmung in der Sache. Sonst gäbe es noch eine lange Debatte, insbesondere nach den Einlassungen der Justizministerin.

Präsident Heinz-Werner Arens:

In letzter Minute wird Ausschussüberweisung beantragt. Das geht natürlich der Abstimmung in der Sache vor. Erst einmal schließe ich offiziell die Beratung.

Es ist Überweisung an den zuständigen Fachausschuss beantragt worden.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Wirtschaftsausschuss!)

Wer der Ausschussüberweisung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist die Ausschussüberweisung mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt.

(Zuruf von der SPD: Richtig! - Martin Kayenburg [CDU]: Dann behandeln Sie das im Rahmen des Selbstbefassungsrechts der Ausschüsse!)

Dann müssen wir jetzt in der Sache abstimmen. Wer dem vorgelegten Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen.

(Ministerin Ingrid Franzen stimmt zu - Unruhe)

- Gegenprobe! - Stimmenthaltung? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. abgelehnt bei einer etwas verirrten Stimme.

Meine Damen und Herren, wir treten jetzt in die Mittagspause ein.

Die Sitzung ist bis 15 Uhr unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:25 Uhr bis 15:01 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich möchte zunächst Besucher auf der Tribüne begrüßen. Es sind Mitglieder der ÖTV Schleswig, Mitglieder der Referendar-Arbeitsgemeinschaft des Innenministeriums, Kiel, sowie Schülerinnen und Schüler und Lehrerinnen und Lehrer des Gymnasiums Elmschenhagen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 und 12 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 15/136

b) Auswirkungen der Vereinbarung über den Ausstieg aus der Atomenergie auf die Energiepolitik des Landes Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 15/190

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 15/253

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann kann ich die Aussprache eröffnen. Zunächst möchte ich Herrn Abgeordneten Sager das Wort erteilen. - Ich höre keinen Widerspruch; dann werden wir so verfahren.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Gestatten Sie mir eine Vorbemerkung. Unser Fraktionskollege Trutz Graf Kerksenbrock ist leider noch erkrankt; er ist unser energiepolitischer Sprecher. Ich bin gebeten worden, heute an seiner Stelle zu reden. Ich denke, ich spreche im Namen des ganzen Hauses, wenn ich sage, dass wir ihm noch einmal von dieser Stelle aus herzliche Genesung wünschen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wir beschäftigen uns heute mit den Auswirkungen des so genannten Atomkonsenses, der in Wahrheit natürlich keiner ist. Wer hätte das einmal vorauszusagen gewagt: 32 weitere Betriebsjahre

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, weitere nicht!)

(Reinhard Sager)

für die **deutschen Kernkraftwerke** - und ein grüner Umweltminister bittet um die Zustimmung seiner Parteitagsdelegierten! Wer hätte sich das noch vor wenigen Jahren vorstellen können! Es scheint so, als habe der Industriekanzler nun endgültig den grünen Papiertiger geschrödert.

(Beifall bei der CDU - Lothar Hay [SPD]:
Da kommt der Neid auf! Der „Industriekanzler“?)

- Das erzeugt aber auch schmunzelndes Lächeln; das empfinde ich als Zustimmung.- Es geht, liebe Kolleginnen und Kollegen, in Wahrheit nicht um einen historischen, sondern um einen reichlich faulen Kompromiss. Es geht vielleicht um weniger Kernkraftwerke in der Zukunft, aber es geht nicht um weniger Atomstrom, denn dieser wird künftig noch vermehrt aus Frankreich oder Osteuropa importiert werden müssen. Das ist nicht nur volkswirtschaftlicher Unsinn; die rot-grüne Bundesregierung will gleichzeitig eine Hochtechnologiebranche mit deutschem Know-how von internationalem Rang beerdigen. Das ist der eigentliche Skandal, um den es hier geht, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten
Dr. Heiner Garg [F.D.P.]

Damit komme ich zu dem von uns in dem Antrag niedergelegten Fragenkatalog. Was wird aus dem angestrebten Ziel einer sicheren Endlagerung? Die Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente wird ab 1. Juli 2005 verboten. Dafür sollen die Betreiber von Kernkraftwerken verpflichtet werden, Zwischenlager bei den Kernkraftwerken selbst zu errichten. Entsprechende Anträge auf derartige Genehmigungen nach §6 des Atomgesetzes liegen auch für unser Land, für Schleswig-Holstein - nämlich für die Kernkraftwerke in Brunsbüttel, Brokdorf und Krümmel-, bereits vor. Die Frage ist, wie die Landesregierung die beantragten Genehmigungen bewertet und wie sie damit umgehen will. Ist es wirklich Ihr politischer Wille, Herr Möller, den Standortgemeinden von Kernkraftwerken auch die **Lagerung von Atommüll** für eine ganze Reihe von weiteren Jahren aufs Auge zu drücken? Droht nicht am Ende aus diesen zu errichtenden Zwischenlagern jeweils eine Art weiteres Endlager vor Ort zu werden? Das ist an dieser Stelle unsere Sorge.

Es geht im Kern doch um Folgendes: Die rot-grüne Bundesregierung steigt bedauerlicherweise aus einem geordneten Entsorgungskonzept aus. Konkret: Sie verabschiedet sich mit diesem so genannten **Atomkompromiss** aus der Endlagerung.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Das ist nicht akzeptabel, meine Damen und Herren,

(Konrad Nabel [SPD]: Erst haben Sie so lange gepennt und jetzt schimpfen Sie! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Konrad! - Heiterkeit)

denn welchen Sinn soll es denn machen, Milliarden D-Mark in ein bereits erforschetes und geprüftes Endlager in Gorleben zu investieren und dann diese Pläne aufzugeben? Stattdessen will Rot-Grün über ganz Deutschland verteilt an jedem Kernkraftwerksstandort ein unbefristetes Zwischenlager errichten. Das ist doch in höchstem Maße problematisch!

(Konrad Nabel [SPD]: Das ist doch schief dargestellt!)

- Ach, Herr Nabel, fahren Sie einmal nach Geesthacht und machen Sie sich kundig; dann wissen Sie etwas darüber, bevor Sie - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Gelassenheit.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Das gilt auch für den Herrn Abgeordneten Hentschel.

Reinhard Sager [CDU]:

Das hieße doch nichts anderes, meine Damen und Herren - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich lade Sie einmal zur nächsten Demo ein, damit Sie üben können! - Heiterkeit und Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie viele kommen denn da überhaupt noch?)

Das hieße doch konkret, meine Damen und Herren: Die Kraftwerke werden abgeschaltet, aber an den Standorten gibt es dann künftig Lagerhallen für Atommüll und ein Ende ist nicht einmal abzusehen. Das ist doch kein Entsorgungskonzept, sondern ein Verschiebebahnhof, der den Bürgern zugemutet werden soll.

(Beifall bei der CDU - Klaus Schlie [CDU]: So ist es! - Konrad Nabel [SPD]: Verschiebebahnhof - unglaublich! - Beifall bei CDU und F.D.P.)

Diese rot-grüne Politik wird - das prophezeie ich Ihnen, meine Damen und Herren - ausschließlich in einem Entsorgungstorso enden. Darauf wird das hin-

(Reinhard Sager)

auslaufen. Deshalb fordern wir heute die Landesregierung auf, klipp und klar ihre Position darzulegen, wie sie es mit der Endlagerung halten will. Ich erinnere daran, dass die Endlagerung keine Aufgabe allein der Kernkraftwerksbetreiber ist, sondern nach unserem Atomgesetz bundesstaatliche Angelegenheit. Die Endlagerung muss weiter vorangetrieben werden. Unter den CDU-geführten Bundesregierungen ist diese Frage im Übrigen auch stets mit den Bundesländern vorangetrieben worden. Diese Praxis hat die rot-grüne Bundesregierung jetzt leichtfertig aufgegeben und aufs Spiel gesetzt.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die haben eine Anlage gekippt aus Angst vor der Bevölkerung!)

- Sie haben nicht das Wort.

(Heiterkeit bei der CDU)

Das müssen Sie sich einmal merken, Herr Hentschel - um nicht zu sagen, dass Sie davon nicht genug verstehen.

Ich frage deshalb den Energieminister: In welcher Form sollen die Arbeiten zur Erkundung der Endlagerstätten in Gorleben und Schacht Konrad fortgesetzt werden? Wie steht die Landesregierung dazu? Darauf hätten wir gern eine Antwort.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Positiv!)

Ich möchte für die CDU-Fraktion auch sagen, dass wir die weiteren Anträge, die ja erheblich später gekommen sind und die jetzt eine Berichterstattung erst in der 6. Tagung ermöglichen, sehr wohl begrüßen, auch den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, denn es macht ja Sinn, dass wir uns auch darüber unterhalten, wie es denn mit der Arbeitsplatzentwicklung insbesondere im Hinblick auf die schleswig-holsteinischen Standortgemeinden der Kernkraftwerke weitergeht.

(Klaus Schlie [CDU]: So ist es!)

Es ist doch das Problem, dass Sie einen Ausstieg abgeschlossen haben, ohne den Menschen Ersatzarbeitsplätze vor Ort anbieten zu können. Daran sind wir interessiert zu erfahren, wie Sie es damit halten.

Wir sind auch gespannt auf die Antworten der Regierung auf den Antrag der Fraktion der F.D.P. Wir haben ja schon früher, Herr Kollege Kubicki, in diesem Hause sehr interessante Debatten über dieses Thema geführt. Es ist nämlich schon vorgekommen, dass sich die Landesregierung just vor einer wichtigen Landtagswahl mit einem Wirtschaftswachstum in Schleswig-Holstein brüstete und schon wenig später ganz kleinlaut zugeben musste: Ohne den großen wirt-

schaftlichen Erfolg der Kernkraftwerke wäre dieses Wirtschaftswachstum nie zustande gekommen. Insofern begrüßen wir auch den Antrag der F.D.P. Dieses Kapitel gehört unbedingt in diesen Sachzusammenhang mit hinein.

Meine Damen und Herren, es bleibt dabei, Schröder und Trittin haben einen fatalen Atomkompromiss auf der Bundesebene herbeigeführt.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist das!)

Dass die Grünen damit ihre letzte politische Identität in Deutschland aufgegeben haben, muss nicht unsere Sorge sein. Aber es ist und bleibt ein fauler Kompromiss.

(Beifall bei der CDU)

Das Schlimme daran ist: Sämtliche wichtigen Antworten auf die Folgewirkungen, auf die Auswirkungen dieses Beschlusses bleibt Rot-Grün in Deutschland schuldig.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Vielleicht erfahren wir ja von Herrn Möller in seiner Rede schon heute etwas mehr dazu.

Ich fasse kurz zusammen: Endlagerung - wo und wie? Wie viele Zwischenlager an welchen Standorten? Mit welchen Kapazitäten an Atommüll rechnen Sie für einen überschaubaren Zeitraum? Wie lange sollen Zwischenlager an diesen Stätten errichtet werden? Wie steht die Landesregierung überhaupt dazu? Wie halten Sie es mit der Frage künftiger Atommülltransporte in diesem Land?

Wir sind gespannt auf die Antworten, die Sie dazu zu geben haben. Ich bitte Sie, unseren Anträgen sowie den Anträgen der anderen Fraktionen zuzustimmen, damit wir dann, wenn der Bericht gegeben wird, hierüber erneut die Sachdebatte führen können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile das Wort zu ihrem ersten Redebeitrag der Frau Abgeordneten Kockmann-Schadendorf.

(Beifall bei der SPD)

Gudrun Kockmann-Schadendorf[SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gestatten Sie mir am Anfang ein paar persönliche Worte! Ich möchte die CDU-Fraktion bitten, meinem Kollegen, Dr. Graf Kerksenbrock, meine herzlichen Grüße und Genesungswünsche zu übermitteln, in der Hoffnung,

(Gudrun Kockmann-Schadendorf)

dass er bald wieder an den Landtagssitzungen teilnimmt.

(Beifall)

Der Konsens zum Ausstieg aus der Atomenergienutzung wird von meiner Fraktion ausdrücklich begrüßt. Natürlich ist es nur ein Kompromiss,

(Reinhard Sager [CDU]: Und was für einer!)

aber dass sich die Bundesregierung und die Stromversorgungsunternehmen darauf geeinigt haben, die künftige Nutzung der Kernenergie einzuschränken beziehungsweise die Nutzung der Kernkraftwerke zu befristen, ist ein richtungweisendes Signal.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Erste Umfrageergebnisse von „Infratest“ haben gezeigt, dass auch die große Mehrheit der Bevölkerung dies so sieht: 61 % der Bevölkerung bewerten den Konsens als Erfolg. Selbst in den Reihen der CDU-Wähler sind es immerhin 46 %, die dem Konsens zustimmen. Das kann man nicht einfach unter den Tisch kehren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beide Seiten, die Bundesregierung und die Versorgungsunternehmen, müssen daran arbeiten und dazu beitragen, dass der Inhalt der Vereinbarung konsequent und nachhaltig umgesetzt wird. Die erzielte Verständigung ist ein wichtiger Beitrag zu einem umfassenden **Energiekonsens**, der dazu beitragen wird, dass eine umweltverträgliche und wettbewerbsfähige Energieversorgung weiterentwickelt wird. Damit wird ein wesentlicher Beitrag geleistet, um in der Energiewirtschaft eine möglichst große Zahl von Arbeitsplätzen zu sichern.

(Beifall bei der SPD)

Kommen wir zu Schleswig-Holstein! Wir haben Verständnis - wie von Herrn Sager schon angesprochen-, dass sich Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Standorten der **Kernkraftwerke** in Brokdorf, Krümmel und Brunsbüttel Sorgen und Gedanken machen. Nach Alternativen muss gesucht werden, daran werden wir mitarbeiten, und zwar vorrangig.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Zum Beispiel wird das Kernkraftwerk Brunsbüttel als eine der ältesten Anlagen in der Bundesrepublik sicherlich zu einem der ersten Atomkraftwerke gehören, die stillgelegt werden. Nach unserem Willen sollen Brunsbüttel und die Umgebung weiterhin Energiestandort bleiben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Dementsprechend sollen Arbeitsplätze neu geschaffen beziehungsweise bestehende Arbeitsplätze gesichert werden.

(Reinhard Sager [CDU]: Wie denn? - Martin Kayenburg [CDU]: Kohlekraftwerke wollen Sie dann bauen!)

- Das werde ich Ihnen jetzt sagen. Seien Sie doch nicht so ungeduldig, meine Damen und Herren der CDU!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Als eine Alternative könnte man sich durchaus vorstellen - die planerischen Möglichkeiten dafür sind gegeben-, dort ein modernes Kraftwerk mit hohem Energieausnutzungsgrad zu bauen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Mit hohem CO₂-Ausstoß! Umweltschädlich!)

Die zweite Position, die Brunsbüttel betrifft, ist der Bau einer Einbindungsstation für das Seekabel zwischen Deutschland und Norwegen, das so genannte Viking-cable.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das schafft null Arbeitsplätze!)

Drittens wäre es möglich, dass die technische Betreuung des stillgelegten Kernkraftwerkes weitere Arbeitsplätze in diesem Bereich sichert.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Natürlich wird es bei einigen Beschäftigten Umstrukturierungsprobleme geben. Aber schon heute arbeiten in Schleswig-Holstein mehr Menschen in der Windkraftbranche als für Atomkraftwerke.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir halten dies für zukunftsfruchtig. Daher werden wir unseren Weg fortsetzen, **alternative Energien** auszubauen. Nach allem, was wir heute wissen, liegt die Zukunft in den Bereichen Wasserstofftechnologie, Solarenergie, Biomassenutzung und Windkraft,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kernfusion!)

bei Letzterer insbesondere in umweltverträglichen Offshore-Parks. Der Bau dieser Anlagen stellt eine große Herausforderung und Chance für die Schiff-

(Gudrun Kockmann-Schadendorf)

bauindustrie in Schleswig-Holstein sowie in den benachbarten Bundesländern dar.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die SPD unterstützt weiterhin den Ausbau leistungsfähiger Netze in Schleswig-Holstein, damit die dezentrale Einspeisung alternativer Energien gewährleistet ist. Das Ziel ist eindeutig und klar umrissen: eine sichere, umweltverträgliche, effiziente und damit zukunftsfähige Energieversorgung ohne Atomkraft.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch einen berechenbaren und entschädigungsfreien Ausstieg beginnen wir, die nicht zu verantwortenden Risiken der Atomenergie so schnell wie möglich zu beseitigen.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

Für uns gehören Ausstieg und Neuordnung eng zusammen.

Meine Damen und Herren von der Opposition, beteiligen Sie sich an unserem Einsatz für die Gesundheit und das Wohlergehen der Bürger in Schleswig-Holstein!

(Anhaltender Beifall im ganzen Hause)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich gratuliere Ihnen zu Ihrem ersten Debattenbeitrag, der auch noch erfrischend kurz war.

(Heiterkeit)

Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Atomkompromiss ist das Profilierungsprojekt der Grünen im Bund. Dieses Projekt waren Sie Ihrer alternden und schrumpfenden Basis schuldig, Herr Kollege Hentschel. Vergessen ist offensichtlich, dass mehr als drei Viertel der deutschen Bevölkerung für eine Wäternutzung der bestehenden Kernkraftwerke sind

(Lars Harms [SSW]: Was?)

und nur noch 12 % für einen sofortigen **Ausstieg** aus der **Atomenergie** - nachzulesen in der „Welt“ vom 18. April 2000.

Mit gutem Grund steht die Mehrheit der Bevölkerung zu einer Weiternutzung der Kernenergie. Liebe Genossinnen und Genossen, ich habe schon einmal gesagt: Auch hier werdet ihr eure Position revidieren

müssen. Ich bin begeistert, dass der größte aller Bundeskanzler dieses beginnenden Jahrtausends der **Kernfusionsforschung** einen hohen Stellenwert beigemessen und deshalb gerade eine intensivierete Förderung des Bundes zugesagt hat.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Konrad Nabel [SPD]: Das ist technisch etwas ganz anderes! Sie haben doch keine Ahnung!)

- Lieber Konrad Nabel, ich weiß, dass Lehrer alles besser wissen.

(Konrad Nabel [SPD]: Ich habe das zufällig studiert, lieber Wolfgang Kubicki!)

- Aber das mit dem Studium ist schon verdammt lang her. Zwischenzeitlich hat sich die Wissenschaft weiterentwickelt.

Wir haben im Moment keine Alternativen mehr, wenn wir gleichzeitig den Ausstoß von CO₂ begrenzen und unseren Lebensstandard halten wollen. Steigen wir sofort aus der Kernenergie aus, müsste der Ersatzbedarf durch fossile Brennstoffe gedeckt werden. Wind- und Solarenergie sind jedenfalls gegenwärtig noch nicht leistungsfähig genug und ich habe meine Zweifel, ob sie es jemals sein werden. Wer heute einmal von Brunsbüttel nach Meldorf fährt, wird sich vorstellen können, an welche Kapazitätsgrenzen wir beim Aufbau neuer Windenergieanlagen stoßen.

Der **Treibhauseffekt** würde beim Einsatz fossiler Brennstoffe verstärkt. Wir haben gegenwärtig den Zielkonflikt: Entweder Kernenergie und Begrenzung des Treibhauseffektes oder Verzicht auf Kernenergie und Verstärkung des Treibhauseffektes. Diesen Zielkonflikt gibt es übrigens nicht nur bei uns, sondern insbesondere in den Ländern, die aufgrund ihrer hohen Bevölkerungszahl und ihres Wunsches, am Weltwirtschaftswachstum teilzunehmen, auf eine stärkere Energieversorgung als bisher angewiesen sind. Anders, lieber Freund Konrad Nabel,

(Heiterkeit)

könnte ich mir auch nicht vorstellen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Nach Amerika ist alles möglich!)

was ausgerechnet eine rot-grüne Bundesregierung veranlasst haben könnte, mit deutschen Steuermitteln Bürgschaftserklärungen für die Errichtung von Kernkraftwerken in China und an anderen Stätten dieses Globus abzugeben.

(Beifall bei der F.D.P.)

(Wolfgang Kubicki)

Man mag mir ja nicht trauen - dafür habe ich viel Verständnis -, aber im September 1999 haben 570 namhafte Wissenschaftler erklärt, dass die Risiken der Kernenergie denen entsprechen, die man bei einer massiven Ausweitung der Windenergieanlagen vor sich hätte. Das ist übrigens in der „Welt“ vom 30. September 1999 nachzulesen.

(Konrad Nabel [SPD]: Haben Sie noch eine andere Quelle?)

- Ich lese auch andere Zeitungen, aber die Aussagen bleiben ja identisch, auch wenn man verschiedene Zeitungen nimmt.

Man sollte sich vielleicht tatsächlich mit diesen Argumenten namhafter Wissenschaftler auseinandersetzen.

Der Bundeskanzler hat der Verantwortungsethik zu ihrem Recht verholfen und uns vor dem energiepolitischen Irrsinn der Grünen bewahrt. Kommende Generationen werden es ihm danken - übrigens auch durch die Förderung der Forschung in der Kernfusion. Ich habe das bereits angesprochen.

Der **Atomkompromiss**, den wir als F.D.P. ausdrücklich begrüßen,

(Beifall bei der F.D.P.)

regelt augenscheinlich den Ausstieg aus der Kernkraft und den sicheren Betrieb der Kernkraftwerke bis zum geplanten Ausstieg. Die Restlaufzeiten der einzelnen Kernkraftwerke wurden offiziell auf 32 Jahre begrenzt. Wer etwas genauer nachrechnet, weil man ja Stillstandszeit und Reparaturzeiten noch mit einbeziehen muss, ist bei 35 Jahren. Zusätzlich werden Reststrommengen für jedes Kraftwerk festgelegt, die von einem Kraftwerk auf das andere übertragen werden können.

Die Wiederaufbereitung soll bis Mitte 2005 abgewickelt werden. Ab dann soll der Atommüll in erst noch zu schaffenden kraftwerksnahen Zwischenlagern gesammelt und irgendwann direkt endgelagert werden.

Bei alledem soll das Sicherheitsniveau nicht absinken; es soll weiterhin intensiv geforscht werden - nur nicht am potentiellen Endlager Gorleben - und selbstverständlich soll die Beschäftigung nicht leiden.

Die Atomindustrie wird aber ein beschäftigungspolitischer Notfall werden. Die Zahl der Absolventen im Bereich der **Kernphysik** ist so enorm gesunken, dass der Bedarf an qualifiziertem Personal nicht mehr gedeckt werden kann. Das ist übrigens das gleiche Problem, das wir heute in der IT-Branche haben. Heute hat ja Niedersachsen schon erklärt, man wolle die Blue Card auch für Hochtechnologie-Berufe in anderen Zweigen als denen der IT-Technologie einführen.

Es fehlt uns das Humankapital, das für die Forschung und für die Aufrechterhaltung der Sicherheit unbedingt notwendig ist. Die Betreiber werden dieses Humankapital aus dem Ausland importieren. Wie gesagt, eine Blue Card für Kernphysiker!

Die Einwanderer werden unsere Kernkraftwerke staffeln, geforscht wird im Ausland. Ein weiterer Bereich der Hochtechnologie wird aus den deutschen Universitäten vertrieben. Hoffen wir, dass der Atomkompromiss in der von den Grünen gewünschten Form nicht allzu lange Bestand hat. Der „brain drain“ verläuft schnell, der Wiederaufbau nur sehr langsam.

Aber unser Bundeskanzler Gerhard Schröder hat alle entscheidenden Termine so weit nach hinten geschoben, dass in dieser Legislaturperiode kein Kraftwerk mehr stillgelegt werden muss und auch nicht stillgelegt werden wird, wie wir ja von den Atomkonzernen bereits gehört haben.

Die Grünen haben es nicht geschafft, die Gültigkeit der Vereinbarung über diese Legislaturperiode hinaus festzuschreiben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Grünen, Ihren Freunden in Berlin ist ein Anfängerfehler unterlaufen. Jeder weiß, dass Verträge nur dann etwas wert sind, wenn man sie auch durchsetzen kann. Und das ist gerade beim Atomkompromiss nicht geschehen. Die Menschen erkennen das. Deswegen sind am Tage der Verkündung des Kompromisses die Aktienkurse der Energieversorger signifikant gestiegen.

Was sagt uns das? - Zugleich mit der Verkündung fand ein Referendum statt. Die Börse meldete sofort das Ergebnis: 35 Jahre Bestandsgarantie für die Kernkraftwerke. Das Volk ist zufrieden.

(Beifall bei der F.D.P.)

Die Vereinbarung kann jederzeit wieder aufgehoben werden und sie wird wieder aufgehoben, wenn die Grünen nicht mehr am Kabinetttisch sitzen, also spätestens nach der Bundestagswahl 2002. Denn dann sind die drei Regierungsphasen der Grünen im Bund zu Ende: die erste, die letzte und die einzige.

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die F.D.P. begrüßt den Atomkompromiss; er ist der Ausstieg aus dem Ausstieg aus der Kernenergie und erhält Deutschland die Chance auf Nutzung einer wichtigen, sicheren und umweltschonenden Energiequelle.

(Wolfgang Kubicki)

Wir werden die in den Anträgen geforderten Daten brauchen, um später den Erfolg der Kernenergie in Deutschland zu untersuchen. Deshalb unterstützt die F.D.P.-Fraktion alle Anträge.

(Beifall bei der F.D.P. und der Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU] und Klaus Schlie [CDU])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich kann über die Sache, die Sie hier erzählt haben, nicht sehr lachen.

(Lachen bei CDU und F.D.P. - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das müssen Sie auch gar nicht, Herr Hentschel! Die Bevölkerung lacht über Sie!)

- Nein, im Unterschied zu Ihnen, Herr Kubicki, habe ich nämlich unter anderem Atomphysik studiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was haben Sie eigentlich nicht gemacht, Herr Hentschel?)

Ich habe dabei einiges gelernt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Aber nicht genug!)

Trotz aller unterschiedlichen Auffassungen möchte ich zwei gemeinsame Punkte festhalten. Erstens. Wir alle gehen, wenn ich die Parteiprogramme richtig gelesen habe, davon aus, dass die Nutzung der **Atomenergie** nur eine vorübergehende Angelegenheit für einige Jahrzehnte ist. Es ist nur eine einzige Menschengeneration, die von dieser Technologie den zweifelhaften Nutzen haben wird.

Zweitens. Niemand von uns hat bis heute eine Lösung für die **Endlagerung** des radioaktiven Mülls. Insbesondere die Kernbrennstäbe mit Halbwertszeiten von über 20.000 Jahren machen uns allen - wie ich vermute - Sorgen. Denn bis heute weiß niemand, wie es gelingen kann, diese strahlenden Abfälle über Jahrtausende zu kühlen und sicher zu verwahren.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

Wenn so um das Jahr 2020 das letzte Atomkraftwerk in Deutschland abgeschaltet wird, dann werden wir bis dahin in Deutschland etwa 50 Jahre lang zirka 30 % unseres Stroms mit Atomkraftwerken erzeugt haben. Das entspricht im Durchschnitt etwa 10 % unseres Energieverbrauchs oder - anders ausgedrückt - dem

gesamten deutschen Energieverbrauch von etwa fünf Jahren. Wir werden also bei der Vermeidung des Klimaeffektes und beim Übergang auf regenerative Energien durch die Nutzung der Atomenergie etwa fünf Jahre Zeit gewonnen haben.

(Zuruf von der CDU: Das klingt nach Mengenlehre!)

Für diese fünf Jahre Zeitgewinn werden wir bis zum Jahre 2020 etwa 100 t Plutonium produziert haben. Bläst man von diesem Material die Menge einer Fingerkuppe aus einer Müllverbrennungsanlage heraus, dann reicht das, um eine Stadt wie Hamburg für Jahrtausende unbewohnbar zu machen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Um einem Nichtphysiker eine Vorstellung zu geben, wie lange der Abbau dieses Materials dauert, noch ein paar Zahlen: Stellen Sie sich einmal vor, das Material wird in den Salzstock von Gorleben eingelagert. In 100 Jahren werden noch 99,7 % des Materials vorhanden sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was wollen Sie uns damit sagen?)

In 500 Jahren, wenn also noch einmal die Zeit seit der Entdeckung Amerikas verstrichen sein wird, werden noch 98 % des Materials vorhanden sein.

(Martin Kayenburg [CDU]: Und so weiter!)

In 2000 Jahren - also noch einmal die Zeit seit der Geburt Christi - werden es noch 95 % sein und in 10.000 Jahren

(Zurufe von der CDU)

- das ist auch die Zeit, die seit der Eiszeit verstrichen ist -

(Martin Kayenburg [CDU]: Seit der letzten!)

werden noch drei Viertel des Materials in Gorleben lagern.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

- Herr Kubicki, in 25.000 Jahren - das ist auch die Zeit zurückgerechnet, zu der der Homo sapiens die Höhlenmalereien schuf -

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

wird noch immer die Hälfte des Materials in den Behältern im Salzstock ruhen und noch immer - nach 25.000 Jahren - werden die Behälter regelmäßig ausgetauscht und werden die Kühlanlagen durch Roboter

(Karl-Martin Hentschel)

ausgewechselt werden müssen, damit das Material weiter gekühlt wird.

(Klaus Schlie [CDU]: Aber sicher ist, Sie müssen das dann nicht mehr machen! - Konrad Nabel [SPD]: Herr Schlie, nach mir die Sintflut, nicht?)

An der Oberfläche werden immer noch Menschen die Sachen mit Monitoren beobachten müssen, soweit es dann noch Menschen gibt.

Der Energieberater des US-Präsidenten Nixon sagte einmal, für diese Aufgabe müsste man einen Orden gründen - der Vorschlag war ernst gemeint-, eine Art nuklearer Priesterschaft; denn bis heute hätten nur religiöse Orden eine Jahrtausende währende Stabilität gezeigt.

Wenn wir noch weiter schauen, dann werden nach 500.000 Jahren - das entspricht dem Zeitalter, zu dem die Vormenschen lebten - noch 95g vorhanden sein, also genug, um Hamburg 95-mal auszulöschen.

Vielleicht kann dann die ferne Rasse, die dann auf unserem Planeten heimisch sein wird, dieses Kapitel ad acta legen, das Abenteuer einer einzigen Generation in der Menschheitsgeschichte! Und darüber wagen Sie zu lachen. Pfui!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Ich jedenfalls bin entsetzt über die Kurzsichtigkeit und die Technikgläubigkeit, die zu diesem Kapitel der Menschheitsgeschichte geführt hat. Künftige Generationen werden über uns nur noch mit Entsetzen den Kopf schütteln.

Ich bin aber auch sehr froh, dass es gelungen ist, dass Deutschland als erstes Nutzerland aus dieser Technologie aussteigt, und ich bin sicher, dass wir einen Weg beschritten haben, dem alle anderen Staaten in den kommenden Jahren nach und nach folgen werden.

(Reinhard Sager [CDU]: Das glauben aber nur Sie!)

Meine Damen und Herren, der von der Bundesregierung mit den vier größten Energiekonzernen ausgehandelte Konsens schafft die Grundlage, auf der Schleswig-Holstein in den kommenden Jahren Politik machen kann und muss.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie denn?)

Ich bin sicher, dass keine Regierung wieder ein neues Gesetz für den Wiedereinstieg in die Atomenergie beschließen wird, weil sie dafür nämlich keine Mehrheiten findet.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Die Rahmenbedingungen der künftigen Energiepolitik sind gesteckt durch die Liberalisierung des Energiemarktes, durch die Ökosteuer, durch das Energieeinsparungsgesetz, das bereits jetzt einen Boom **inregenerative Energien** ausgelöst hat, durch das Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz, das wir in den nächsten Jahren bekommen werden, und durch die neue Energiesparverordnung, die für das nächste Jahr geplant ist.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

In dieser Situation erwarten wir von der Landesregierung, dass sie sich auf die veränderten Rahmenbedingungen einstellt und Planungen vorlegt, wie die Situation für das Land genutzt werden kann.

In diesem Zusammenhang stellen Sie eine Reihe von berechtigten Fragen, auf die ich eingehen möchte.

(Reinhard Sager [CDU]: Das soll Herr Möller machen!)

Die erste Frage: Führt der Atomausstieg zu mehr **CO₂-Immissionen**? Das ist eine Frage, die Herr Kubicki angesprochen hat. Ich beziehe mich hier auf eine Untersuchung, die die Universität Flensburg im April diesen Jahres vorgelegt hat. Ihre Antwort auf die erste Frage lautet: Nein, er führt nicht zu mehr CO₂-Immissionen. Im Gegenteil, hochgerechnet auf einen Zeitraum von 25 Jahren wird die Zahl der CO₂-Immissionen eher abnehmen, da der Ausstieg aus der Atomenergie zu einer schnelleren Zunahme der Kraft-Wärme-Koppelung und zu einer beschleunigten Einführung regenerativer Energien führen wird.

Zweitens: Führt der Ausstieg zu höheren **Stromkosten**? - Nein - das ist ein erstaunliches Ergebnis, das hat auch mich erstaunt -, im Gegenteil, hochgerechnet auf einen Zeitraum vom 25 Jahren - so die Universität Flensburg - führt der Atomausstieg zu einer beschleunigten Einführung preiswerter Gaskraftwerke als Übergangstrategie und sogar zu einer volkswirtschaftlichen Einsparung von 80 Milliarden DM bis 2025.

Drittens: Führt der Atomausstieg zu einem Verlust von **Arbeitsplätzen**? - Nein, der Atomausstieg führt im Gegenteil zu einer Zunahme von 25.000 Arbeitsplätzen im Vergleich zu einer Fortsetzung der Nutzung der Atomenergie. In Schleswig-Holstein sind diese positiven Auswirkungen sogar erheblich stärker. Schon jetzt beschäftigt die Windkraftbranche in

(Karl-Martin Hentschel)

Schleswig-Holstein doppelt so viele Menschen wie die Atomkraftwerke. Im Jahre 2010 werden in der Windkraftbranche Schleswig-Holsteins mehr Menschen arbeiten als auf den Werften.

Trotzdem werden die Arbeitsplätze nicht automatisch dort entstehen, wo sie verloren gehen. Deshalb muss die Landesregierung eine Strategie entwickeln, wie den lokalen Auswirkungen gegengesteuert werden kann. Wir erwarten, dass sie diese Aufgabe wahrnimmt.

Das größte Problem, vor das uns die Atomwirtschaft in den kommenden Jahren stellen wird, ist die Abwicklung der restlichen Atomtransporte und der Bau von **Zwischenlagern**. Ich sage Ihnen in diesem Zusammenhang gern: Ich hätte mir einen schnelleren Ausstieg gewünscht; ich hätte mir einen Ausstieg gewünscht, ohne dass es zu weiteren Atomtransporten hätte kommen müssen. Aber ich stehe auch zu den notwendigen Maßnahmen, die daraus folgen.

(Klaus Schlie [CDU]: Sehr gut!)

Und ich traue einem rot-grün geführten Atomministerium eher zu, die Sicherheit bei der Abwicklung der Atomenergieanlagen und der Transporte zu gewährleisten, als jedem anderen.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von CDU und F.D.P.: Wir nicht!)

- Herr Kubicki, ich möchte Ihnen noch etwas sagen: Ohne den Widerstand der Anti-AKW-Bewegung und ohne die heftige Kritik von Tausenden von Wissenschaftlern in diesem Land an der Atomindustrie

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

hätten wir heute nicht so sichere Atomkraftwerke, wie wir sie haben.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD und Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

Und Sie können auch sicher sein, dass diese Regierung verantwortungsvoll mit den Informationen über Transporte für abgebrannte Brennelemente umgehen wird.

Herr Sager, deshalb zu Ihrem Antrag: Mich hat die implizite Warnung vor Protesten in Punkt 4 Ihres Antrages doch sehr erstaunt. War es nicht Ihre Partei, die dafür verantwortlich ist, dass Schleswig-Holstein wie kein anderes Land der Erde mit Atomkraftwerken bestückt ist?

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

War es nicht ein von Ihnen gestellter Ministerpräsident, der in diesem Land den Bau der Atomkraftwerke gegen Proteste von Hunderttausenden Menschen durchsetzen ließ?

(Reinhard Sager [CDU]: Das war die Regierung Schmidt!)

War es nicht eine CDU-Regierung, die Tausende von Menschen verprügeln, mit Tränengas besprühen, verhaften und einsperren ließ,

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Widerspruch bei der CDU)

um eine gefährliche Technologie in diesem Land durchzusetzen?

(Klaus Schlie [CDU]: Aber erst, nachdem sie Pflastersteine geschmissen haben! - Martin Kayenburg [CDU]: Herr Hentschel, nehmen Sie sofort Ihre Verleumdung zurück, das ist eine Unverschämtheit! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

Herr Sager, angesichts dieser Geschichte - -

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel - -

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Angesichts dieser Geschichte - -

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Wie viel Polizisten sind denn mit einer Schaufel zusammengeschlagen worden? - Weitere Zurufe von CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Hentschel, ich spreche Sie an. Ich bitte um Mäßigung im Redebeitrag, aber auch in der Reaktion. Dass wir diese Debatte nicht emotionsfrei führen können, ist mir klar. Aber ich bitte um Mäßigung auf beiden Seiten.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Angesichts dieser Geschichte kann ich Ihren Punkt 4, in dem Sie die Regierung implizit vor Protesten warnen, nur als bodenlosen Zynismus werten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]: Den haben Sie doch auch!)

Ein wenig Selbstkritik

(Martin Kayenburg [CDU]: Täte Ihnen gut!)

angesichts der Geschichte der Atomenergie in Schleswig-Holstein und der nicht gerade rühmlichen Rolle Ihrer Partei wäre sicherlich angebracht.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich bin glücklich,

(Günther Hildebrand [F.D.P.]: Das sieht man, dass Sie glücklich sind!)

dass wir hier heute im Landtag über die Abwicklung der Atomenergie und den Einstieg in eine neue Energiezukunft reden können.

(Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident.

Ich bin auf den Bericht der Regierung gespannt und ich bin sicher, dass Schleswig-Holstein auf dem Weg in die Energiezukunft gute Karten hat, die es auszuspielen gilt.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ich bin sicher, dass die Grünen ausgespielt haben!)

Der erste Trumpf in die Zukunft heißt Windenergie, der zweite Biomasse, der dritte Kraft-Wärme-Koppelung, der vierte Energiesparen, der fünfte Offshore, der sechste Passivhaus und der siebte Geothermie. Mit sieben Trümpfen können wir jedes Spiel gewinnen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Sie gerade!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Atomkompromiss vor einigen Wochen war ein Schritt in die richtige Richtung, dessen Auswi-

kungen auf Deutschland und Europa wir wohl erst in ein paar Jahren richtig verstehen werden. Der SSW hat sich seit den sechziger Jahren gegen die Atomenergie ausgesprochen. Für uns war der Ausstieg der einzige Weg; wir wären am liebsten gar nicht erst eingestiegen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Uns ist klar, dass wir den Ausstieg nicht von heute auf morgen erzwingen können. Dies musste die Bundesregierung ebenfalls erkennen, die erst nach langen intensiven Streitereien über den Ausstieg dann doch noch auf einen gemeinsamen Kurs gekommen ist. Danach hat sie es dann nach zähem Ringen mit der Energiewirtschaft geschafft, eine gemeinsame Ausstiegsperspektive zu entwickeln. Und ich finde, das ist erwähnenswert.

Nach der Katastrophe von Tschernobyl ist jedem klar geworden, dass in der Atomenergie ein erhebliches Restrisiko steckt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb bauen wir jetzt auch ein neues!)

Dieses Restrisiko beschränkt sich jedoch nicht nur auf die Gefahr eines Unfalls. Ich möchte auf keinen Fall den Eindruck erwecken, dass deutsche Atomkraftwerke mit osteuropäischen Atomkraftwerken auf eine Stufe zu stellen sind. Das ist mir schon klar. Doch vor einem Unfall sind auch wir nicht gefeit. Über die Unfallgefahr hinaus haben wir ein Entsorgungsproblem. Das wird uns auch immer wieder deutlich gemacht, wenn wir in den Medien verfolgen, wie die bedrohlich wirkenden Castor-Transporte durchs Land rollen. Die Bilder machen immer wieder deutlich, dass derart gesicherte Transportgüter eine enorme Gefahr in sich bergen, eine Gefahr, die für uns immer noch nicht kalkulierbar ist.

Dass heute die Atomtransporte mit einem so hohen Sicherheitsaufwand bewacht werden müssen, ist einer falschen Entscheidung in der Energiepolitik in den sechziger Jahren zuzuschreiben, die wir heute bedauern. Gleichwohl haben wir nun den Ausstiegskompromiss und gleichzeitig auch eine Perspektive. Diese Perspektive gilt es auch den Demonstrierenden zu vermitteln.

Es ist gut, dass die Bundesregierung sich mit der Energiewirtschaft geeinigt hat. Das war ein Auftrag, den die Bundesregierung von den Wählern bekommen hat.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

(Lars Harms)

Und diesen Auftrag hat sie erfüllt.

Im Gegensatz zu Ihnen, Herr Genosse Kubicki,

(Heiterkeit und Beifall bei SSW, SPD und
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

bin ich der Meinung, dass die meisten Umfragen deutlich machen, dass es einen allgemeinen gesellschaftlichen Konsens gibt, nämlich dass die Mehrheit der Bevölkerung die Atomenergie ablehnt und so schnell wie möglich da heraus möchte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt nicht!)

- Das stimmt mit Sicherheit!

Die auf den ersten Blick relativ lange **Laufzeit** der Atomkraftwerke ist sicher erst einmal unbefriedigend. Ich meine, dass ein noch schnellerer Ausstieg früher für Sicherheit gesorgt hätte. Aber wir müssen erkennen, dass wir die Zeit für den Ausstieg auch brauchen. Daher müssen wir die Zeit jetzt nutzen, um die Energieversorgung umzustellen und Energieeinsparungsprogramme zu forcieren. Und Karl-Martin Hentschel hat uns eben mit seinen sieben Punkten dargestellt, welche Chancen sich uns da bieten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit der Ausstieg nicht zu einem Lippenbekenntnis verkommt, brauchen wir **alternative Energieformen**, um keinen Atomstrom importieren zu müssen. Sonst wäre der Ausstieg konterkariert und auch kein richtiger Ausstieg.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Das ist auch kein richtiger Ausstieg!)

Wir haben jetzt den Auftrag, die Zeit zu nutzen, um im Bereich der alternativen Energieformen weiter zu forschen. Weiter müssen wir auch ein Importverbot für Atomstrom schaffen, das auf europäischer Ebene rechtlich abgesichert ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wie wollen Sie das denn machen?)

- Das werden wir ja sehen. Das überlassen wir der Bundesregierung.

Wir wissen, dass Schleswig-Holstein derzeit in der **Windenergietechnik** an vorderster Stelle steht. In diesem Bereich hat Schleswig-Holstein es geschafft, eines der führenden Exportländer zu werden. Und es gilt heute als hochentwickelter Wirtschaftsstandort für diese Branche.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

Ich frage mich: Warum sollen wir nicht auch in anderen alternativen Energieformen die Besten werden? Hierin liegen meiner Meinung nach auch Chancen für unser Land. In diesen Feldern sind wir schon jetzt zumindest besser als manches andere Bundesland.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk
[SSW])

Es nutzt nichts, wenn wir der Atomenergie nachwöhnen. Es gilt vielmehr die Chancen zu erkennen, die sich für unser Land und für unsere Wirtschaft bieten. Daher muss die Landesregierung jetzt beauftragt werden, die Forschung in diesen Bereichen zu unterstützen und für die Zukunft Arbeitsplätze zu schaffen, die ein Ausgleich für Atomkraftarbeitsplätze sein können. Es ist wichtig, dass wir lernen, die Chancen zu sehen. Wir dürfen auf keinen Fall den Fehler begehen, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben und Kohle- und Gaskraftwerke zu fördern. Das wäre ein Schritt, der zur Zerstörung der Ozonschicht und zur globalen Klimaerwärmung beitragen würde. Ein solcher Schritt wäre nicht mit den Zielen der Agenda21 vereinbar. Das wäre zwar kurzfristig nicht so gefährlich wie die Atomkraft. Langfristig aber würden wir ebenfalls Schäden anrichten, Schäden, die für uns heute noch nicht einmal absehbar sind. Es gibt Regionen auf der Erde, die diese Probleme heute bereits zu spüren bekommen. Daher müssen wir in Deutschland und in Schleswig-Holstein eine grundsätzliche Kehrtwende in der Energiepolitik einleiten. Schleswig-Holstein muss die Vorreiterrolle und die Marktführerrolle übernehmen.

Ebenso müssen wir das neue Gesetz für erneuerbare Energien für Schleswig-Holstein nutzen und wir dürfen nicht auf dem alten Stand verharren. Die Landesregierung muss weiterhin die erneuerbaren Energieformen fördern. Es gilt ganz oben mit dabei zu sein, um dann auch erfolgreich exportieren zu können. Hierin liegen für uns noch Möglichkeiten ungeahnten Ausmaßes. Für Schleswig-Holstein sehe ich hierin ähnlich gute Chancen wie seinerzeit bei der Technologieentwicklung in den sechziger und siebziger Jahren in Süddeutschland, durch die aus ländlich strukturierten armen Regionen prosperierende Regionen gemacht worden sind. Diesem Beispiel sollten wir endlich folgen. Wir sollten uns einen Wissensvorsprung gegenüber anderen verschaffen, statt immer nur auf Bayern oder Baden-Württemberg zu schauen und diese Länder aufgrund der damaligen Entwicklung zu glorifizieren. Wir sollten es selbst anpacken und uns selbst aus dem Schlamassel befreien.

Darüber hinaus sollte die Landesregierung dafür sorgen, dass die Standort Schwerpunkte für die neuen Energieformen, wenn es denn möglich ist, an den

(Lars Harms)

ehemaligen AKW-Standorten liegen. Dies wäre meiner Meinung nach sinnvoll, da wir dort die notwendigen Strukturen, alles das, was mit Kabeln und Leitungen zu tun hat, haben, auf die man aufbauen kann, die man erweitern kann.

Aus diesem Grund zielt der Antrag von SPD und Grünen in die richtige Richtung. Wichtig ist, dass die Landesregierung verlässliche Informationen und Auskünfte von den Energiekonzernen dazu erhält, wann welches AKW abgeschafft wird. Hierzu ist zu sagen, dass einfach zu viele Zahlen umherschwirren und dass es mit einer solchen Grundlage derzeit einfach unmöglich ist, eine zuverlässige Planung für die Zukunft zu machen. Es kursieren für die einzelnen Atomkraftwerke in Schleswig-Holstein Laufzeitangaben, die zwischen vier und mehr als 20 Jahren liegen. Die Landesregierung ist auch in der Verantwortung, für Sicherheit zu sorgen. Es geht hierbei um die **Sicherheit** für die Beschäftigten und um die notwendige Planungssicherheit bei der Entwicklung neuer Energieformen.

In der im Antrag der Regierungsfractionen formulierten Frage zur Zwischenlagerung und Entsorgung des Atommülls sind auch die ersten drei Fragen des CDU-Antrages enthalten. Ich gehe daher davon aus, dass diese Fragen im Bericht ausführlich beantwortet werden.

Bei der vierten Frage des CDU-Antrages habe ich allerdings erhebliche Bauchschmerzen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie impliziert, dass man **Transporte** abgebrannter Brennelemente lieber verheimlichen sollte. Das Volk soll von dem Treiben auf den Bahngleisen am besten nichts wissen. Wenn eine Gefahr auf den Gleisen gleich nebenan vorbeirollt, soll die Bevölkerung, die am Bahngleis wohnt, nichts mitbekommen, nach dem Motto: Es wird schon irgendwie gut gehen. Irgendwie kommen wir daran schon vorbei.

Der mündige Bürger soll, wenn es nach dem CDU-Antrag geht, am besten nichts erfahren. Ich frage mich, ob das die so oft geforderte Bürgerbeteiligung ist, die die CDU der Landesregierung so oft abverlangt. Gerade wenn es gefährlich wird, muss die Bevölkerung informiert sein und sie muss das Recht und die Chance haben, sich eine Meinung zu bilden.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel
[SPD])

Dass der SSW diesen Punkt auf keinen Fall mittragen kann, dürfte allen klar sein. Schließlich war es der SSW, der in der letzten Legislaturperiode einen langen

Atem gehabt hat und ein Informationsfreiheitsgesetz auf den Weg gebracht hat.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dieser Punkt des CDU-Antrages steht im völligen Gegensatz zu den Grundgedanken der Informationsfreiheit für die Bürger und lässt sich damit überhaupt nicht vereinbaren. Daher werden wir dem Antrag der CDU in dieser Form nicht zustimmen.

Der SSW würde es begrüßen, wenn bundesweit durch die Regierung eine große Informationskampagne geführt werden würde, die den Ablauf und die Konsequenzen des Ausstiegs vernünftig und lesbar darstellt. Wir halten eine solche Art der Informationsvermittlung für verständlicher und bürgernäher als irgendeine Verheimlichungsaktion, die sonstwo stattfindet.

Unser Fazit zum Ausstieg lautet daher: Es ist - trotz der langen Laufzeiten - ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Für Schleswig-Holstein gilt, dass die sich bietenden Chancen genutzt werden müssen.

Der SSW stimmt dem Antrag von SPD und Grünen und dem Änderungsantrag der F.D.P. zu. Ich freue mich auf einen ausführlichen Bericht, in dem dargestellt ist, welche Auswirkungen der Ausstieg künftig haben wird. Ich bitte darum, über die Tagesordnungspunkte 8 und 12 getrennt abstimmen zu lassen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Mir liegen jetzt noch zwei Wortbeiträge der Fraktionen vor, die zum Teil als Beitrag nach § 56 Abs. 4 angemeldet sind. Ich werde diese beiden Wortbeiträge aufrufen und anschließend die Regierung zu Wort kommen lassen. Zunächst hat Frau Abgeordnete Happach-Kasan das Wort.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kollege Hentschel, ich darf vielleicht darauf hinweisen, dass dies kein Physikseminar ist.

(Beifall des Abgeordneten Reinhard Sager
[CDU])

Es bedeutet eine gewisse Arroganz, wenn Sie unterstellen, dass diejenigen Kolleginnen und Kollegen des Hauses, die für die Nutzung der Kernkraft eintreten, die Zahlen, die Sie uns genannt haben, nicht kennen. Wir sind uns der Tatsache bewusst. Wir beurteilen

(Dr. Christel Happach-Kasan)

allerdings die Möglichkeiten der Risikominimierung anders, als Sie das tun.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Risikospezialist sind Sie, Herr Kollege Hentschel, nicht die anderen. Ich bin es auch ein bisschen leid, von Ihnen Zahlenkolonnen genannt zu bekommen, die man in der Geschwindigkeit, in der Sie sie vortragen, in der Regel kaum nachvollziehen kann und die sich bei späteren Nachprüfungen des Öfteren auch als nicht richtig erwiesen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Vereinbarung wird von Ihnen als Ausstieg bewertet. Für mich ist die Vereinbarung zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen tatsächlich eine Bestandsgarantie für bestehende Kernkraftwerke.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist allen bekannt, dass Kernkraftwerke eine begrenzte Lebensdauer haben. Dazu, wie man sie begrenzt, gibt es einen Vorschlag in der Vereinbarung. Man könnte auch andere Daten nennen. Ich gehe davon aus, dass dies in der zukünftigen Debatte über die Vereinbarung auch passieren wird.

Die Frage der Entsorgung wird von Ihnen immer als ungelöst bezeichnet. Gleichzeitig aber wird in der Vereinbarung anerkannt, dass die bisher gewonnenen Befunde für eine Eignungshöflichkeit des Salzstockes Gorleben außer Frage stehen. Wird Rot-Grün, wenn es denn nicht der Salzstock in Gorleben sein soll, Herr Kollege Hentschel, einen anderen Salzstock, vielleicht in Schleswig-Holstein, als Lösung vorschlagen? Ich würde von der Landesregierung dazu gern eine Auskunft bekommen.

Das von Trittin verkündete Moratorium ist der beschönigende Ausdruck für drei bis zehn Jahre Untätigkeit, erdacht, um den Grünen im Jahre 2002 den Wiedereinzug in den Bundestag zu sichern. Die technischen Möglichkeiten zur Lösung der Entsorgungsfrage werden aus politischen Gründen nicht genutzt; denn sonst ginge ein Argument gegen die Nutzung der Kernkraft verloren.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit; das gilt auch für die rechte hintere Ecke.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Herr Kollege Hopp, das geht von meiner Redezeit ab; das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

In der zwischen der Bundesregierung und den Energieversorgungsunternehmen getroffenen Vereinbarung ist festgelegt, dass die Energieversorgungsunternehmen so zügig wie möglich an den Standorten der Kernkraftwerke oder in deren Nähe Zwischenlager für abgebrannte Brennstäbe einrichten. Im Vorgriff auf diese Vereinbarung und in völligem Einklang mit ihr sind von den drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerken **Zwischenlager** beantragt worden. Energieminister Möller und die Grünen haben dies sofort scharf kritisiert. Ein Zwischenlager beim Kernkraftwerk Krümmel ist kategorisch abgelehnt worden.

Das heißt, die EVUs werden von dieser Landesregierung scharf kritisiert, weil sie ihre Verpflichtungen aus ihrer Vereinbarung mit der Bundesregierung ernst nehmen und sie zügig umsetzen. Gleichzeitig ist die Landesregierung hier gegen die ursprüngliche, von der christlich-liberalen Regierung eingesetzte Möglichkeit der Entsorgung - -

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Frau Abgeordnete, Sie haben die Farbe Gelb verlassen und sind bei Rot gelandet.

(Heiterkeit)

Ihre Redezeit ist vorbei.

Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. - Es ist widersinnig, Herr Kollege Hentschel, die Minimierung von Transporten zu fordern und gleichzeitig dem Kernkraftwerk **Krümmel** zu verweigern, ein Zwischenlager einzurichten.

Ich will noch auf Folgendes eingehen. Wer, wie Sie, „Widerstand vor Ort wird es geben“ - so in den „Keller Nachrichten“ - androht, sollte den Antrag der CDU nicht kritisieren. Er sollte sich auch überlegen, ob er wirklich noch auf der Regierungsbank sitzt oder nicht schon den Weg in die außerparlamentarische Opposition beschritten hat.

(Anhaltender Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es dauert nicht mehr lange!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Wadepful das Wort.

Dr. Johann Wadepful[CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Der Beitrag des Abgeordneten Hentschel, der davon geprägt war, an der Sache vorbeizureden,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da ist was dran!)

veranlasst mich auch noch zu einer kurzen Bemerkung. Was Sie hier zum Einsatz der Polizeibeamten in den siebziger Jahren gesagt haben - in der Tat unter christlich-demokratischer Verantwortung für dieses Land -, war kein guter Beitrag zum politischen Stil in diesem Hause, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

- Ja, das haben Sie so gesagt!

Es ist politisch schon sehr einäugig,

(Ursula Kähler [SPD]: Lesen Sie einmal die Protokolle von damals nach!)

wenn Sie die gewalttätigen Demonstranten, die es auch damals gab, überhaupt nicht erwähnen und nicht bereit sind anzuerkennen, dass die Polizeibeamten heute wie damals in einem rechtsstaatlichen System ihren Dienst tun und dass das ganze Haus gut beraten ist, hinter den Polizeibeamten zu stehen, die nur ihre Pflicht tun.

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ich darf von dieser Stelle auch die verehrten Kolleginnen und Kollegen der sozialdemokratischen Landtagsfraktion daran erinnern, dass unter sozialdemokratischer Verantwortung auf Bundesebene eben all das beschlossen wurde, was hier auf Landesebene - im Übrigen auf vorzügliche Art und Weise durch den damaligen Ministerpräsidenten Gerhard Stoltenberg - umgesetzt wurde.

(Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lars Harms [SSW]: Das ist zu kritisieren!)

- Ja! Das waren 37 erfolgreiche Jahre für unser Land. Das merken die Bürger nach wie vor.

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Herr Hentschel, Sie haben dann gesagt, wir müssten im Einzelfall dort, wo es Probleme gebe und wo Arbeitsplätze verloren gingen, zum Beispiel in Bruns-

büttel - der Kollege Malerius hat leider, wahrscheinlich aus Traurigkeit, den Saal verlassen-, nach so genannten lokalen Lösungen suchen.

Wenn wir das **Kernkraftwerk Brunsbüttel** frühzeitig abschalten, vom Netz nehmen - Sie sind ja nicht bereit anzuerkennen, dass es umfassend modernisiert worden ist-, dann gehen diese Arbeitsplätze verloren. Das müssen Sie zur Kenntnis nehmen.

Wir alle fragen doch: Wer investiert bei den heutigen Energiepreisen, die auf dem Markt auf diesem Kontinent herrschen, in ein neues Kraftwerk? Wer ist denn bereit, dort ein neues Kraftwerk zu errichten? - Eine Kabelstation, die Sie sich an dieser Stelle vorstellen, ersetzt doch verloren gegangene Arbeitsplätze überhaupt nicht. Deswegen sagen wir den Bürgerinnen und Bürgern, deswegen sagen wir den Betriebsräten in Brunsbüttel: Die CDU steht auch an dieser Stelle hinter den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in Brunsbüttel und wird den Energiestandort Brunsbüttel sichern.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der F.D.P.)

Um Ihnen das klar zu sagen: So erfreulich es ist, dass es die Energienutzung im regenerativen Bereich in einem bestimmten Ausmaß gibt: Wir alle wissen doch - Sie selber haben die Liberalisierung angesprochen-, wenn wir den Treibhauseffekt stoppen wollen, wenn wir nicht wollen, dass wir Strom aus Tschernobyl-Kraftwerken bekommen, wenn wir weiterhin eine preiswerte und sichere Energieversorgung in Schleswig-Holstein und in Deutschland wollen,

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

dann sind wir weiterhin darauf angewiesen, die deutsche Kernkraftwerkstechnologie, die die modernste auf der ganzen Welt ist, zu nutzen.

(Glocke des Präsidenten)

Insofern sage ich Ihnen:

(Zuruf der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Verspielen Sie nicht die Zukunft des Landes und hören Sie endlich auf, Ihren alten Projekten aus den siebziger und den achtziger Jahren hinterherzulaufen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter!

Dr. Johann Wadephul[CDU]:

Das ist keine moderne Politik für das Land und deshalb fordere ich Sie auf: Kehren Sie von diesem Weg ab!

(Anhaltender Beifall bei CDU und F.D.P.)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe mehrere angemeldete Beiträge nach §56 Abs. 4 der Geschäftsordnung. Es kommen immer neue hinzu. Ich werde sie nachher aufrufen.

Zunächst hat Herr Minister Möller das Wort.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In der Nacht vom 14. auf den 15. Juni ist es der Bundesregierung gelungen, sich mit der Energiewirtschaft darauf zu einigen, dass die Nutzung der Kernenergie geordnet beendet wird.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Die schleswig-holsteinische Landesregierung begrüßt ausdrücklich, dass damit eine über viele Jahre hinweg äußerst kontrovers - auch in diesem Hause - geführte Diskussion, die auch mit gewalttätigen Protesten und massiven Polizeieinsätzen - Beispiele: Brokdorf, Wackersdorf, Gorleben - verbunden war, hoffentlich zum Abschluss gekommen ist. Die Weichen zur tatsächlichen Realisierung des Atomausstiegs sind im Einvernehmen mit den Energieversorgungsunternehmen gestellt. Der Weg zu einer Neuordnung der Energieversorgung ist eröffnet.

Ich sage hier einmal, an die Opposition gerichtet: Was haben Sie schon für unterschiedliche Positionen eingenommen? - Übergangsenergie!

(Martin Kayenburg [CDU]: Das sagen wir nach wie vor! - Reinhard Sager [CDU]: Sie wollten 1996 ausgestiegen sein!)

Jetzt, da die Atomenergie eine Übergangsenergie ist, befristet ist, sagen Sie: Es geht nicht ohne.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Nein, das sagen wir ja nicht!)

Den Verdacht haben wir schon immer gehabt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben vor zwölf Jahren gesagt, Sie schaffen sie ab!)

Dann sagen Sie es auch offen und ehrlich.

(Klaus Schlie [CDU]: Was war das? Der Versuch von Dialektik? - Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die schleswig-holsteinische Landesregierung hätte sich kürzere Gesamtbetriebs- und daraus resultierende Restlaufzeiten und damit einen schnelleren Ausstieg gewünscht.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bekanntlich haben wir uns für eine maximale **Gesamtlaufzeit** der bestehenden Kernkraftwerke von unter 30 Kalenderjahren ausgesprochen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wer ist denn „wir“? - Martin Kayenburg [CDU]: Er mit den Grünen oder sein Staatssekretär!)

- Wir, die Landesregierung!

Deshalb hat sich auch die Zahl der Sektkorken in Grenzen gehalten, die in die Luft geflogen sind, nachdem der Beschluss gefasst wurde.

Es kommt aber auf den Grundsatz an. Im Vergleich zu den Zeiten, die für technisch machbar gehalten werden - 60 Jahre -, ist das der richtige Weg, wie man aus der Kernenergie aussteigen kann.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und SSW)

Wir haben in langen und vielen kontroversen Diskussionen immer gesagt: Der Schlüssel liegt in der Änderung des Atomgesetzes.

Ich denke, das ist die Konsequenz, dass der Energiekonsens jetzt in geltendes **Atomrecht** umgesetzt wird. Das ist der richtige Weg. Wir werden uns in diese Diskussion einbringen.

(Beifall der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Was bedeutet diese Diskussion und diese Einigung für Schleswig-Holstein und für Norddeutschland? - Bereits einen Tag nach Abschluss der Vereinbarung - das war mehr ein Zufall - haben Herr Voigt und ich ein Gespräch mit dem zuständigen Vorstandsmitglied von PreussenElektra geführt. Wir haben ein Gespräch mit dem HEW-Vorstand geführt. Wir haben in dieser Woche ein Gespräch mit dem niedersächsischen Umweltminister geführt. Darüber hinaus darf ich Ihnen sagen, dass die Ministerpräsidentin die Ministerpräsidenten der norddeutschen Länder und die hier tätigen Energieversorgungsunternehmen eingeladen hat, an die Gespräche von März 1999 anzuknüpfen und zu beraten, wie die Konsequenzen für den norddeutschen Raum aussehen. Ich denke, das ist richtig.

Ich will hier auch folgendes Angebot machen. Wir haben eine große Tradition der Enquetekommissionen. Wir haben gemeinsam beraten, wie eine Ener-

(Minister Claus Möller)

giepolitik in Schleswig-Holstein ohne Kernenergie aussehen kann. Wir haben einen Bericht vorgelegt. Die Enquetekommission hat in großer Einmütigkeit - mit Ausnahme des Konfliktpunktes Kernenergie, ja oder nein - einen Bericht vorgelegt. Ich meine, wir sollten diesen Diskurs wieder aufnehmen. Ich werde die energiepolitischen Sprecher der Fraktionen zu einem solchen Gespräch einladen, um zu erörtern, wie wir das organisieren können.

Eines kann man uns, die wir seit 1988 konsequent gesagt haben, wir wollen aussteigen, nicht vorwerfen: Wir hätten nicht gehandelt. Das Beispiel Windenergie wurde genannt. Wir hatten uns vorgenommen, im Jahre 2010 25 % des hier verbrauchten Stroms durch Windkraft zu substituieren. Dieses Ziel werden wir bereits 2001 erreichen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Diesen Vorwurf kann man uns nicht machen. Wir haben uns rechtzeitig auf den Weg in eine andere Art der Energieversorgung begeben.

(Beifall bei der SPD)

Aufgrund der liberalisierten Marktbedingungen haben sich die Bedingungen aber etwas geändert. Daher müssen wir unser Konzept fortschreiben. Nach wie vor ist die Errichtung eines **Ersatzkraftwerkes** am Standort Brunsbüttel Gegenstand unseres Konzeptes. Die HEW werden sich bis Ende des Jahres dazu äußern müssen. Ob es sich dabei um ein Kohle- oder ein Gaskraftwerk handeln wird, bleibt zu entscheiden. Ich lade Sie herzlich ein, diesen Diskurs gemeinsam mit uns im Lande zu führen.

Heute will ich auf einige konkrete Aspekte, zum Beispiel auf die Frage, wie wir zu Zwischenlagern stehen, eingehen. Ich denke, wir werden im Herbst bei der Beantwortung der Berichtsansträge ausführlich Gelegenheit haben, auch über die energiepolitischen Konsequenzen zu diskutieren.

Der **Beschränkung des Betriebs** bestehender Atomanlagen kommt zentrale Bedeutung zu. Nach der zwischen den Verhandlungspartnern getroffenen Verständigung ist für jede einzelne Atomanlage in Deutschland festgelegt, welche Strommenge - gerechnet ab dem 1. Januar 2000 bis zur Stilllegung - maximal noch produziert werden darf. Die Zahlen sind bekannt. Demnach darf Brunsbüttel noch 47,6TWh, Krümmel 158 TWh und Brokdorf 217 TWh produzieren. In der Umsetzung bedeutet das, dass Brunsbüttel noch bis zum Jahre 2006 betrieben werden kann. Die anderen Kraftwerke können natürlich entsprechend länger produzieren. Das haben wir gewünscht, als wir sagten, aus Gründen der Akzeptanz und um die Ent-

sorgungspläne in den Griff zu bekommen, ist der Einstieg in den Ausstieg mindestens so wichtig wie der Zeitpunkt der Stilllegung des letzten Kernkraftwerks.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich freue mich, dass die Vereinbarung ausdrücklich vorsieht, dass ältere Kernkraftwerke schneller stillgelegt werden können und die anderen dafür gegebenenfalls ein halbes, ein oder zwei Jahre länger betrieben werden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das sind dann aber auch ältere Kraftwerke!)

- Aber nicht so alt! Herr Kubicki, Sie wissen ja fast alles. Über die Mängel älterer Siedewasserreaktoren und den Vergleich mit neueren Druckwasserreaktoren sowie unsere bisherigen Erfahrungen können wir uns gern einmal austauschen.

Ich bleibe dabei: Es ist wichtig, dass die älteren und nicht flugzeugabsturzsischeren Kraftwerke als Erste vom Netz gehen sollten.

(Beifall der Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Das bleibt im Detail zu besprechen. Daher kann ich heute keine Zeitpläne nennen. Ein **atomares Endlager** für hochradioaktiven Müll ist - das stelle man sich einmal vor - weltweit noch nicht vorhanden. Das Endlager, das für Gorleben geplant ist, ist auch heute - nach jahrzehntelanger Erkundungs- und Forschungsarbeit - nicht mehr als ein virtuelles Projekt. Es ist eine Option, die zwar noch existiert, über deren Realisierungsmöglichkeiten aus heutiger Sicht aber wenig Optimistisches gesagt werden kann. Es gibt erhebliche wissenschaftliche Zweifel an der Eignung dieses Salzstocks.

Die Suche nach einem geeigneten atomaren Endlager muss mit Nachdruck vorangetrieben werden. Mit der aus Pressemeldungen bekannt gewordenen Haltung der bayerischen Staatsregierung, gegen das Endlager Gorleben gebe es keine begründeten Bedenken, ist es - so meine ich - so weit nicht her. Das von der Bundesregierung verfügte Moratorium von wenigstens drei Jahren ist konsequent, damit die im Gesamtzusammenhang zu lösenden Probleme abgearbeitet werden können, ohne dass am Standort Gorleben möglicherweise Fehlinvestitionen getätigt werden. Dabei geht es um Millionenbeträge.

(Zuruf der Abgeordneten Roswitha Strauß [CDU])

(Minister Claus Möller)

In der Zwischenzeit werden wir **Zwischenlager** benötigen. Herr Sager, Sie sagen, wie schrecklich diese Zwischenlager sind. Ja, man hat abzuwägen: Will man über Jahrzehnte an der Wiederaufbereitung festhalten, dann brauchen wir weniger Zwischenlager. Ich meine, das ist einer der großen Fortschritte dieses Energiekonsenses: Die Wiederaufarbeitung wird in spätestens fünf Jahren beendet.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Als wir vor einigen Jahren veröffentlicht haben, dass wir die schleichende Verstrahlung der Nordsee, der Irischen See durch Wiederaufbereitungsanlagen gesehen haben, hat man uns verlacht. Heute sind diese Unterlagen Gegenstand hochpolitischer Beratungen der Umweltminister der Nordseeanrainerstaaten. Das ist ein Problem. Wer aus der Wiederaufarbeitung aussteigen will - und das ist gut so -, der muss sich auch zur Zwischenlagerung bekennen.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Eine Zwischenlagerung bedeutet nun auch einmal die Bereitstellung von Abklingbecken für dreißig Jahre. Dafür gibt es ein Konzept. In Norddeutschland gibt es auch Zwischenlager. Unsere Kernkraftwerke haben Verträge mit Gorleben und Ahaus. Ich war einer der Ersten, die sich zu dezentralen Zwischenlagern bekannt haben, um Transporte - mit den damit verbundenen Gefahren - zu minimieren. Genauso aber sage ich: Es muss nicht an jedem Kraftwerksstandort in Schleswig-Holstein ein Zwischenlager gebaut werden. Ich appelliere zunächst auch an die Verantwortlichen im süddeutschen Raum, die die meisten Kernkraftwerke haben, aber überhaupt nicht bereit sind, an einem Entsorgungskonzept mitzuarbeiten, und alle Zwischenlager nach Norddeutschland verlagern wollen. So geht es natürlich nicht!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir bekennen uns dazu, dass wir in diesem Rahmen auch Zwischenlager brauchen. Drei Zwischenlager wurden beantragt. Die Dimension des Zwischenlagers in Brunsbüttel reicht aus, um den Müll aller drei Kernkraftwerke Schleswig-Holsteins für die Restlaufzeiten, die jetzt vereinbart wurden, aufzunehmen. Die Lager sind überdimensioniert.

(Martin Kayenburg [CDU]: Ist das kein Tourismus?)

- Ganz ruhig, vielleicht sind Sie die Letzten, die nach drei Zwischenlagern rufen. Wir sind mit unseren Gesprächen mit den Betreibern und dem Bundesumwelt-

minister weiter, als Sie glauben. Ich sehe keine Notwendigkeit für drei Zwischenlager. Wer einmal an Diskussionen am Standort Geesthacht teilgenommen hat, der weiß, dass wir dort neben dem Kernkraftwerk noch die GKSS haben. Außerdem haben wir dort bereits ein Zwischenlager für Abfälle aus Nichtkraftwerken. Dieser Standort ist noch geprägt von den Leukämiefällen und ich denke, dieser Standort hat - was die Entsorgung angeht - seine Pflicht wirklich getan. Daher plädiere ich für ein vernünftiges „burden-sharing“.

(Martin Kayenburg [CDU]: Blödsinn!)

Auf die Frage der **Transporte** und die Abwägung, ob diese öffentlich bekannt gemacht werden oder nicht, möchte ich nicht weiter eingehen. Das öffentliche Interesse an der Frage, wann Transporte stattfinden, ist abzuwägen. Das heißt jedoch nicht, dass man möglichen Demonstranten auf die Minute genau im Vorwege sagt, wie die Fahrtroute ist. Ich denke, unter den jeweiligen Sicherheitsgesichtspunkten wird diese Frage von den Behörden abzuwägen sein. Ich hoffe natürlich, dass dann, wenn sich zeigt, dass wir wirklich aussteigen wollen, Widerstände gegen erforderliche Transporte steigender Akzeptanz weichen.

(Vizepräsident Thomas Stritzl übernimmt den Vorsitz)

Sie sollten sich überlegen, wo Sie stehen und ob Sie diesen Diskurs mittragen wollen. Wenn Sie dazu stehen, dass Sie - wie Sie es hier immer gesagt haben - die Kernenergie als eine Übergangsenergie sehen, dann sollten Sie mit uns gemeinsam daran arbeiten, die Energieversorgung Schleswig-Holsteins und Norddeutschlands nach dem Auslaufen der Kernkraft in zirka zehn Jahren konstruktiv zu gestalten.

Sie sollten bei diesem wichtigen gesellschaftlichen Problem der sicheren und umweltgerechten Gestaltung unserer Energieversorgung nicht die ewig Gestrigen sein. Sie waren es schon bei der Green Card, Sie sollten es nicht bei der Energieversorgung bleiben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Ritzek das Wort.

Manfred Ritzek [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Energiepolitik ist eigentlich eine übernationale Politik, also eine Europapolitik, zumindest eine nationale Politik. Es ist also nicht ganz einfach, den Ausführungen und Zahlen zu folgen, wenn wir uns ausschließlich auf Schleswig-Holstein konzentrieren.

Ich möchte nicht auf den Horrorbeitrag von Herrn Hentschel, sondern auf zwei Aussagen der Vorredner eingehen, und zwar auf eine von Frau Kokmann-Schadendorf und eine von Herrn Harms.

Ich weiß nicht, ob diese beiden Kollegen wissen, wie groß der Energiebedarf in Deutschland ist und welchen Anteil die erneuerbaren Energien haben. Heutzutage ist das nämlich eine sehr verschwindend kleine Zahl. Wir haben in Deutschland einen Energiebedarf von etwa 485 Millionen t Steinkohleeinheiten, davon einmal gerade 2,4 % an erneuerbarer Energie,

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- lassen Sie mich weitersprechen, ich habe nur drei Minuten Zeit - nämlich Biomasse, Wind, Solar und Wasser.

Die neueste Energieprognose der ESSO-AG - eine hervorragende Prognose, was sich auch in den vergangenen Jahren gezeigt hat - geht bei einem Rückgang der Stromversorgung von den Kernkraftwerken davon aus, dass die erneuerbaren Energien in 20 Jahren einen Anteil von 6 % einnehmen werden. Das ist verdammt wenig.

Der Rückgang der Kernkraftwerke an der Stromversorgung wird bei etwa 30 Millionent Steinkohleeinheiten liegen, das heißt, die Energieversorgung durch Kernkraftwerke von heute in Höhe von etwa 65 Millionen t Steinkohleeinheiten wird auf etwa 33 Millionen t Steinkohleeinheiten zurückgehen. Diese 30 Millionen t werden zu etwa 12 Millionen durch zusätzliche Energielieferungen aus erneuerbaren Energien gespeist. Es bleibt also eine **Deckungslücke** von etwa 20 Millionen t Steinkohleeinheiten pro Jahr.

Sie haben gesagt, Herr Minister, dann bauen wir wieder ein neues Kraftwerk in Brunsbüttel, basierend auf Naturgas oder auf Kohle.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht die GMSH!)

Das sind ja ebenfalls fossile Brennstoffe, die uns wieder daran hindern, die Auflagen der Kyoto-Konferenz von 1997 zu erfüllen. Irgendetwas stimmt da nicht. Sie müssen ja den Energiebedarf irgendwoher bekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Hentschel, seien Sie doch einmal still!

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie verstehen von der Sache nichts! - Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Herr Harms, ich zitiere Sie einmal:

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Mit dieser Trompetenpolitik hören Sie einmal auf, Herr Hentschel! - Was die Möglichkeiten ungeahnten Ausmaßes an erneuerbaren Energien anbelangt, haben Sie da von einer Steigerung von 2 % auf 6 % oder von der Solarenergie gesprochen? Dann müssten Sie nach Aussagen des VDI in den nächsten 50 Jahren jeweils 70 Milliarden DM ausgeben. Das sind die Zahlen, die im Raume stehen. Ich weiß nicht, was Sie meinen. Verstehen Sie unter ungeahnten Möglichkeiten die Steigerung von 2 % auf 6 % oder meinen Sie die Solarenergie verbunden mit Sauerstoffenergie?

(Zuruf des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Also bitte, Sie brauchen moderne Kernkraftwerke, sonst können Sie alle die Daten, die Sie hier vorgeben, nicht erfüllen!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herr Abgeordneter Weber.

(Jürgen Weber [SPD]: Ich verzichte! - Lothar Hay [SPD]: Sehr gut!)

Dann erteile ich zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Zweiter, dritter Versuch!)

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich verzichte auf ein ausführliches Eingehen auf Ihre Rechnung. Ich kann Ihnen einmal eine Studie dazu geben, wie die Umstellung der Energiewirtschaft in Deutschland in 50 Jahren gestaltet wird.

(Karl-Martin Hentschel)

Nur eine Bemerkung zu Ihrer Rechnung: Die gesamte Kernenergie Deutschlands macht 12 % der Energieerzeugung aus. Das bedeutet, wenn Sie 100% mit Kernenergie versorgen wollten,

(Zurufe von der CDU)

müssten Sie die Zahl der Atomkraftwerke fast verzehnfachen. Das nur zu Ihrer Kenntnis.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Abgeordneter Hentschel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Ritzek?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja!

Manfred Ritzek [CDU]: Ich kann es nur bestätigen. Herr Hentschel hat die richtige Zahl genannt. Von 485 Millionen t Steinkohleeinheiten macht die Kernkraft heute etwa 62 Millionen t aus. Absolut richtig, 12 %.

(Heiterkeit im ganzen Haus)

- Damit wollen Sie den CO₂-Ausstoß vermeiden. Das ist erstaunlich!

Ich möchte auf Herrn Wadephul eingehen.

(Unruhe)

Ich habe großen Respekt vor der Arbeit der Polizeibeamten, die nicht immer einfach ist. Ich habe keinen Respekt vor einem Ministerpräsidenten, der seine Beamten dazu nutzt, eine Politik durchzusetzen, die von Hunderttausenden abgelehnt wird.

(Klaus Schlie [CDU]: Fangen Sie doch nicht noch einmal damit an!)

Wer die Polizei für politische Auseinandersetzungen missbraucht, schadet dem Rechtsstaat.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Konrad Nabel.

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt zwei Dinge anzumerken: Das sind zum einen die Argumente von Herrn Hentschel, die Sie hier nicht auf-

genommen haben, nämlich die wissenschaftlichen Berechnungen über die Halbwertszeit. Sie haben sich nur über das aufgeregt, was er nach meinem Dafürhalten zu Recht der damaligen Landesregierung vorgeworfen hat. Er hat nicht gesagt, die Polizisten! Ich gehe darauf gleich noch einmal ein.

Die Landesregierung in Schleswig-Holstein hat in den siebziger Jahren das, was aus der Bundespolitik kam, anders als andere Bundesländer umgesetzt. Hier wurde das mit Wasserwerfern und Knüppeln umgesetzt. Hier im Land entstanden **Bürgerkriegszenarien**

(Widerspruch bei der CDU)

mit dem Versuch, die gesamte Anti-AKW-Bewegung zu kriminalisieren. Das ist der Punkt, den Herr Hentschel angesprochen hat.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] - Widerspruch bei der CDU)

Ich habe während dieser Demonstrationen - und andere auch - mit den Polizeibeamten geredet.

(Klaus Schlie [CDU]: Das merkt man!)

Sie waren nicht damit einverstanden, dass sie tun mussten, was sie taten. Gott sei Dank ist das heute etwas anders.

Zum anderen möchte ich auf den Aspekt der neuen Energiepolitik in der Zukunft eingehen. Ihr verschwundener Kollege Ritzek hat das ja noch einmal bestätigt. Wenn Sie von 12 % des gesamten Energiebedarfs - nicht von Strom ist die Rede - ist er wieder da? - -

(Zuruf: Nein!)

- Na gut. Wenn Sie von 12 % des gesamten Energiebedarfs reden, müssen Sie alle Energieformen und alle Energieverbrauchsbereiche aufnehmen. Wenn Sie wollen, dass weniger CO₂ erzeugt wird, müssen Sie Ihr Verkehrsverhalten ändern. Es dürfen nicht mehr so viele Lkws auf der Straße fahren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Klaus Schlie [CDU]: Das müssen Sie mit Ihrem Auto gerade erzählen!)

Wir müssen zu einer höheren Effizienz in der Ausnutzung der Energie kommen

(Klaus Schlie [CDU]: Aber Sie haben das größte Auto!)

- Herr Schlie, davon haben Sie leider keine Ahnung!

Wir müssen die Kraft-Wärme-Koppelung ausbauen, weil nur so die **höchstmögliche Energieeffizienz**

(Konrad Nabel)

möglich ist. Gleichzeitig müssen wir unseren Hochmut gegenüber den Ländern aufgeben, in denen der Energiestandard nicht so hoch wie in der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

All das spricht dafür, in der Bundesrepublik auf der einen Seite technisch einen geringeren Energieverbrauch zu erzeugen und auf der anderen Seite Lebensbedingungen zu schaffen, die dazu beitragen, dass wir mit weniger Energie auskommen. Wir müssen eine gewisse Suffizienz neben die Effizienz stellen.

Ein letzter Punkt: Wenn Sie hier beklagen - Herr Ritzek hat das ja getan -, dass es 70 Milliarden DM kosten würde, wenn wir die Solarenergie ausbauen, dann kann ich dazu nur anmerken: Anders als die Kernenergie ist die Solarenergie und das, was genutzt werden kann, ein riesiger Massenmarkt.

Meine Damen und Herren, die Sie immer von der Marktwirtschaft reden und selbst nicht bemerkt haben, wie die Preise im Bereich der Solarenergie in den letzten Jahren gepurzelt sind: Wenn wir in den vergangenen 20 Jahren dreistellige Milliardenbeträge nicht in die Kernkraftforschung, sondern in die Erforschung alternativer Energien gesteckt hätten, könnte sich heute jeder ein Solardach leisten.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Herr Abgeordneter Wolfgang Kubicki.

(Konrad Nabel [SPD]: Mein Freund Wolfgang! - Beifall bei der F.D.P.)

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn hier alle von ihren Kriegserlebnissen berichten, will ich das auch tun. Auch ich habe in den siebziger Jahren an Brokdorf-Demonstrationen teilgenommen. Auch ich bin von einem Wasserwerfer erwischt worden,

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Ich kann in Maßen einen Teil der Kritik, die mein Freund Konrad Nabel hinsichtlich der siebziger Jahre angemerkt hat, nicht nur teilen, sondern auch nachvollziehen. Es war tatsächlich eine Phase, in der die rechtsstaatlichen Bedingungen, von denen Sie geredet

haben, Herr Kollege Wadephul, noch nicht so weit verbreitet wie heute waren.

(Lothar Hay [SPD]: Gut! - Beifall bei F.D.P., SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist wirklich wahr - und zwar auf allen Seiten.

(Heiterkeit bei der CDU)

Trotzdem ist es so, dass die letzten großen Demonstrationen, Herr Kollege Hentschel, bei denen es auch zu wirklich gravierenden Übergriffen auf Polizeibeamte gekommen ist, bei denen es zu Verletzungen des Demonstrationsrechts gekommen ist und bei denen Grüne eine unsägliche Rolle gespielt haben, in Gorbun unter der Ägide eines Ministerpräsidenten Schröder - Sozialdemokrat - stattgefunden haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Auch da werden Sie - das gebe ich jetzt einmal in Ihre Reihen zurück - immer noch die Frage klären müssen, wie Sie es mit Ihrem rechtsstaatlichen Verständnis halten, beispielsweise mit der Zerstörung von Forschungseinrichtungen, wenn einem die Richtung nicht lieb ist. Aber das ist jetzt ein anderer Punkt.

Herr Kollege Nabel, lieber Herr Finanzminister - Energieminister -, was mich die Sache so relaxed sehen lässt, ist die Tatsache, dass vieles von dem, was Sie sich wünschen oder früher gewünscht haben, an den Realitäten der wirklichen Welt schlicht und ergreifend zerplatzen wird. Wir werden feststellen, Herr Kollege Harms, dass es unmöglich sein wird, einen Stopp von **Atomstromlieferungen** festzulegen. Nicht nur technisch ist das schlicht unmöglich, weil Sie gar nicht differenzieren können, woher Strom, der durchgeleitet wird, kommt; es wird auch europarechtlich gar nicht möglich sein, weil sich unsere französischen Waffenbrüder das Recht ausbedungen haben und darauf bestehen, dass ihre Strommengen überall hin transportiert werden können, wohin sie transportiert werden sollen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Selbstverständlich wird es - es besteht auch eine Vereinbarung mit der Ukraine - ukrainischen Atomstrom geben, der deutsche Haushalte erreichen wird - nicht nur deutsche Unternehmen-, und dann werden wir es erleben, wie die Liberalisierung des Marktes mit einigen Vorstellungen des vergangenen Jahrhunderts schlicht Schluss machen wird wie in anderen Bereichen auch.

(Lars Harms [SSW]: Bei voller Liberalisierung!)

(Wolfgang Kubicki)

Herr Finanzminister, ich habe es Ihnen schon einmal gesagt: Sie werden sich noch umgucken, was mit der Windenergieförderung, den Windkraftanlagen und den Windmüllern geschieht, wenn die Stromeinspeisungsvergütung im Jahre 2005 europarechtlich europaweit fällt, wenn Sie keine Subventionierung in diesem Bereich mehr vornehmen können. Ich wage einmal die Prognose, dass einige angesichts der Prognosen, die Sie abgegeben haben, und der Marktdaten, die dann existieren, ökonomisch ziemlich alt aussehen werden. Warten wir es doch einfach einmal ruhig und relaxed ab.

Was ich Ihnen aber vorhalten will, ist die Tatsache - deshalb bin ich politisch gut davor -: Sie - damit meine ich die Sozialdemokraten und vor allen Dingen die Grünen - haben sich aufgeblasen wie nichts Gutes, wie ein großer Luftballon, und jetzt hat man Ihnen die Luft herausgelassen. 1987 haben Sie erklärt: Binnen vier Jahren werden die Kernkraftwerke in Schleswig-Holstein stillgelegt! Die Grünen haben dauernd von einem „sofortigen Ausstieg“ gesprochen und sie können uns heute noch nicht einmal sagen, wann überhaupt eines der Kernkraftwerke abgeschaltet wird. Das nenne ich eine glorreiche politische Lästung;

(Beifall bei der F.D.P.)

das hätten wir als F.D.P. auf jeden Fall mit Sicherheit nicht schlechter gemacht als Sie, wahrscheinlich sogar besser.

(Beifall bei der F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die F.D.P. hätte einen Atomausstieg gemacht?)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt der Herr Abgeordnete Reinhard Sager.

Reinhard Sager [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zu der zum Teil wirklich hasserfüllten Rückbetrachtung,

(Widerspruch bei der SPD)

die die Kollegen Nabel und Hentschel hier in Bezug auf die siebziger Jahre vorgeführt haben, kann man doch nur sagen: Wie tief muss bei Ihnen eigentlich der Frust darüber sitzen, dass SPD-geführte Landesregierungen nicht das tun, was Sie sich 1968 erträumt haben, liebe Kolleginnen und Kollegen. Wie tief muss der Frust bei Ihnen eigentlich sitzen!

(Beifall bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Nun zu Ihnen, Herr Möller: Es ist einfach nicht akzeptabel, wie Sie hier versuchen, es als Kinkerlitzchen abzutun, dass die rot-grüne Bundesregierung aus dem **Entsorgungskonzept** Gorleben aussteigen will, ohne den Bürgerinnen und Bürgern in diesem Land auch nur annähernd eine gesicherte Alternative anbieten zu können. Das ist doch der Skandal!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dann sagen Sie hier: Welch ein großer Fortschritt für künftige Generationen; wir steigen endlich aus der Wiederaufbereitung aus! Und als Alternative bieten Sie den Menschen an: Jetzt habt ihr auch noch ein Zwischenlager - ich sage in Klammern dazu: ein künftiges Endlager - zu Hause in eurer Gemeinde! Das nennen Sie Fortschritt, Herr Möller? Ich freue mich darauf, wie Sie die Diskussion in den Standortgemeinden - das werden Sie ja tun - führen werden, um die Bürger in Ihre Überlegungen mit einzubeziehen. Bei diesen Diskussionen vor Ort von Brunsbüttel bis Geesthacht wünsche ich Ihnen viel Vergnügen. Wenn Sie erklären, Geesthacht habe seine Schuldigkeit schon erfüllt, dann kann man doch nur sagen: Wonach geht das denn? Geht das nach Goodwill oder geht das nach sachlichen Notwendigkeiten von Lagerkapazitäten?

(Zuruf des Abgeordneten Lothar Hay [SPD])

Das ist doch kein Konzept, was Sie hier demonstrieren; das ist doch Hilflosigkeit.

(Beifall bei der CDU)

Dann wird es schließlich richtig drollig - ich könnte auch sagen: dreist! -: Da mahnen Sie bei der CDU an, wir müssten doch eine kontinuierliche Linie in unserer Energiepolitik verfolgen und wir hätten möglicherweise einmal unsere Position gewechselt. Sie verantworten seit der Zeit von Jansen und Engholm die größte Atomausstiegslüge in diesem Land Schleswig-Holstein, Herr Möller!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Da stellen Sie sich hier hin und fragen nach unserer Position! Das geht doch wirklich nicht mehr auf die berühmte Kuhhaut. Da fragen Sie nach unserer verlässlichen Linie. Sie versuchen hier, einen angeblichen Kompromiss, ein faules Ei, das Schröder und Trittin dort gebacken haben, zur Beruhigung der Klientel von Leuten wie Herrn Hentschel, die nur dazwischenbrüllen können, zu verkaufen.

(Beifall bei CDU und F.D.P. - Widerspruch bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist doch das Thema, das Sie hier vorgeführt haben. Da kommen Sie und fragen nach unseren Pos-

(Reinhard Sager)

tionen - und Sie verantworten die größte Ausstiegslüge in diesem Land.

Dann möchte ich Ihnen noch etwas sagen; Sie haben das ja selbst in Ihrer Rede erwähnt, Herr Energieminister. Die **Öffnung des Strommarktes** hätten wir mit der SPD bis heute noch nicht. Sie haben sie auf der Bundesebene bekämpft und Sie wollten sogar - ebenfalls eine Lüge des letzten Bundestagswahlkampfes - die Politik von CDU und F.D.P. 1998 wieder rückgängig machen, wenn Sie die Bundestagswahl gewinnen würden, haben Sie erklärt. Das Gegenteil haben Sie getan. Jegliche Versuche - auch aus diesem Land, auch von den Mehrheitsfraktionen-, nach 1998 etwas an der Liberalisierung des Strommarktes zu ändern, haben der Wirtschaftsminister Müller und haben der Kanzler Schröder bis zum heutigen Tage mit Fug und Recht abgelehnt und haben Sie ins Leere laufen lassen. Das ist doch die Wahrheit.

Das zu Ihrer atompolitischen Linie!

(Lebhafter Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat jetzt Frau Anke Spoorendonk.

(Anhaltende Unruhe)

- Ich bitte um etwas Aufmerksamkeit für die Rednerin.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich finde ja ebenfalls, dass diese Debatte Spaß macht. Aber wenn ich mir die Argumente des Kollegen Kubicki anhöre und die des Kollegen Sager, dann ist mein Kommentar: So what? Denn was schlagen Sie vor? - Nichts, nichts, nichts!

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Sie sagen - das ist ja auch Logik für Fortgeschrittene -:

(Heiterkeit bei der SPD)

Bringt nichts! Was hier jetzt als Konzept in Sachen Atomausstieg vorliegt - bringt nichts!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wir begrüßen das ausdrücklich!)

Wir importieren ohnehin Atomstrom aus der Ukraine. Bringt nichts!

Gefragt wird: Welches Konzept hat man denn in Schleswig-Holstein? Also unterm Strich betrachtet: Belassen wir es alles so, wie es ist! - Das, liebe Kolle-

ginnen und Kollegen, ist **Betonpolitik**; das ist wirklich Betonpolitik.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus möchte ich dann auch noch einmal in aller Ruhe hinzufügen: Ich denke, wir sitzen hier, um etwas zu bewegen, zu gestalten, zu verändern. Sonst könnten wir ja alles der Wirtschaft überlassen.

(Konrad Nabel [SPD]: Bloß nicht!)

Das muss ja eigentlich die Konklusion der verschiedenen Beiträge sein. Das heißt, wir wollen also in einer Gesellschaft leben, in der wir alles der Wirtschaft überlassen? Prost Mahlzeit, wenn das die Konklusion sein sollte!

Eine letzte Bemerkung, weil auch hier noch einmal die **Situation in den siebziger Jahren** angesprochen wurde. Ich kann mir nicht verkneifen aufzugreifen, was die Kollegin Kähler sagte. Lesen Sie, Herr Dr. Wadephul, doch noch einmal die Debatten aus dem Landtag nach. Es gab Landtagskollegen - ich war nicht dabei, weiß das aber-, die hier waren, die über Atomenergie debattieren mussten und ihre Kinder demonstrierten vor Brokdorf. Sie fühlten, dass die sich nicht mehr von diesem Parlament vertreten fühlten. Das ist die Situation.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Bitte unterlassen Sie es doch, hier so eine Rückmarktdiskussion zu führen. Wir leben in einem Rechtsstaat. Dazu stehen wir. Aber die Situation in den siebziger Jahren war anders.

Eine letzte Bemerkung zu dem CDU-Antrag, weil ich gerade etwas über Rechtsstaatlichkeit gesagt habe: Ich finde, man sollte sich den Punkt 4 aus dem Berichtsantrag einmal auf der Zunge zergehen lassen.

(Reinhard Sager [CDU]: Nein, das ist eine Frage!)

- Na gut, fragen kann man immer, aber das, was hinter der Frage steckt, ist doch eine Aussage. Gefragt wird, ob es denn okay ist, dass man jetzt der Öffentlichkeit nicht mehr mitteilt, wann denn jetzt die Transporte abgebrannter Brennelemente stattfinden sollen. Was ist das für ein Gesellschaftsverständnis!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da hast du Recht!)

(Anke Spoorendonk)

Ich hoffe nicht - da gucke ich der F.D.P. in die Augen -; dass ihr das mittragt.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Möller.

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Herr Stadtpräsident!

(Heiterkeit, Beifall und Zurufe)

- Das ist die alte Kieler Verbundenheit. - Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wenn jemand konsequent den **Ausstieg** gefordert hat, dann waren es die schleswig-holsteinische SPD und die Landesregierungen seit 1988. Sie können uns ja vorwerfen, wir hätten uns die Messlatte zu hoch gesetzt, dass wir den Ergeiz hatten, es schneller zu schaffen. Das wollten wir auch.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie wissen doch gar nicht, wo die hängt! Das ist das Problem!)

Da sind wir auch an Grenzen gestoßen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie sind darunter her gesprungen!)

Aber uns jetzt vorzuwerfen, dass man nach dem Atomgesetz und mit der Energiewirtschaft selbst ansteigen will, wäre nicht konsequent.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, wann denn?
- Frauke Tengler [CDU]: Aha! - Unruhe)

- Das ist immer unser Ziel gewesen und das wird jetzt im Atomgesetz festgeschrieben.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Eben nicht!)

Es ist Ihr Problem, dass Sie je nach Opportunismus und Stimmungslage draußen gesagt haben: „Eigentlich wollen wir ja auch“, oder von einer Übergangsenergie gesprochen haben und jetzt sagen, dass es ohne Kernenergie nicht geht. Sagen Sie das! Das ist sicherlich eine Position. Wir sagen ehrlich: Wir wollen so schnell wie möglich raus.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Das sagen Sie seit 13 Jahren!)

Wir hätten uns gewünscht, dass es schneller geht. Herr Sager, pharisäerhafter als Sie kann man gar nicht argumentieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Sie haben noch nicht in den Spiegel geguckt!)

Es ist richtig: Es ist ein Skandal - das habe ich gesagt -, dass wir weltweit kein funktionierendes **Endlager** haben. Jede Tankstelle, die nicht weiß, wohin mit dem Altöl, wird dichtgemacht, während sich die Kernkraftwerke weltweit entweder mit der Wiederaufarbeitung oder mit Zwischenlagern behelfen oder Endlager erkunden. Herr Sager, ich möchte einmal wissen, was hier wohl los gewesen wäre, wenn die rot-grüne Bundesregierung gesagt hätte: Wir nehmen das nicht gelöste Problem der Endlager zum Vorwand und schalten die Kernkraftwerke sofort ab. Ich möchte einmal wissen, wie Sie da argumentiert hätten. Scheinheiliger geht es gar nicht, wie Sie hier argumentieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Minister Möller, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie:

Nein, ich möchte noch einen Gedanken zu Ende bringen.

Der letzte Punkt betrifft die Frage der **Liberalisierung**. Sie behaupten, wir seien nicht für die Liberalisierung gewesen.

(Reinhard Sager [CDU]: Die haben Sie immer bekämpft!)

Wir standen an der Spitze der Bewegung.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

Aber um genau das zu verhindern, was Sie hier jetzt mit Krokodilstränen beschwören, haben wir gesagt: Solange die Franzosen nicht bereit sind, ihren Markt zu öffnen, sind wir - umgekehrt - der Meinung, dass wir faire Durchleitungsbedingungen haben müssen und für regenerative Energien und Kraft-Wärme-Kopplung europaweit und bundesweit selbstverständlich Vorrangregelungen brauchen. Das haben wir gesagt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Klaus Schlie [CDU]: Aber, aber, aber!)

Das hat die rot-grüne Bundesregierung mit einem neuen **Energieeinsparungsgesetz** durchgesetzt.

(Minister Claus Möller)

Morgen werden wir eine **Biomasseverordnung** beschließen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Fünf Jahre!)

Diese **Vorrangregelungen** sind jetzt da. Jetzt wird gesagt, die EU mache nicht mit. Sie sind in Kraft und sie sind wichtig. Wir haben den Beweis angetreten. Wir sind ein Land, das etwa 12 TWh Strom verbraucht und 27 TWh Strom erzeugt. Wir sind ein Stromexportland. Schon in unserem **Energiekonzept 2010** haben wir nachgewiesen - auch ohne Kernenergie -: Wenn man konsequent auf regenerative Energie, auf Energiesparen, auf Energieeffizienz und auf Kraft-Wärme-Kopplung setzt - unser Prozentsatz liegt da doppelt so hoch wie im Bundesdurchschnitt, dann können wir den CO₂-Ausstoß trotz eines fossilen Kraftwerks in Brunsbüttel im Jahre 2010 minimieren. Diesen Beweis können wir jederzeit antreten.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist vielleicht ein Blödsinn!)

Das ist auch in der damaligen Enquetekommission von Herrn Haller und anderen nicht bestritten worden. Klimaschutz ist viel besser in dezentralen Organisationen zu gewährleisten. Man muss sich natürlich auch dazu bekennen, dass man dezentrale Formen fördern will, statt auf Multikonzerne zu setzen.

(Lebhafter und anhaltender Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt Herr Oppositionsführer Martin Kayenburg.

Martin Kayenburg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nachdem der Minister den Landtagspräsidenten als Stadtpräsidenten bezeichnet hat, Herrn Sager Pharisäerhaftigkeit vorwirft und für sich in Anspruch nimmt, dass die Liberalisierung des Strommarktes von Rot-Grün betrieben worden sei, kann ich nur sagen: Stadtpräsident war der richtige Horizont; Sie wären wirklich besser in der Kommunalpolitik geblieben, Herr Minister.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Zu den Äußerungen der Kollegen Nabel und Hentschel will ich gar nichts mehr sagen. Das war ungeheuerlich, aber wir wissen ja, von wem es kommt. Nur eines hätte ich wirklich nicht geglaubt, dass nämlich, wenn man einmal vom Wasserwerfer etwas mitbekommen hat, das Trocknen so lange dauert. Ich will nicht sagen, wo.

(Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das haben wir bei den Äußerungen von Herrn Hentschel und Herrn Nabel gemerkt.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was war denn daran falsch?)

- Alles, schlichtweg alles, Frau Birk.

(Beifall bei der CDU)

Sie haben doch längst den moralischen Anspruch auf solch eine Diskussion verloren. Was ist denn die Konsequenz aus dem so genannten **Ausstiegsszenario**, das Sie verfolgen? Sie werden den Strom im Ausland kaufen bei weniger sicheren Kraftwerken oder bei Kraftwerken, die CO₂-belastend sind. Das ist die Wahrheit.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, Herr Kayenburg, das ist nicht die Wahrheit! Das ist Ihre Phantasie!)

Wenn Sie hier im Lande ersetzen wollen, werden Sie eine zusätzliche CO₂-Belastung aus Kohlekraftwerken bekommen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Auch das nicht! Das Gegenteil ist der Fall, Herr Kayenburg!)

Das heißt, Sie werden Primärenergien in eine Dinosauriertechnik stecken.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie würden das tun, aber nicht wir!)

Selbst wenn Sie Gaskraftwerke bauten, würden Sie Ressourcen vergeuden. Sie nehmen den kommenden Generationen wichtige Ressourcen weg.

(Widerspruch des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das ist unverantwortlich.

(Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich!)

- Herr Nabel, Sie sollten doch wissen, dass gerade Gas und Kohle endlich sind

(Konrad Nabel [SPD]: Sie sind doch ein Heuchler, Herr Kollege! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Glatte Heuchelei! - Unruhe)

und dass wir diese energetischen Stoffe für sehr viel wichtigere Entwicklungen, zum Beispiel im Bereich der Pharmaindustrie, benötigen und nicht etwa für Kraftwerke.

(Beifall bei der CDU)

(Martin Kayenburg)

Gänzlich spannend wird Ihre Heuchelei vor dem Hintergrund des Szenarios, das Herr Hentschel hier aufgezeigt hat hinsichtlich der **Endlager**. Auf der einen Seite sollen wir abschalten, damit ja nicht Zusätzliches an Kernkraft oder Reststoffen entsteht, auf der anderen Seite finanziert doch gerade die rot-grüne Bundesregierung in **China** zusätzliche **Kernkraftwerke**. Wie wollen Sie denn da die Endlagerung organisieren, Herr Hentschel? Können Sie mir das einmal erklären?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was sagen Sie denn dazu? Haben Sie im Bundestag gefordert, dass das aufgehört?)

- Was ich dazu sage, will ich Ihnen sagen. Sie haben im Grunde nichts erreicht. Das ist kein ordnungsgemäßes Ausstiegsszenario.

(Unruhe)

Die **Kernkraftindustrie** kann mit dem Ausstieg, wie er jetzt angedacht ist, natürlich leben,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Gut leben!)

weil das betriebswirtschaftlich überhaupt kein Problem ist. Die sparen sogar noch, weil sie zusätzlich kein Geld mehr in die **Forschung** stecken müssen. Das bedeutet für uns aber, dass wir uns vom Stand der Technik verabschieden.

(Beifall des Abgeordneten Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Wir werden in Zukunft nicht mehr die Chance haben, ins Ausland zu exportieren.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Große Maschinenhersteller werden nicht mehr die Chance haben, sich an Wettbewerben im Ausland zu beteiligen. Es reicht eben nicht, beispielsweise bei einem Max-Planck-Institut Kernfusion betreiben zu wollen. Wir werden zukünftig nicht mehr in der Lage sein, eine sichere Energie - soweit sie generell sicher zu machen ist -

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ist sie doch nicht!)

im Lande weiterzuentwickeln, sondern überlassen das den anderen. Das ist Ihre Politik, Herr Hentschel.

Herr Minister, zur Frage, wo wir denn stehen, sage ich Ihnen: Wir halten die **Kernenergie** nach wie vor für eine **Übergangsenergie**. Nur teilen wir nicht Ihre Kurzsichtigkeit. Wir glauben eben nicht, dass Strom aus der Steckdose kommt,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Absolut dummerhaftig!)

sondern wir sind der Auffassung, dass wir diese Energie zur Übergangsenergie machen können, wenn wir uns nicht aus der Verantwortung herausstehlen, sondern eine Entwicklung mittragen, mit der wir dann zur Kernfusion und damit endlich zur Aufgabe der Kernenergienutzung in heutiger Form kommen können.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt Frau Abgeordnete Irene Fröhlich.

Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Kayenburg, wenn das jetzt das ist, was die CDU zu diesem Thema zu sagen hat, dann kann ich nur sagen: Beton ist beweglich gegenüber dem, was in Ihren Köpfen herrscht.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Dann kann ich nur sagen: Es ist schlimm, dass Bürgerinnen und Bürger in diesem Land darauf angewiesen sind, wenn sie denn eine Partei haben wollen, die in der Opposition ist, sich auf solche Argumentationen einlassen zu müssen - mit so wenig Know-how, mit so wenig Mitverfolgen dessen, was in den letzten Jahren hier an Entwicklungen geschehen ist! Ich kann Ihnen vielleicht nicht verübeln, dass Sie die Ereignisse damals um Brokdorf nicht vernünftig aufgearbeitet haben, aber ich kann Ihnen wenigstens mitteilen, dass ich zu denen gehörte, die damals zu Zeiten einer wirklich unverantwortlichen Regierung von tieffliegenden Hubschraubern über die Wiesen und über die Zäune weg mit Tränengas besprüht, gehetzt wurden.

(Zurufe von der CDU)

Das ist eine Erfahrung, die man in dieser Republik auch machen konnte, Herr Kayenburg, und die hat dazu geführt, dass es eine starke grüne Bewegung gegeben hat und dass es sie noch gibt. Wir werden dafür sorgen,

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.])

dass wirklich zukunftsfähige Energie eingeführt wird. Bei dem, was Sie uns hier von Gaskraftwerken vorstellen, die angeblich die Interessen der nächsten Generation verletzen,

(Martin Kayenburg [CDU]: Natürlich!)

(Irene Fröhlich)

und wenn Sie dann nicht mit einem Gedanken dazu kommen, was in Tausenden und Zigtausenden von Jahren mit dem Müll ist, von dem wir nicht wissen, wie er sicher gelagert werden soll - dazu fällt Ihnen die nächste Generation noch nicht einmal ein-, dann können wir hier nicht vernünftig diskutieren! Ehrlich gesagt: Mich erschüttert das.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das müssen Sie einmal Herrn Hentschel sagen!)

Für mich sind das wirklich wichtige Fragen. Genauso wie ich damals in Brokdorf mit meinem ganzen Herzen und meinem ganzen Verstand gestanden habe, genauso stehe ich heute hier. Die Grünen, Herr Kubicki, haben eine Entwicklung durchgemacht, die immerhin ihre Jugenderfahrungen und ihre Jugenderinnerungen nicht einfach über Bord schmeißen lässt, sondern sie arbeiten kontinuierlich daran und streiten kontinuierlich dafür, dass wir unsere Konzepte durchgesetzt kriegen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo denn? Wo denn?)

Und das verdient eher Beachtung als Ihr spöttisches Grinsen.

(Zurufe von der CDU)

Und hier dann auch noch von „französischen Waffenbrüdern“ zu sprechen, Herr Kubicki, das veranlasst mich zu der Frage: In welchem Krieg befinden Sie sich? Das frage ich Sie.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD sowie der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wir haben noch einen weiteren Beitrag nach § 56 der Geschäftsordnung. Herr Abgeordneter Kubicki, bitte.

(Konrad Nabel [SPD]: Der hat doch schon einmal!)

- Die Landesregierung hat ihre Redezeit überschritten, Herr Kollege.

Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Vielleicht zunächst an die Abgeordnete Frau Fröhlich: Die Bundesrepublik Deutschland befindet sich im Eurokorps mit den Franzosen in **Waffenbrüderschaft**. So haben es jedenfalls der Bundeskanzler und der Bundesverteidigungsminister geäußert, von denen ich bisher angenommen habe, sie sind Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei. Und die Bundesrepublik Deutschland steht beispielsweise mit Franzosen im

Kosovo mit Waffen, um dort den Frieden zu sichern, damit es nicht zu weiteren Massakern kommt. Insofern denke ich, dass wir unsere französischen Nachbarn durchaus auch als „französische Waffenbrüder“ bezeichnen können.

Herr Kollege Kayenburg, mein Freund

(Heiterkeit)

Günther Hildebrand hat mich zu Recht darauf hingewiesen, dass wir als F.D.P.-Fraktion den Angriff auf die Kommunalpolitiker zurückweisen wollen. Es hörte sich bei Ihnen so an, als sei das Niveau von Kommunalpolitikern nicht mit dem Ihren zu vergleichen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

Das wollen wir natürlich entschieden zurückweisen.

Herr Finanzminister, bedauerlicherweise haben Sie vorhin eine Zwischenfrage von mir nicht zugelassen, aber ich nehme an, Sie erinnern sich auch noch daran, dass ich damals dagegen opponiert habe - und das tue ich heute noch-, dass es ein sozialdemokratischer Bundeskanzler war, mit dem Namen Helmut Schmidt, der im Benehmen mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer Ende der siebziger Jahre ein **Entsorgungskonzept** mit der fiktiven Erklärung gebilligt hat, die Entsorgung der Kernkraftwerke sei gesichert, weil sonst auf der Grundlage des damals geltenden Atomgesetzes gar kein Atomkraftwerk hätte ans Netz gehen dürfen.

(Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Fiktion - und tun Sie jetzt nicht so, als sei das auf dem Mist von irgendwelchen Christdemokraten oder Liberalen gewachsen - war etwas, was Helmut Schmidt wollte, weil Anfang der siebziger Jahre die Sozialdemokraten - übrigens auch Sozialdemokraten in diesem Land; es gibt ein Programm der Sozialdemokraten aus Schleswig-Holstein aus Zeiten Anfang der siebziger Jahre, wonach sie das ganze Land mit Kernkraftwerken zupflastern wollten - die Idee hatten, wir müssten uns nach dem Ölschock, den wir erlebt hatten, in der Energieversorgung auf ein vergleichsweise unabhängiges Bein stellen, das wir selbst beherrschen können. Dass es da eine Veränderung in der Bewusstseinslage gegeben hat, ist in Ordnung. Aber tun Sie nicht so, als seien Sozialdemokraten an der Entwicklung nicht beteiligt gewesen oder hätten diese nicht massiv mit gefördert.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Haben wir nie getan!)

(Wolfgang Kubicki)

Aber ich frage Sie zurück, weil ich jetzt in völliger Begeisterung erfahre, dass die Sozialdemokraten schon immer die Vorreiter der **Liberalisierung** auf allen Ebenen gewesen sind -

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU)

das ist ja jahrelang spurlos an mir vorübergegangen -: Was bedeutet die Liberalisierung eigentlich, wenn Sie sagen, Sie wollten Liberalisierung, aber auch nicht so richtig? Sie wollten Vorrangstellung für irgendetwas haben? - Das ist eigentlich genau das Gegenteil von Liberalisierung.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich sage Ihnen: Sie werden es erleben, dass europaweit die **Förderung der Windenergie** und anderer Energieformen in Deutschland unter Subventionsgesichtspunkten 2005 ausläuft. Dann gucken wir uns einmal an, was Sie den Windmüllern dieses Landes bei ihrer Kalkulation sagen, die über 15 oder 20 Jahre läuft.

Sagen Sie mir doch einmal, Herr Finanzminister, welches **Energieversorgungsunternehmen** denn überhaupt noch ein Kraftwerk aufbauen soll. Sind Sie ernsthaft der Auffassung, dass die HEW so dumm wären, unter betriebswirtschaftlichen Gesichtspunkten ein Kraftwerk am Standort Brunsbüttel zu bauen? Warum sollten sie das tun? Sie wissen doch selbst - jedenfalls können Sie einmal bei Ihrem Kollegen in Nordrhein-Westfalen nachfragen -, dass die Energieversorgungsunternehmen jetzt mittlerweile zu Energiehändlern werden, dass sie sich darauf einrichten, dass es viel preiswerter ist, den Strom europaweit oder weltweit einzukaufen, als ihn hier unter den teuren Bedingungen in Deutschland selbst zu erzeugen.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Ich sehe ja jetzt gerade, wie sich unter sozialdemokratischer Führung große Konzerne - übrigens nicht europäische - bei uns in den Strommarkt einkaufen, die eine ganz andere Ausrichtung haben als die, die Sie hier erklärt haben. Da bin ich einmal gespannt, was hier in zwei, drei Jahren auf diesem Markt passieren wird.

Ich sage noch einmal: Wir sind mit der Vereinbarung, die in Berlin geschlossen worden ist, ausdrücklich einverstanden, weil sie alles macht - sie konkretisiert nur nichts. Deshalb warten wir ja darauf, dass Sie uns mit Ihrem Ausstiegsszenario genau sagen, wann exakt was passiert. Darauf hat die deutsche Öffentlichkeit einen Anspruch, darauf haben wir einen Anspruch.

Ich sage Ihnen noch einmal: Vor 2002 passiert gar nichts, außer dass die Grünen jetzt dankenswerterweise das letzte Politikfeld verloren haben und im Übrigen

daraus lernen müssen, dass man dicke Backen machen kann, dass aber entscheidend ist, was hinten herauskommt.

(Beifall bei der F.D.P. und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Beratung. Bevor wir in die Abstimmung eintreten, begrüßen wir auf der Tribüne noch Damen und Herren der Volkshochschule Dithmarschen. Herzlich willkommen! Sie hatten die Gelegenheit, einen besonders lebhaften Teil der Debatte mitzuerleben.

(Beifall)

Dann treten wir jetzt in die Abstimmung ein. Zunächst stimmen wir ab über den Antrag der Fraktion der CDU mit der Überschrift „Zwischenlagerung abgebrannter Brennelemente“. Der Antrag ist allen bekannt. Ich setze das Einvernehmen der Antragstellerin voraus, dass aus „3. Tagung“ „4. Tagung“ gemacht wird. Wer diesem Antrag der CDU seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? -

(Zurufe von der CDU: Ihr wolltet doch zustimmen! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ihr habt doch gerade gesagt, ihr wolltet zustimmen! - Zuruf von der CDU: Das ist doch unerhört!)

Stimmenthaltungen? - Dann ist der Antrag mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW abgelehnt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind in der Abstimmung. Ich bitte um etwas mehr Ruhe.

Jetzt geht es um den Antrag der F.D.P., das ist nämlich der Änderungsantrag zum Grundantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Über den Änderungsantrag ist zuerst abzustimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/253, seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um sein Handzeichen. - Ich darf um die Gegenprobe bitten. - Stimmenthaltungen? - Dann ist dieser Änderungsantrag vom Haus einstimmig angenommen worden.

Dann stimmen wir jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN,

(Vizepräsident Thomas Stritzl)

Drucksache 15/190, in der Fassung des Änderungsantrages Drucksache 15/253 ab.

(Konrad Nabel [SPD]: Nein, nein! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! Der Änderungsantrag ist ein Ergänzungsantrag!)

- Ja, in der Fassung des Änderungsantrages der F.D.P.

(Martin Kayenburg [CDU]: Welche Drucksachennummer ist das?)

Sehr geehrter Herr Hentschel, wir haben eben mit Zustimmung des Hauses über den Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P., Drucksache 15/253, abgestimmt. Der ist vom Haus einstimmig angenommen worden. Dieser Änderungsantrag bezieht sich auf den Grundantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 15/190, wie vom Präsidium vorgetragen.

Wir stimmen jetzt also über den Grundantrag, Drucksache 15/190, in der eben geänderten Form gemäß Drucksache 15/253 ab.

(Konrad Nabel [SPD]: Nein, nein! Das stimmt nicht! - Klaus-Peter Puls [SPD]: Unter Einbeziehung der Änderungen, Herr Kollege! - Weitere Zurufe)

- Ja, selbstverständlich, sonst hätten wir doch gar nicht über den Änderungsantrag abgestimmt.

(Zurufe)

- Ja, unter Einbeziehung der Änderungen oder in der geänderten Form. Das ist ja klar. Es gibt keinen Änderungsantrag ohne Grundantrag, und wenn die Änderungen angenommen worden sind, ist über den Grundantrag mit den Änderungen zu entscheiden.

Wer also dem Antrag Drucksache 15/190 unter Einbeziehung des Änderungsantrages - wie eben einstimmig beschlossen -, Drucksache 15/253, seine Zustimmung erteilen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Antrag unter Einbeziehung des Änderungsantrages der Fraktion der F.D.P. mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, F.D.P., BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW bei Enthaltung der Fraktion der CDU angenommen worden. Der Tagesordnungspunkt ist damit erledigt.

Wir kommen jetzt zum Tagesordnungspunkt 7.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich darf um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten. Außerdem bitte ich die Abgeordneten, im Raum zu bleiben, weil wir beim nächsten Tagesordnungspunkt das Erfordernis einer qualifizierten Mehrheit haben. Wir

brauchen eine Zweidrittelmehrheit. - Man kann sich auch wieder hinsetzen; das wäre ganz hilfreich für die Übersichtlichkeit.

Ich rufe also Tagesordnungspunkt 7 auf:

Wahl der Mitglieder des Medienrates der Unabhängigen Landesanstalt für das Rundfunkwesen

Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/268 (neu)

Eine Aussprache ist nicht vorgesehen. Ich schlage Ihnen vor, über den Antrag offen abzustimmen. Gibt es Widerspruch? - Das ist nicht der Fall. Ich weise darauf hin, dass nach § 54 des Landesrundfunkgesetzes eine Zweidrittelmehrheit der Mitglieder des Landtages für die Annahme des Wahlvorschlages erforderlich ist, also eine Mehrheit von 60 Stimmen.

Wer der Drucksache 15/268 (neu) seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN mit den Stimmen der Fraktionen von SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der drei Abgeordneten des SSW und bei Enthaltung des Abgeordneten Hopp angenommen worden. Damit ist der Tagesordnungspunkt 7 erledigt.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Ich bitte um Ruhe.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 34:

Bericht über die Unterrichtssituation an den öffentlichen allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen in Schleswig-Holstein im Schuljahr 1999/2000

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/189

Ich erteile das Wort der Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Ministerin Erdsiek-Rave.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Herren und Damen! Es besteht nun Gelegenheit, in der Debatte etwas friedlichere Töne anzuschlagen.

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Ich würde gern mit einem Glückwunsch beginnen. Heute sind - ich vermute - an die 100.000 Schülerinnen und Schüler in Schleswig-Holstein nicht zur

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Schule gegangen. Sie haben Arbeit als Unterricht in anderer Form mit Duldung nicht nur der Schulleitung, der Lehrerinnen und Lehrer, sondern auch der Ministerin geleistet. Ich finde, gerade diejenigen, die dies organisiert haben, zeigen in einer unglaublich professionellen Art und Weise, wie man andere für ein Anliegen begeistern kann und das dann auch umsetzt.

(Beifall im ganzen Haus)

Das ist ein Zeugnis für jugendliches Engagement und Gemeinsinn, wie man es wirklich selten findet. Und ich finde, es ist auch ein Gegenbeweis für die These, dass die Jugend von heute mehrheitlich nur noch auf Fun, Action und solche Dinge aus ist und nur den eigenen Vorteil im Kopf hat. Ich finde, es ist eine tolle Chance zu zeigen, dass es Sinn macht, sich einzunischen, etwas für andere zu tun. Ich wünsche mir, dass Schule heutzutage gerade auch diese Art von Erfahrung vermittelt, nicht nur Wissen, sondern auch diese Art von Erfahrung.

(Beifall der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD], Werner Kalinka [CDU] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Der Bericht, den ich Ihnen heute vorlege, ist nicht nur ein Zahlenwerk. Indikatoren zur **Unterrichtsversorgung** und Aussagen zu Klassenfrequenzen, Tabellen, Relationen, Ländervergleichen und so weiter sind das eine. Darüber ist in der Vergangenheit - insbesondere im letzten Jahr - trefflich überall gestritten worden. Darüber kann man auch immer streiten. Ich finde, das Plenum des Landtages ist nicht der Ort, an dem man die Zahlen im Einzelnen bewerten und über Statistiken streiten sollte. Das sollten wir im Ausschuss tun. Die Zahlen sind natürlich wichtig, manchmal sind sie sogar - etwa bei der Personalbemessung - bis auf die Stellen hinter dem Komma wichtig. Das ist keine Frage. Aber ich denke, das sollten wir im Ausschuss tun.

Ich will alle Zahlen und Bewertungen gewissermaßen zusammennehmen und zu dem Fazit kommen: Die vielfältigen Investitionen, die wir in Bildung und Ausbildung unserer Kinder geleistet haben, können sich sowohl im nationalen als auch im internationalen Vergleich durchaus sehen lassen. Wir haben auch vor dem Hintergrund steigender Schülerzahlen die gute Unterrichtsversorgung der Vorjahre dadurch gehalten, dass wir jede freie Stelle wieder besetzt haben, dadurch, dass wir im letzten Jahr 100 Lehrerstellen zusätzlich bereitgestellt haben und 200 in diesem Schuljahr bereitstellen werden, dadurch, dass wir die Stundengebermittel im Berichtsjahr erhöht haben, und nicht zuletzt dadurch, dass Lehrerinnen und Lehrer mit einer Vorgriffsstunde helfen, den Schüleranstieg zu bewältigen. Ich denke, das kann man hier wirklich noch einmal erwähnen - und zwar durchaus mit Dank.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Jürgen Weber [SPD] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Zu den wichtigsten quantitativen Aussagen gehört auch - zumindest für das letzte Schuljahr -: Schleswig-Holstein ist als **Bewerbungsland für Lehrerinnen und Lehrer** unverändert attraktiv. Wir hatten zum letzten Schuljahr ungefähr 5.000 Bewerbungen von Lehrerinnen und Lehrern, darunter weniger als die Hälfte - nämlich 2.200 - aus Schleswig-Holstein. Umgekehrt gesagt, mehr als die Hälfte kamen aus anderen Bundesländern und wollten nach Schleswig-Holstein. Soviel zur Attraktivität dieses Landes für den Lehrerberuf!

Beim **Vorbereitungsdienst** sah es ähnlich aus: 1.400 Bewerbungen, davon 790 von landeseigenen Hochschulen. Ich kann nur sagen, wir hoffen sehr, dass es bei diesem Bewerberandrang auch zum kommenden Schuljahr und in Zukunft bleibt.

Die quantitative Versorgung konnte also trotz gestiegener Schülerzahlen eingehalten werden. Es wurden sogar mehr **Unterrichtsstunden** erteilt als im Vorjahr.

Es gibt einen Punkt in diesem Bericht, bei dem man sagen kann, die Quantität schlägt in Qualität um. Das ist die Frage der **Klassengröße**. Sie ist nach wie vor günstiger als im Durchschnitt, und zwar - wenn man sich einmal die Tabellen und Zahlenvergleiche anschaut - deutlich günstiger als das, was in anderen Bundesländern beziehungsweise auf Bundesebene Durchschnittsgröße ist. Ich finde, daran sollten wir sehr bewusst - auch wenn es ein relativ teures Unterfangen ist, sich kleine Klassen zu leisten - festhalten, denn kleine Klassen sind pädagogisch richtig und etwas anderes würde hier im Land nirgendwo mehr akzeptiert werden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber für die Bewertung von Schule reicht natürlich eine quantitative Betrachtung überhaupt nicht aus, sondern da muss man über Qualität reden, über das, was im Unterricht tatsächlich stattfindet und was die Schulen von heute prägt.

Ich gehöre ja seit anderthalb Jahren als Vertreterin des Bundesrates dem Europäischen Bildungsterrat an. Und es ist immer eine hoch interessante Veranstaltung, sich mit den Kollegen aus den anderen Staaten über die Fragen von **Qualität der Schule** auszutauschen. Im Mai dieses Jahres wurde diesem

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Gremium ein Bericht über die Qualität der schulischen Bildung in Europa vorgelegt. Da ging es um Indikatoren, die man anlegen muss, wenn es um die Qualität von Schule geht. Ich werde den Bericht gern - wenn Sie daran interessiert sind - den Ausschussmitgliedern zur Verfügung stellen. Diese Indikatoren reichen von Kenntnissen und Wissen in den Grundfertigkeiten über die Fähigkeit zu lernen, wie man lernt, über die Teilnahme an Bildungswegen, über Abschlussquoten, Drop-out-Quoten, über Aus- und Weiterbildung von Lehrern bis zur Zahl von Schülern pro Computer in den einzelnen Ländern. Es gab sehr interessante Ergebnisse, die sicher noch nicht sehr valide sind, aber diese Untersuchung soll fortgesetzt werden.

Ich erwähne dies hier aus zwei Gründen, zum einen, weil wir bei allem, was wir tun, die europäische Dimension nicht außer Acht lassen dürfen, denn wir müssen uns dem internationalen Wettbewerb - nicht nur dem nationalen, sondern auch dem europäischen internationalen Wettbewerb - und den Vergleichen stellen. Wir wollen und müssen dies tun.

Ich erwähne das auch, weil hinsichtlich der Qualität unseres Bildungssystems auch zu prüfen ist, was bei den ungeheuren Ressourcen, die dort investiert werden - ökonomisch gesprochen-, der Output ist. Es handelt sich um ungeheuer hohe Investitionen, wenn man die Summen, die wir in Lehrpersonal stecken, etwa in Relation zum Gesamthaushalt sieht. Das verpflichtet uns dazu, auf Qualität zu achten und zu sehen, ob der Output so ist, wie wir ihn uns vorstelden.

(Beifall bei der SPD)

Die Bereitstellung von jährlich 200 zusätzlichen **Lehrerstellen** in den kommenden fünf Jahren ist ein großer finanzieller Kraftakt, den wir leisten. Gerade deshalb sind wir verpflichtet, die Qualität zu sichern und zu steigern. Ich will das am Beispiel der **Hauptschulen** noch einmal verdeutlichen.

Die Hauptschulen brauchen mehr Unterricht; darüber sind wir uns einig. Aber sie brauchen auch anderen Unterricht. Sie erhalten überproportional zusätzliche Stellen. Aber sie brauchen einen Unterricht mit mehr Praxis, mit mehr Berufsorientierung. Sie brauchen außerdem klare Standards in der Grundbildung, in den Grundfertigkeiten. Für diese Art von Arbeit haben wir hervorragende Beispiele im Lande, und zwar lokal und regional. Viele von Ihnen kennen diese Schulen. Beispielsweise will ich den Arbeitskreis Schulqualität nennen, den der Kreis Schleswig-Flensburg eingerichtet hat. Dort treffen sich 200 Lehrerinnen und Lehrer regelmäßig mit ihren Schulrätinnen und Schulräten, um über Schulqualität und Evaluation zu reden und Maßnahmen zu entwickeln, die sie an ihren Schulen anwenden können.

Auch die Arbeit an **Schulprogrammen** in allen Schularten ist für die Entwicklung der Qualität von entscheidender Bedeutung. In diesem Zusammenhang nehmen sich Schulen nämlich selbst unter die Lupe. Das ist als Prozess für sich genommen schon wichtig. Das Ziel ist allemal die Verbesserung der eigenen Arbeit und die Profilierung der schulischen Arbeit.

Qualitätssicherung erreicht man aber auch durch Leistungsvergleiche und durch Standardsetzungen. Das anspruchsvollste Vorhaben dieser Art, das es jemals im Land gegeben hat, ist gerade abgelaufen. Ich glaube, die Ergebnisse der PISA-Untersuchung werden der öffentlichen Diskussion über die Ziele von Unterricht und Erziehung eine neue **Qualität** und eine neue Dimension geben. Es wurden nämlich erstmals Daten erhoben, die Aufschluss über den Kompetenzstand in zentralen schulischen Bereichen geben und die Rückschlüsse auf die schulischen Bedingungen zulassen, unter denen Lernen stattfindet und die den Lernerfolg unterstützen oder auch behindern.

Eine ähnliche Studie, wenn auch kleiner angelegt, wollen wir im nächsten Jahr für die Grundschulen in Schleswig-Holstein folgen lassen. Ich werde zu gegebener Zeit dem Ausschuss Näheres darüber berichten.

Sie finden im vorgelegten Bericht eine Fülle von Informationen über Modellvorhaben, über Bildungsprogramme, über Beteiligungen des Landes an Initiativen, an neuen Wegen. Bei manchen Dingen sind wir forderführend, so etwa im Bereich mathematisch-naturwissenschaftlicher Unterricht. All diesen Modellprojekten - nur deswegen machen sie Sinn und sind sie zu rechtfertigen - ist das Ziel übergeordnet, die **Schulen** zu befähigen, den **Herausforderungen** im technischen, im technologischen, im wirtschaftlichen und im sozialen Bereich gerecht zu werden.

Eine der neuen und zentralen Herausforderungen - diesem Bereich sollen meine letzten Bemerkungen gelten - ist der gesamte Bereich, der mit dem Erwerb von **Medienkompetenz** zu tun hat. Die Benutzung des Computers muss genauso selbstverständlich werden wie die des Taschenrechners oder der Wandtafel, und zwar für das Lernen und für die Lehre. Aber die Schulen damit auszustatten, die Lehrer dafür auszubilden und die Schwierigkeiten und Probleme bei der technischen Betreuung zu lösen, ist wirklich keine Aufgabe, die man an einem Tag erledigt. Das ist auch keine Aufgabe, die man in einigen Monaten erledigen kann. Es ist auch keine Aufgabe, die der Staat gänzlich allein lösen kann. Das geht nicht. Die Wirtschaft ist - Gott sei Dank - bereit, uns dabei zu unterstützen. Wie Sie im Juni bei unserer großen Messe gesehen

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

haben, nehmen wir die Wirtschaft dann auch beim Wort.

Vielleicht darf ich Ihnen allen in diesem Zusammenhang eine Bitte mit auf den Weg geben: Unterstützen Sie dies mit. Sie alle könnten sich wirklich große Verdienste um die Zukunft unserer Schulen erwerben, wenn Sie helfen würden, unsere Schulen bei der Akquisition von Sponsoren, bei der Ermunterung der Wirtschaft zu unterstützen. Sie können sich darauf verlassen, dass ich dies tun werde. Weitere Kooperationen sind in Vorbereitung und werden folgen.

Dieser Bericht ist mit all seinen Informationen natürlich immer nur ein Ausschnitt aus der Schulwirklichkeit. Die Probleme und Herausforderungen sind vielfältig. Sie reichen von der Nachwuchssicherung für alle Schularten bis zur Integration der geistig Behinderten, vom Fremdsprachenunterricht in der Grundschule bis zur Lehrplanrevision. Wir haben wahrlich nicht alles gelöst. Sie kennen mich. Ich bin nicht diejenige, die sich hier hinstellt und sagt, es sei alles wunderbar und wir bräuchten nichts mehr zu tun. Ich bin mir sehr wohl bewusst, welche Probleme wir noch zu lösen haben. Aber für die Lösung dieser Probleme wäre ein bisschen mehr Gemeinsamkeit auch in der Schulpolitik wirklich gut.

(Beifall bei der SPD)

Ich biete Ihnen jedenfalls den Dialog darüber an. Es wäre zum Besten für unsere Kinder.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW sowie des Abgeordneten Joachim Behm [F.D.P.])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich die Rede zur Unterrichtsversorgung mit einer Information beginnen, die auf den ersten Blick eher wie die Fortsetzung einer Debatte von gestern wirken mag, aber die unleugbar auch Auswirkungen auf die heutige Debatte haben wird. Die Deutsche Pressagentur hat heute Mittag gemeldet, die zuständige Senatorin in Hamburg biete jungen Lehrern ab sofort eine volle Stelle an. Weiter heißt es, die Hansestadt Hamburg werde ab sofort allen Lehrern, die dauerhaft eingestellt werden wollen, eine volle Beamtenstelle anbieten.

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Weil das Gericht sie dazu gezwungen hat!)

- Weil das Gericht sie dazu gezwungen hat; das ist richtig. Festzuhalten bleibt aber: **Hamburg** steigt per sofort in die volle **Verbeamtung** ein.

Festzuhalten bleibt auch, dass die veränderte Lagebedingung in Hamburg angesichts der unmittelbaren Nachbarschaft von Schleswig-Holstein und Hamburg natürlich auch Auswirkungen auf die Lehrer- und Unterrichtsversorgung in **Schleswig-Holstein** hat. Das gilt insbesondere für eine Gruppe der Lehrer, die auch gestern in der Debatte eine Rolle gespielt hat, nämlich die **Berufsschullehrer**. Angesichts der Tatsache, dass der Mangel in der Unterrichtsversorgung in diesem Bereich vor allem auf einen Mangel an Bewerbern im Lehrerbereich zurückzuführen ist, zwingt uns eine solche Information natürlich dazu, in Schleswig-Holstein für so attraktive Bedingungen im Berufsschulbereich zu sorgen, dass Leute hier unterrichten wollen. Insofern hat die Debatte über die Verbeamtungspolitik natürlich auch Auswirkungen auf die Diskussion über die Unterrichts- und Lehrerversorgung in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Lassen Sie mich, Frau Erdsiek-Rave, eine Bemerkung zu den Hauptschulen und zu Ihrem Angebot machen, Dinge doch gemeinsam zu machen. Zunächst einmal liefert dieser Bericht als Zahlenwerk Erkenntnisse, die nicht direkt dem Wortlaut des Berichtes zu entnehmen sind, die man aber sehr schnell schlussfolgern kann, wenn man einige Indikatoren hat. Für die **Hauptschulen** kann man anhand der Tabellen auf Seite 10 f. errechnen, dass das durchschnittliche Unterrichtsfehl dort im Vergleich zur eigentlichen Stundentafel 11% beträgt. 11 % ist eine ganze Menge, vor allem wenn man bedenkt, dass dies eine Schulart betrifft, die einen besonderen Bedarf an Unterrichtsmenge sowie an Betreuung und Förderung von Schülerinnen und Schülern hat. Insofern muss Grundlage für eine Gemeinsamkeit hinsichtlich der Hauptschule die Verständigung darüber sein, dass dort am meisten getan werden muss.

(Beifall bei der CDU)

Die Union hat für den Fall, dass sie im Februar an die Regierung gekommen wäre, in Aussicht gestellt, in der ersten Marge einen überproportionalen Anteil für die Hauptschulen zur Verfügung stellen zu wollen. Frau Erdsiek-Rave, Sie haben eine Reihe von Planstellen für die Hauptschulen zur Verfügung gestellt. Sie sind aber - so unsere Information - sehr stark an bestimmte Programme gekoppelt, nämlich das der begleitenden Berufsvorbereitung, während es unser Anliegen gewesen wäre, erst einmal die reguläre Unterrichtsversorgung sicherzustellen und danach darüber nachzudenken, inwieweit man weitere Plan-

(Jost de Jager)

stellen für besondere pädagogische Maßnahmen in den Hauptschulen einsetzt. Insofern besteht da nach wie vor ein Dissens.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Auch ich glaube, Frau Erdsiek-Rave, dass es am besten wäre, wenn wir in Bezug auf die Hauptschulen zusammenarbeiteten. Wir wollen uns dem nicht widersetzen. Aber es muss unter vernünftigen Bedingungen laufen. Ich darf in diesem Zusammenhang daran erinnern, dass die CDU-Landtagsfraktion ziemlich exakt vor einem Jahr einen Antrag für eine Hauptschulinitiative gestellt hat und dass es die Regierungsfraktionen noch nicht einmal für wert befunden haben, diesen Antrag überhaupt dem Ausschuss zu überweisen.

Wenn ich mir angucke, dass jetzt auf einmal an uns appelliert wird, „Leute, arbeitet doch mit uns zusammen, wir wollen doch etwas für die Hauptschule tun!“,

(Caroline Schwarz [CDU]: Genau!)

dann entgegne ich Ihnen: Genau dieses Thema haben wir vor einem Jahr aufgebracht; darauf sind Sie nicht eingegangen.

(Brita Schmitz-Hübsch [CDU]: Das stimmt! - Beifall bei der CDU)

Insofern sollten wir uns auf einige Dinge für die **Hauptschule** verständigen. Das bedeutet aber auch, dass wir wirklich einmal über **Inhalte** reden müssen. Wir dürfen nicht immer nur sagen, „Wir müssen die Hauptschule inhaltlich stärken“, sondern wir müssen über Inhalte und schulpolitische Maßnahmen reden. Das beinhaltet für uns immer wieder auch die Förderung nach einem Hauptschulabschluss, zunächst einem internen Hauptschulabschluss mit Abschlussprüfung und dann später einem qualifizierten Hauptschulabschluss.

Wir entnehmen Grußworten, die von Mitarbeitern Ihres Ministeriums gehalten werden, sie würden sich dem generell nicht mehr versperren. Das ist etwas anderes, als so etwas einzuführen. Aber wenn Sie die Gelegenheit zur Zusammenarbeit für die Hauptschule mit uns suchen, biete ich Ihnen an: Wir arbeiten gern mit Ihnen zusammen, um ein **Konzept** zu erarbeiten, wie wir die Hauptschule stärken können - inklusive eines internen Hauptschulabschlusses. Wenn wir uns nach der Sommerpause darauf verständigen können, das zu machen, wissen Sie uns auf Ihrer Seite, Frau Erdsiek-Rave!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Lassen Sie mich jetzt noch zu ein paar Punkten kommen, in denen wir vielleicht nicht so schnell einer

Meinung sind. Das betrifft die Frage der **Autonomie**. Ich beginne mit einer Sache, die Sie selber angesprochen haben. Das ist die Frage der **Klassengrößen**. Sie sind sehr stark in den Wahlkampf gegangen mit der Formulierung - Ihr Staatssekretär hat das immer wieder betont -: Wer die CDU wählt, wählt große Klassen, wer die SPD wählt, wählt kleine Klassen. Sie selber haben gesagt, dass Sie als Ministerin dafür stehen, dass die Klassengröße 29 nicht übersteigt.

Nun ist es so, dass in einer größeren Zahl von Schulen, als Sie es zugeben, die Klassen in der Tat größer sind als 29. Ich darf mit Erlaubnis von Kollegen - Frau Sassen, Herrn Maurus und Herrn Feddersen - aus der Antwort auf eine Kleine Anfrage zitieren, die diese für Nordfriesland gestellt haben. Da stellt sich nämlich heraus, dass bei zehn Schulen der Klassenteiler jeweils deutlich überschritten wird, zum Teil bis zu einer Schülerzahl von 35 hoch. Das ist etwas, was Ihren eigenen Äußerungen entgegensteht.

Dann heißt es - darauf möchte ich eigentlich hinaus:

„Es handelt sich jedoch nicht um ‘unzumutbar große Klassen’,“

- das ist natürlich immer so eine Frage; Sie haben uns im Wahlkampf immer eingeredet, alles über 29 sei eigentlich nicht mehr haltbar -

„sondern um verantwortungsbewusste Entscheidungen der Schulen im Einzelfall.“

Ich bin nun wirklich der Auffassung, dass wir bei aller Eigenverantwortung der Schulen und aller Autonomie, die für die Schulen immer beansprucht wird, die Probleme der Unterrichtsversorgung nicht auf die Schulen abwälzen dürfen. Das beginnt bei der Klassengröße und geht weiter zu vielen anderen Bereichen, die von Bedeutung sind.

Wir dürfen - Autonomie hin, Autonomie her - die Schulen mit ihren Problemen nicht allein lassen.

(Beifall bei der CDU)

Das gilt auch für das Problem **Unterrichtsausfall**. Ihr Staatssekretär hat im vergangenen November an alle Schulleiterbeiräte zum Thema Unterrichtsausfall geschrieben. Da heißt es:

„Vereinzelte Presseberichte über Unterrichtsausfall in der letzten Zeit vermitteln in der Öffentlichkeit ein falsches Bild über Verantwortlichkeiten bei der Behandlung von Unterrichtsausfall. Sie erwecken den Eindruck, das Ministerium müsse direkt bei

(Jost de Jager)

der Bewältigung der vor Ort entstehenden Probleme tätig werden.“

Er führt weiter aus, das sei mitnichten so. Es ist natürlich auch laienhaft von den Eltern zu glauben, dass das Land für die Behebung des Unterrichtsausfalls zuständig sein könnte. Er verweist auf ein abgestuftes Modell, nach dem in erster Linie die Schulen verantwortlich sind, danach die Schulämter und irgendwann - durch die Stundengebermittel - ist auch einmal das Land verantwortlich.

Ich sagen Ihnen: Das ist kein vernünftiger Weg, damit umzugehen. Es bleibt dabei, dass am Ende - und immer wieder - das Land an allererster Stelle verantwortlich ist für die Unterrichtsversorgung in diesem Land und deshalb das Land auch eine besondere Verpflichtung hat, bei der Behebung des Unterrichtsausfalls direkt dort mitzuwirken, wo es erforderlich ist.

Sie bringen die Schulen nämlich in eine Situation, in der sie für Zustände verantwortlich sind, die sie selber nicht zu verantworten haben, weil sie die Höhe ihrer Personalausstattung nicht beeinflussen können. Deshalb lassen Sie die Schulen allein, wenn Sie solche Verfahren allein in die Verantwortung, in den Zuständigkeitsbereich der Schulen geben. Das wollen wir nicht.

(Beifall bei der CDU)

Das Problem besteht einfach darin, dass die Schulen oftmals gar nicht in der Lage sind und gar nicht die Mittel an die Hand bekommen, das auszufüllen. Das ist auch bei dem letzten Beispiel so, das ich mit Blick auf die Zeit nennen möchte. Das ist die Frage, die in dem Bericht auch nur angerissen wird, inwieweit die **Schulen** für ihre eigene **Personalbewirtschaftung** mitverantwortlich sein sollen. Sprich: Sollen Schulen in der Lage sein, ihre Lehrer, ihre Lehrkräfte selber auszuwählen, oder sollen sie das nicht?

Es gibt ja Modellversuche. Ende vergangenen Jahres ist gesagt worden, sie sollten auf alle Kreise ausgeweitet werden. Das heißt, dass sich die Schulen ihre Lehrkräfte tatsächlich selber aussuchen können.

Ich warne Sie und uns davor, dies im Zuge der Autonomie einzuführen. Das bedeutet einen Mehraufwand für die Schulen, der ihnen nicht entgolten wird. Das heißt, sie werden nicht in die Lage versetzt, diesen Mehraufwand tatsächlich auszufüllen. Ich fürchte, dass es irgendwann einmal so ist, dass wir nicht mehr gleiche Verhältnisse in allen Teilen des Landes und an allen Schulen des Landes haben. Darum geht es.

Es ist klar - gerade auch vor dem Hintergrund der Information über das, was ich zu Hamburg gesagt habe -: Bei den Bewerbungszahlen werden die Schulen

im städtischen Bereich, in Kiel oder im Hamburger Umland immer beliebter sein als die Schulen im nördlichen Landesteil oder meinetwegen an der Westküste. Wir würden uns also von dem Prinzip der Bestenauslese und der gleichen Verteilung der Besten über das Land verabschieden, wenn wir die Personalbewirtschaftung freigäben.

Deshalb freue ich mich, dass sich die Anzeichen mehreren, dass Sie selber von diesem Vorstoß wieder Abstand nehmen und zu dem alten Verfahren zurückkehren wollen. Auch das ist ein Punkt, bei dem wir Gemeinsamkeit hätten. Wir würden Sie dabei unterstützen. Wir fordern Sie auf: Treiben Sie es nicht zu weit mit der Autonomie der Schulen und bringen Sie sie nicht in eine Situation, in der die Schulen für die schlechten Nachrichten zuständig sind und Sie für die guten.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Weber.

Jürgen Weber [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Debatte zur Bewältigung der Vergangenheit im Rahmen des vorherigen Tagesordnungspunktes hat einige Zeit in Anspruch genommen. Deshalb erlauben Sie mir, nicht meine ganze Zeit auszuschöpfen und auf alle Details des Berichts einzugehen, zumal die Ausführungen der Ministerin dem entsprechen, was die SPD-Fraktion an Konsequenzen und Lehren aus dem **Bericht zur Unterrichtsversorgung** zieht. Darüber, auch über die quantitativen Fragen, werden wir im Detail im Ausschuss weiterreden können.

Wir werden uns über die quantitativen Fragen, die sich für die Ausbildung von Lehrern, für die weitere Entwicklung der Schulprogramme und viele andere Dinge, die damit zusammenhängen, ergeben, im Ausschuss auseinander setzen können. Deswegen möchte ich mich in dieser exklusiven Runde des Plenums zu diesem Zeitpunkt lediglich darauf beschränken, ein paar Sätze zu dem zu sagen, was der Kollege deJager hier ausgeführt hat.

Herr Kollege, natürlich ist ein Bericht zur Unterrichtsversorgung, der den ganzen Bereich des Unterrichtsausfalls nicht abdeckt - weil er in dem Bericht auch nicht erfragt ist -

(Jost de Jager [CDU]: Es ist ein Bericht zur Unterrichtsversorgung!)

(Jürgen Weber)

immer ein Anlass zum Nachjustieren. Deswegen ist es natürlich auch richtig, sich die einzelnen Schularten anzusehen und zu bewerten.

Auch wenn wir in Bezug auf kleine Klassen gut und in Bezug auf erteilten Unterricht pro Schüler mittelmäßig - im bundesweiten Maßstab - sind, zeigt sich doch, dass das Problem der **Hauptschulen** das gravierendste zum Nachjustieren ist. Nichtsdestotrotz kann ein Angebot zur Kooperation nicht so aussehen, dass Sie sagen: „Entweder stimmen Sie unserer Auffassung zur Abschlussprüfung zu oder es gibt keine Kooperation, kein gemeinsames Stück Weg!“ - Das kann nicht die Voraussetzung sein.

Wir sind natürlich bereit, über die Frage qualifizierter Leistungsbemessungen und Zertifizierungen an allen Schulen, auch an Hauptschulen, zu reden und die pädagogische Debatte weiterzuführen. Das kann aber nicht nach dem Motto gehen: „Sie heben hier im Parlament die Hand für Abschlussprüfungen oder wir brauchen über Hauptschulen überhaupt nicht zu reden!“.

(Zuruf des Abgeordneten Jost de Jager
[CDU])

Ich will doch einmal deutlich sagen, dass Ihre Ausführungen zu dieser Frage von mir so nicht nachvollzogen werden können.

Im Zusammenhang mit diesem Bericht werden wir im Ausschuss natürlich auch über die Fragen zu sprechen haben, die Sie hier angesprochen haben.

Eine Bemerkung zum Komplex der **Autonomie!** Ich glaube, es wäre sinnvoll und hilfreich, sich zunächst einmal in Ruhe anzugucken, wie auf den verschiedenen Ebenen Schulautonomie existiert. Wir sollten uns erst einmal anschauen, was in Bezug auf die Entwicklung von Schulprogrammen, von Versuchen, auf andere Formen des Managements in den Schulen umzustellen, auch bei der Frage der Auswertung von Versuchen, im Bereich von Steuerungsmöglichkeiten, auch im Bereich von Personalhoheit auf den Weg gebracht ist, und das vernünftig auswerten. Das wollen wir auch gern tun. Niemand stellt sich hier hin und sagt: Um Probleme zu verdrängen, verschieben wir das Ganze auf eine Ebene tiefer oder auf einen anderen Bereich. Das will niemand tun. Wir werden uns das im Detail angucken. Es muss funktionieren.

Die Verantwortlichkeit des Landes für die quantitative Ausstattung steht außer Frage. Da gibt es auch keine Missverständnisse. Ich habe auch noch niemanden erlebt, der sozusagen seine Auffassung der Unzufriedenheit nicht beim Land, sondern woanders abgeladen hätte. Da sind wir gefeiert und stellen uns gern. Deshalb muss die Diskussion darüber weiter geführt werden.

Ich schließe zunächst einmal meinen Debattenbeitrag und freue mich auf die detaillierte Diskussion im Ausschuss. Ich denke, der Kollege Klug wird noch einige Anknüpfungspunkte bringen, die die Diskussion im Ausschuss anregen werden.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ehe ich Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort erteile, möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass Kommentare von der Regierungsbank zwar verständlich, aber nicht zulässig sind.

Herr Dr. Klug, Sie haben das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Im zurückliegenden Schuljahr haben drei wesentliche Faktoren die **Unterrichtsversorgung** an den Schulen in Schleswig-Holstein bestimmt: Das sind zum einen die steigenden Schülerzahlen, denn gegenüber dem Vorjahr waren rund 4.900 zusätzliche Schülerinnen und Schüler mit Unterricht zu versorgen. Weiterhin stagnierten die Lehrerstellen - bekanntlich gab es im Haushalt 1999 eine Stagnation in diesem Bereich - und hinzu kommt, dass die Lehrerkollegien im Lande nach wie vor stark überaltert sind und dass die Krankheitsquote daher vergleichsweise hoch ist. Wenn man die Zahl der wachsenden Frühpensionierungen an der Gesamtzahl der Pensionierungen misst, so bietet dieser Wert auch Rückschlüsse auf längerfristige Erkrankungen und zunehmende Dienstunfähigkeit in der Lehrerschaft im Lande.

Das sind ungünstige **Rahmenbedingungen**, die auch erklären, weshalb wir Bildungspolitiker - das ist mein fester Eindruck - von Schulleiternbeiräten, Elterninitiativen, aus der Schülerschaft und von Lehrern in verstärktem Maße Hilferufe erhalten. Ich möchte das an einigen Beispielen aus der jüngsten Zeit beleuchten.

Elternvertreter der Realschule im Ahrensburger Schulzentrum am Heimgarten beklagen eine planmäßige **Streichung von Unterrichtsangeboten** - zum Teil von ganzen Fächern in ganzen Klassenstufen - und stellen fest, die Schule habe seit zehn Jahren keinen einzigen neuen jungen Lehrer für das Kollegium erhalten. Keine pensionierte Lehrkraft sei durch eine junge Kollegin oder einen jungen Kollegen ersetzt worden.

(Dr. Ekkehard Klug)

Die Grund- und Hauptschule in Marne, Dithmarschen, berichtet, drei Lehrkräfte seien zur Zeit wegen langfristiger Erkrankung ausgefallen; an der Hauptschule fielen daher ganze Unterrichtstage aus. Laut „Dithmarscher Rundschau“ vom 21. Juni dieses Jahres erklärte der Pressesprecher des Kultusministeriums dazu, „dass es für kurzfristige Vertretungsfälle mitunter guten Zuredens bedarf, dass ein Lehrer nach Dithmarschen geht. Da gibt es eine Auffälligkeit“.

Ein Vorschlag meinerseits: Frau Ministerin, geben Sie doch der Schule das Geld zum Engagieren einer Vertretungskraft, dann gibt es in der Zukunft vielleicht weniger derart auffällige Pressemitteilungen aus Ihrem Ministerium.

(Zuruf des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Die Schulen sind durchaus dazu in der Lage. Sie haben selbst davon gesprochen, dass es so viele Interessenten gibt. Die Schulen können sich dann umschauen und Lehrkräfte engagieren, die bereit sind, an einer Schule auch als Vertretungskraft zu arbeiten. Es wird den Schulen sicherlich vielfach helfen, wenn sie nicht warten müssen, bis das Ministerium zu Potte kommt.

Ein weiteres Beispiel ist das Gymnasium am Mühlenberg in Bad Schwartau. Der Elternbeirat stellt fest, dass in den letzten beiden Schuljahren in der Orientierungsstufe in mehreren Klassen über 30 % des Unterrichts ausgefallen seien.

Angesichts solcher Beschwerden und Probleme, die der Landesregierung ja bekannt sind, setzt die Obrigkeit auf das Prinzip Hoffnung. Frau Erdsiek-Rave brachte es in ihrem Bericht auf den Punkt. In den kommenden Jahren steht eine Verjüngung der Lehrerschaft bevor. Es ist zu hoffen, dass wir pro Jahr 200 zusätzliche Stellen bekommen werden. Darin liegt natürlich auch die Chance für eine Entlastung in den nächsten Jahren.

Wo bleiben aber die neuen Stellen eigentlich? Im Haushalt 2000 stehen 200 neue **Stellen** zur Verfügung. Vorgestern gab es in den „Kieler Nachrichten“ einen Artikel, in dem zu lesen war, dass die Grund-, Haupt- und Sonderschulen in der Landeshauptstadt Kiel im nächsten Schuljahr - laut Auskunft einer Schulrätin - die gleiche Planstellenzahl erhalten wie im Vorjahr. Jürgen, du weißt, dass im Landeshaushalt 70 zusätzliche Stellen für Grund- und Hauptschullehrer und 65 zusätzliche Stellen für Sonderschullehrer - also für die Schularten, die dieser Kreiselternebeirat vertritt, insgesamt 135 neue, zusätzliche Lehrerstellen - landesweit zur Verteilung bereit stehen. Keine einzige Stelle landet davon in Kiel.

(Jürgen Weber [SPD]: 300 Schüler weniger!)

- Jürgen Weber, keine davon landet in Kiel, wo es doch möglicherweise soziale Brennpunkte und Probleme im Hauptschulbereich gibt, die danach rufen, dass man für eine Verbesserung der Lehrerversorgung sorgt und somit zu einer Verbesserung der sozialen Chancen der Kieler Schüler beiträgt. Von den 135 zusätzlichen Stellen für diese Schulart kommt keine einzige in Kiel an.

Zu dem zitierten Artikel der „Kieler Nachrichten“ von vorgestern hat die zuständige Schulrätin Folgendes gesagt:

„Wer Auskunft über den Verbleib der 200 neuen Lehrerplanstellen bekommen möchte, der darf nicht die Behörde, sondern muss die Bildungspolitiker fragen.“

Ich kann Ihnen den Artikel gern vorlegen, das steht hier so in den „Kieler Nachrichten“ von vorgestern. Daher frage ich jetzt die Bildungspolitikerin Ute Erdsiek-Rave: Frau Ministerin, in welchem Bermuda-Dreieck verschwinden diese 200 - beziehungsweise 135, wenn man sich auf diese drei Schularten beschränkt - Lehrerstellen, die landesweit zur Verteilung zur Verfügung stehen? Wissen Sie das? Ich nehme es an.

Wissen die Schulräte etwas davon und dürfen es den Kreiselternebeiräten und der Presse nur nicht sagen? Die von mir zitierte Äußerung ist doch wirklich bemerkenswert. Frau Ministerin, es wäre wirklich hilfreich, wenn Sie uns dazu Auskunft geben würden. Ich bin der Auffassung, dass es darauf ankommt, mit den vom Landtag zusätzlich zur Verfügung gestellten Stellen die Unterrichtsversorgung im Land zu verbessern, und zwar dort, wo es aufgrund der von mir genannten Probleme - enorm hoher Krankenstand, steigende Schülerzahlen - brennt. Es gilt, eine nachhaltige Verbesserung der Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften sicherzustellen und dafür zu sorgen, dass auch mehr junge Lehrer an die Schulen kommen, damit die Alterszusammensetzung in der Lehrerschaft verbessert wird. Das hat für mich Priorität bei der Verwendung der vom Landtag bewilligten Mittel für die 200 zusätzlichen Stellen.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Heinz Maurus [CDU])

Bei der Durchsicht des Berichts ist mir ein Punkt aufgefallen, in dem ich die Regierung um Auskunft bitte. Die kleineren Fragen möchte ich mir für die Ausschussberatungen vorbehalten. Tabelle 1.1 des Berichts beziffert den Anstieg der **Schülerzahlen** für das kommende Schuljahr auf 8.038. Ende September letzten Jahres haben wir von der Landesregierung mit der Drucksache 14/3931 im Rahmen der Haushaltsbe-

(Dr. Ekkehard Klug)

ratungen eine so genannte statistische Vorlage erhalten, die - wie jedes Jahr üblich - auch eine Schülerzahlprognose enthielt. Dort wurde der Schülerzuwachs für das Schuljahr 2000/2001 nur auf 5.514 beziffert. Das ist im Vergleich zu den 8.038 Schülern, die uns in dem Bericht zur Unterrichtsversorgung genannt wurden, immerhin eine Differenz von 2.500. Ich frage mich, wie innerhalb weniger Monate - nämlich von Ende September bis heute - zwei Vorlagen der Landesregierung einen Unterschied zur Schülerzahlentwicklung zum Schuljahr 2000/2001 aufweisen, der nicht zu erklären ist. Haben wir eine überraschend hohe Zuwanderung oder hat es möglicherweise in einem der vorgelegten Papiere einen Rechenfehler Ihres Hauses gegeben? Auch das möchte ich gern aufgeklärt haben.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Jost de Jager [CDU])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Frau Abgeordnete Birk hat das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Erfreulicherweise wird der **Bericht** des Bildungsministeriums zur **Unterrichtssituation** immer dicker. Das heißt nicht nur, dass das Zahlenwerk, das jedes Jahr vorgelegt wird, sondern gerade auch - wie die Ministerin betonte - die qualitativen Aspekte der Unterrichtsversorgung eine immer größere Rolle in der Berichterstattung spielen, weil es hierzu immer mehr Erfreuliches zu berichten gibt. Das ist gut so. Es ist auch richtig, dass diese gute Qualität zu einem Bericht über die Unterrichtsversorgung gehört.

Auf einige dieser Qualitätsaspekte möchte ich eingehen. Aufgrund der neuen Durchlässigkeit und neuen Chancen für Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger durch Veränderungen der Prüfungsordnung können immer mehr Jugendliche mit einem Berufsschulabschluss gleichzeitig einen weiterführenden Schulabschluss erreichen. Es ist nicht nur etwas am Abitur geändert worden, sondern auch an der Berufsschulordnung, Fachschulordnung und Berufsfachschulordnung. Ich möchte Sie hier nicht mit den Details quälen, aber der Effekt, dass wir tatsächlich eine größere **Durchlässigkeit** in unserem **Bildungssystem** haben, ist positiv. Dies möchte ich unterstreichen, weil das meistens in den Zahlenvergleichen, die uns hier alljährlich vorgelegt werden, untergeht.

Die Zusammenarbeit von Schule und Wirtschaft äußert sich auch in dem Berufswahlpass, der gerade für unsichere Berufsanfängerinnen und Berufsanfänger eine Orientierung bietet und ihre Versuche dokum-

tiert.

Das Stichwort des Generationenvertrags macht sich auch an den Erträgen der so genannten **58er-Regelung** fest, die - auch wenn dies vielleicht hier im Hause bereits vergessen wurde - eine Regelung aus der letzten Legislaturperiode war und zu mehr Referendatastellen, zu mehr Unterrichtsstunden für Kinder und Jugendliche und zu Maßnahmen für Jugendliche mit Schulschwierigkeiten und Berufsanfangsschwierigkeiten geführt hat.

Interkulturelle Bildung ist ein weiteres Stichwort. Dies hat einen größeren Horizont, als gemeinhin angenommen wird. Ich möchte an dieser Stelle ganz bewusst hervorheben, wie wichtig Schleswig-Holstein das Thema der nicht sprechenden Kinder nimmt und wie fortschrittlich Schleswig-Holstein ist. Wir sind eines der wenigen Länder, in denen sowohl in der Aus- und Fortbildung als auch im Unterricht **Gebärdensprache** eine tatsächliche Rolle zu spielen beginnt. Diesen Weg sollten wir weiter beschreiten. Ich erinnere an die Klage von Fachleuten, dass andere Bundesländer - ich nenne beispielweise nur die Metropole Berlin - noch längst nicht so weit sind.

Interkulturelle Bildung heißt nämlich, sogar von denen zu lernen, die nicht sprechen können, aber auch von denen, die verschiedene Sprachen können. Das wird in einer globalisierten Welt immer wichtiger. Dazu brauchen wir nicht nur die IT-Anschlüsse. Dazu brauchen wir auch die **Zweisprachigkeit** als Regelphänomen. Wir müssen anerkennen, dass immer mehr Kinder in unseren Schulen Deutsch nicht als Muttersprache sprechen oder darüber hinaus vielleicht noch eine zweite Muttersprache sprechen. Das ist nicht eine Last, sondern das ist ein Schatz, den es zu heben gilt. Daher begrüße ich, dass sich eine zunehmende Zahl von Lehrerinnen und Lehrern fortbildet, hierzu Schwerpunkte im Unterricht setzt und dass die Ausbildung dem künftig Rechnung trägt.

Es ist ein Phänomen dieser interkulturellen Bildung, das nach wie vor unterschätzt wird. In diese Interkulturalität hat sich die Diskussion über bilingualen Unterricht einzuordnen. So macht es Sinn. Es sollte aber nicht gegeneinander ausgespielt werden: Zweisprachige Kinder, die in die Schule kommen, und diejenigen, die die Zweitsprache erst in der Schule erwarben.

Einen Aspekt möchte ich jedoch kritisch anmerken, gerade wenn wir von Generationengerechtigkeit sprechen. Ich glaube, wir können es uns in der Zukunft angesichts der Generationenwende, die wir an den Schulen haben, nicht leisten, zu viele Referendarinnen und Referendare abzuweisen. Frau Erdsiek-Rave,

(Angelika Birk)

Sie haben darauf hingewiesen, dass trotz der Angebote anderer Bundesländer viele junge Leute gern zu uns kommen. Wir wissen aber, dass es in den nächsten Jahren in vielen Fächern etwas lückenhaft werden kann, weil zu wenig Leute den **Lehrberuf** studieren. Wenn wir jetzt erst anfangen zu werben, könnte es sein, dass Studenten erst fertig sein werden, wenn sie sozusagen „überflüssig“ sind. Wir brauchen aber gerade in den nächsten Jahre eine Brücke.

Hier müssen wir ungewöhnliche Wege gehen. Ich denke da gerade an den Berufsschulunterricht, aber auch an alle Schularten. Wir sollten im Ausschuss vertiefend darüber sprechen, wie wir zu Lösungen kommen, sodass dieser Generationenwechsel schnell und pädagogisch verantwortlich gestaltet werden kann.

Ich begrüße außerordentlich, dass wir gerade zum Generationenwechsel der Schulleiterinnen und Schulleiter eine Kommission haben. Ich hoffe, dass hier das Thema der Frauenförderung eine Rolle spielen wird. Denn es ist eine einmalige Chance, endlich mehr Frauen für die Aufgabe der Schulleitung zu gewinnen. Dazu gehört allerdings auch, sich über die Aufgaben zu verständigen. Hierzu gibt es natürlich im modernen Schulwesen andere Aufgabenanteile als früher.

An dieser Stelle möchte ich noch einmal daran erinnern: Es ist schade, dass im Bericht nicht betont wurde, dass wir beim Thema der Lehrerinnen- und Lehrerarbeitszeit neue Wege gehen. Das Land bereitet gemeinsam mit all denen, die daran mitwirken wollen, Modellversuche zu diesem Thema vor. Das ist auch ein Impuls, den Schleswig-Holstein gibt und der nach vorn weist und der endlich von dem schlechten Lehrimage weg führt, dieses realistisch bewertet und das, was getan werden muss, zu neuen **Arbeitseinheiten** zusammenfasst.

Die Frage, wer wie viele Stellen bekommt, ist ein beliebtes Thema der F.D.P.-Fraktion, aber nicht nur der F.D.P.-Fraktion, denn zu Recht interessiert es natürlich alle Eltern und viele Kinder und Jugendliche, wo diese 1.200 Stellen, deren Schaffung für die Zukunft beschlossen wurde, und wo die 200, die jedes Jahr hinzukommen, eingesetzt werden. Es dürfte nicht schwer sein, sich hierüber Klarheit zu verschaffen.

Wir sind uns ja in der Vergangenheit einig darüber gewesen, dass gerade die **Hauptschulen** immer mehr ins Abseits geraten sind. Zu Recht ist hier auch von vielen Verbänden angemahnt worden, die Initiative für die Hauptschule zu ergreifen. Es gibt Erstaunliches, was die Hauptschulen leisten. Auch dies haben wir gemeinsam unterstrichen. Deshalb ist es richtig, dass wir hier einen Akzent gesetzt haben.

Es ist festzustellen, dass sich das Gros der Schülerin-

nen und Schüler an den **Realschulen** befindet und dass wir gerade hier einen besonders großen Anteil der jetzigen Generation haben. In Zukunft drohen die Klassen eher größer denn kleiner zu werden. Dass wir hier bei der Einstellung und Weitergabe von Stellen Schwerpunkte setzen, ist richtig.

Trotzdem möchte ich an dieser Stelle anmahnen: Lassen Sie uns die Qualitäten, die wir für die Schulen beschlossen haben, nicht aufweichen! Es ist wichtig, dass alle Schularten wissen, dass sie bei der Verteilung nicht vergessen worden sind, sondern dass eine bewusste Entscheidung gefällt worden ist. Es ist keine Entscheidung für die Ewigkeit, sondern eine, die sich an den aktuellen Bedürfnissen orientiert. In jedem Jahr wird natürlich neu geprüft und entschieden. Es wäre vielleicht leichter, mit dieser Entscheidung umzugehen, wenn wir uns in allen Fraktionen ernsthaft mit dieser Sache befassen und die Zahlen kennen und diese nach außen vertreten können.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sind wir den Eltern schuldig. Das ist kein Aufwand an Bürokratie, sondern gerade in Zeiten knapper Mittelvergabe ein Gebot der Fairness.

Die **Mitverantwortung von Schülerinnen und Schülern** hat Frau Erdsiek-Rave heute zu Recht besonders hervorgehoben. Sie zeigt sich jeden Tag in der Schule. Ich möchte das an dieser Stelle besonders würdigen. Vielleicht werden uns künftige Berichte darüber noch mehr Auskunft geben können. Es passiert ja schon sehr viel mehr, als man überhaupt in eine solche überschaubare Zusammenstellung hineinschreiben kann. Es gibt sehr viele Schulen, die Schulpartnerschaften innerhalb und außerhalb Europas haben. Sie setzen sich mit gemeinnütziger Tätigkeit auch außerhalb eines solchen Aktionstages für die Zusammenarbeit und Unterstützung von Schulen in insbesondere ärmeren Regionen dieser Welt ein.

Die Schülerinnen und Schüler haben das Thema „**Schulprofil**“ so kreativ aufgegriffen, dass ich nur sagen kann: Wir haben viel von ihnen zu lernen. Eine Broschüre mit der Überschrift „Der Weg ist das Ziel“ herauszubringen und damit alle Altersgruppen zu ermutigen, am Profil ihrer Schule mitzuwirken, ist das Schönste, was sich Pädagoginnen sowie Pädagogen und Eltern wünschen können. Denn so viel Verantwortung zu übernehmen, an diesem Prozess selber mitzumachen und die eigene Kraft, die eigene Kreativität einzubringen, ist das, was man unter Schlüsseld-

(Angelika Birk)

qualifikation versteht. Das ist das, was man unter Mündigkeit versteht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte an dieser Stelle der Schülerschaft zu diesem Schritt gratulieren und finde es auch wert, dass er an dieser Stelle beim Thema der Unterrichtsversorgung erwähnt wird. Es ist das, was die Schülerinnen und Schüler dazu beitragen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der vorliegende **Bericht** befasst sich erwartungsgemäß mit all den Fragen, die auch sonst die bildungspolitischen Debatten des Landtages bestimmen. Dauerthema Nummer eins ist die Unterrichtsversorgung, gefolgt von der Entwicklung der Schülerzahlen und der Übergänge auf weiterführende Schulen. Es würde zu weit führen, hier auf alles einzugehen; ein paar Bemerkungen müssen genügen.

Stichwort Nummer eins - **Unterrichtsversorgung!** Das Konzept der Landesregierung mit den Stundengbermitteln ist positiv und hat zu spürbaren Entlastungen geführt. Es lässt sich aber auch nicht verhehlen, dass es nach wie vor Versorgungsengpässe gibt. Hier muss also noch mehr getan werden, obwohl wir natürlich wissen, dass es angesichts der Haushaltssituation keine großen Sprünge, sondern allenfalls kleine Schritte geben kann.

Die Diskussion der Unterrichtsversorgung hat aber auch immer eine qualitative Komponente, denn man muss sich fragen, ob man eher große oder eher kleine Klassen haben will. Der SSW spricht sich eindeutig für kleine Klassen aus. Dann muss man eben in Kauf nehmen, dass es hier in der Unterrichtsversorgung nicht so schnell vorangeht wie in Ländern, die auf große Klassen setzen. Dabei ist zu beachten, dass die Klassenfrequenzen insgesamt geringfügig gestiegen sind, was eine Belastung - insbesondere in den Berufsschulen - darstellt.

Zu dem Stichwort „**Übergänge zu weiterführenden Schulen**“! Jahr für Jahr setzt sich der Trend fort, dass Realschulen, Gymnasien und Gesamtschulen immer mehr frequentiert werden, während die Hauptschulen an Attraktivität verlieren. Die Übergangsquote der Hauptschule beträgt jetzt noch 20,2% und ist damit gegenüber dem letzten Schuljahr um weitere

0,6 Prozentpunkte zurückgegangen. Die Schere zwischen Empfehlungen und Anmeldungen klafft also inzwischen bei Hauptschulen um 13% und Gymnasien um 7,5% immer weiter auseinander.

Darum möchte ich gern hinzufügen: Wer sagt, die Hauptschule müsse gestärkt werden - der Kollege de Jager sagte es vorhin und bot an, dass man dies auch im Dialog, im Konsens tun könnte -

(Jost de Jager [CDU]: Die Ministerin auch!)

- Ja, gut, die Ministerin bot ebenfalls einen Dialog an. Das ist ja alles richtig und in Ordnung. Aber Sie, Herr de Jager, sagten, Voraussetzung sei, dass man zu einer Hauptschulabschlussprüfung komme. Alle Zahlen des Berichts belegen aber, dass dies nicht das Problem ist. Das Problem liegt vielmehr darin, dass Eltern für ihre Kinder das Beste wollen, und sie wissen - weil sie das in den Medien sehen, weil sie es in der Wirklichkeit, in der sie leben, immer wieder sehen-, dass das Beste für ihre Kinder heißt, eine weiterführende Schule zu besuchen.

(Unruhe)

Das heißt, das, was Sie wollen - damit bin ich wieder bei dem, was wir vorhin diskutiert haben-, ist eine Einschränkung des Wahlrechts der Eltern; anders kann ich das nicht sehen. Damit müssen wir uns im Ausschuss wirklich auseinander setzen.

(Anhaltende Unruhe)

Wir wollen die Diskussion hier jetzt nicht vertiefen, aber im Ausschuss müssen wir sie führen.

Besonders bemerkenswert ist auch die Verteilung von Jungen und Mädchen auf einzelne Schularten,

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In der Tat!)

denn der Mädchenanteil beim Übergang zu Hauptschulen ist unterdurchschnittlich und beim Übergang zu Realschulen und Gymnasien überdurchschnittlich. Dazu kann man vieles sagen. Auch dies können wir im Ausschuss vielleicht einmal etwas vertiefen.

Schon im letzten Jahr habe ich bei diesem Thema gesagt, dass der erste Schritt zu einer ungeteilten Schule - das ist es ja, was der SSW will - die Einführung einer sechsjährigen Grundschule sei. Ich denke, dass die **Einführung der sechsjährigen Grundschule** bei diesem Punkt vielleicht sogar Erleichterung schaffen könnte.

Aus der Sicht des SSW sind aber auch weitere Strukturfragen anzugehen, so etwa, dass Hauptschulen nicht nur für sich selbst gestärkt werden, sondern

(Anke Spoorendonk)

dass man in der Zusammenarbeit von Schularten Perspektiven schafft.

(Anhaltende Unruhe)

Das nächste Stichwort sind **Qualitätsaspekte!** Die Qualitätsdebatte und die Evaluation sind natürlich grundsätzlich begrüßenswert. Der Bericht gibt darüber eine detaillierte Übersicht. Bei den Vergleichsstudien sehe ich aber immer noch Grund für eine gewisse Skepsis, denn sie dürfen nicht unkritisch betrachtet werden. Außerdem erinnert der SSW daran, dass Kosten und Leistungen dieser Vergleichsstudien in einem vernünftigen Verhältnis stehen müssen. Nach der TIMS-Studie soll nun - wir wissen es alle - die PISA-Studie kommen. Ich möchte in diesem Zusammenhang nur einmal daran erinnern, dass die Tests der TIMS-Studie für deutsche Schüler doch eher ungewohnt waren - jedenfalls ist mir das so gesagt worden - und daher auch zum Teil verzerrte Ergebnisse brachten.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Zuletzt las ich nun - -

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Einen Moment, bitte, Frau Abgeordnete! - Ich möchte um etwas mehr Ruhe bitten, auch wenn es schon auf 18:00 Uhr zugeht.

Bitte, Sie haben das Wort!

Anke Spoorendonk [SSW]:

Danke, Frau Präsidentin! - Letztens las ich weiter ein Eingeständnis einiger amerikanischer Experten, die nach über 40 Jahren Erfahrung mit solchen Tests ernüchternd bilanzierten, dass diese Art von Tests praktisch nicht zu besserem Lernen und Lehren geführt habe. Auch das darf man nicht vergessen.

Schulprogramme! **Schulprogramme** werden immer wieder kritisch betrachtet. Dennoch steht aus meiner Sicht fest, dass Schulentwicklung und die Entwicklung von Schulprogrammen erfolgen müssen. Wichtig ist, dass die Umsetzung in der Schule möglich gemacht wird, damit die guten Intentionen nicht wie Seifenblasen im Alltag der Schule zerplatzen.

Mehr Zeit also für Schulleitungen, für Projekte sowie für Fort- und Weiterbildung von Lehrkräften ist nach wie vor eine aktuelle Forderung. Auch mit diesen Forderungen müssen wir uns auseinander setzen.

Vor diesem Hintergrund ist ja auch die notwendige **Neustrukturierung des IPTS** ein großes Thema, auf das ich an dieser Stelle nicht näher eingehen kann.

Modellvorhaben! Schule entwickelt sich rasant, ebenso rasant wie die Gesellschaft. Darum muss Schule für neue Entwicklungen auch offen sein. Dazu können besonders Modellvorhaben beitragen. Sehr interessant finde ich beispielsweise die in dem Bericht genannten Felder „Fremdsprachen in der Grundschule“, „bilingualer Unterricht an Gymnasien und Realschulen“ sowie natürlich auch die Europaklasse Næbüll/Tønder.

An den Grundschulen haben laut Bericht Englisch und Dänisch Vorrang, denn die Fremdsprachenbegegnung - so heißt es dort - will Verständnis für andere **Sprachen und Kulturen** wecken und die Akzeptanz für Menschen aus anderen Kulturkreisen fördern.

Ich möchte dazu anregen, dass man in weitere Modellvorhaben neben dem **Dänischen** auch das **Friesische** einbezieht. Seit Jahren wird an Grundschulen in Nordfriesland Friesisch in einem Schuljahr oder zwei Schuljahren angeboten. Es gibt auch seit wenigen Jahren Friesisch in Kindergärten. Aber bislang fehlt ein Gesamtkonzept der Landesregierung. Mir ist ein solches Gesamtkonzept wenigstens nicht bekannt.

(Beifall des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

- Vielen Dank, Kollege Harms! - Renommierte Sprachwissenschaftler und Mehrsprachigkeitsforscher wie Dr. Allister Walker von der Universität Kiel

(Lothar Hay [SPD]: Sehr guter Mann!)

und auch Professorin Els Oksaar von der Universität Hamburg haben eine Verstärkung des friesischen Unterrichts mehrfach gefordert und dabei auf andere Regional- und Minderheitensprachen in Europa hingewiesen.

(Anhaltende Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Entschuldigen Sie bitte, wenn ich noch einmal unterbreche! - Auch wenn wir über Mehrsprachigkeit reden, heißt das nicht, dass alle gleichzeitig reden sollen.

(Heiterkeit und Beifall)

Frau Abgeordnete Spoorendonk hat das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Vielen Dank! - Ich ziehe auch weniger babylonische Verhältnisse vor, aber ich meine immer noch, dass uns ein Modellvorhaben - jetzt nicht in diesem Sinne, aber doch im Sinne des Berichts - weiterhelfen könnte. Damit meine ich also, dass mit dieser Art von

(Anke Spoorendonk)

Fremdsprachenbegegnung auch das erreicht werden kann, was aus dem Bericht hervorgeht und was Ziel dieser Fremdsprachenbegegnung ist, nämlich die Akzeptanz für Menschen aus anderen Kulturkreisen zu fördern.

Mehrsprachigkeit ist die Normalität in Europa, liebe Kolleginnen und Kollegen, und Mehrsprachigkeit erweitert den Horizont. Wer eine andere Sprache dazulernt, bekommt damit auch das Werkzeug für das Erlernen weiterer Fremdsprachen in die Hand.

Ich möchte also davor warnen zu sagen: Jetzt kommt sie mit ihrer Forderung nach mehr Friesisch; das ist provinziell. Nein, das ist wirklich europäische Zukunftspolitik in Sachen Bildung.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Herr Abgeordneter Hay, wollen Sie noch einen Kurzbeitrag leisten?

(Lothar Hay [SPD]: Nein, heute nicht, morgen!)

Dann liegen mir jetzt keine weiteren Wortmeldungen vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Bericht der Landesregierung dem Bildungsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.- Gegenstimmen?- Enthaltungen? - Es ist einstimmig so beschlossen.

Die Parlamentarischen Geschäftsführer der Fraktionen haben, soweit sie greifbar waren, vereinbart, dass heute kein weiterer Tagesordnungspunkt mehr aufgerufen werden soll. Weitere Beratungen können Sie jetzt in den privaten Bereich verlegen.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:50 Uhr